

Programm zur INFORMATIONSVIERANSTALTUNG

Falls nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im alten AKH, im Pathologieh6rsaal, statt.

01. Oktober 2003 Mittwoch

- 13:00 – 13:30 Begrüßung und Einführung
13:30 – 14:00 Erwartungen an das PW-Studium/Individuelle Einzelarbeit
14:00 – 15:15 Kleingruppen: Zusammenfassung der Einzelarbeiten und Diskussion
15:15 – 15:45 Präsentation der Ergebnisse
15:45 – 16:45 „Aufbau des Studiums“: Studienplan
16:45 – 17:00 Organisation der Gruppen für UNO und Parlament

02. Oktober 2003 Donnerstag

- 09:00 – 09:45 Vorstellung des Zentrums für Studienangelegenheiten
09:45 – 10:15 Studienrichtungsververtretung
10:30 – 11:00 Studienrechtliche Angelegenheiten Dr. F. Windhager
11:00 – 11:30 Doktoratsstudium Univ.-Doz. Dr. J. Dvorak
12:00 – 13:00 ao. Univ.-Prof. Dr. I. Schütz-Müller: Erasmus/Auslandsaufenthalte
14:15 – 17:00 Vienna International Center, Gate One
1. Gruppe: 14:15 2. Gruppe: 15:15
bzw. alternierend Parlament: 14:15 Besuchertor unter der Parlamentsrampe

03. Oktober 2003 Freitag

- 09:00 – 10:30 Universitätsbibliothek – Frau Dr. Rohrmoser
11:00 – 12:00 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Internationale Politik“ Univ.-Prof. Dr. H. Kramer,
Univ.-Ass. Dr. P. Purkarthofer
12:15 – 13:00 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Ost- und Südosteuropaforschung“ Dr. A. Pribersky
14:15 – 17:00 Vienna International Center, Gate One
3. Gruppe: 14:15 bzw. alternierend Parlament: 14:15 Besuchertor unter der Parlamentsrampe

06. Oktober 2003 Montag

- 09:00 – 10:00 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Vergleichende Politikwissenschaft“ Univ.-Prof. Dr.
H. Gottweis
10:00 – 10:15 Vorstellung des Zeitungsprojekts „Politix“
10:30 – 11:45 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Europäische Union“ Univ.-Ass. Dr. J. Melchior bzw.
Dr. E. Hackl
12:00 – 13:00 Präsentation EDV-Zentrum
14:30 – 17:00 Führung durch Universitätsbibliothek bzw. Fachbereichsbibliothek
Gruppe 1: 14:15 UNI-Aula (zuerst UB dann FB)
Gruppe 2: 14:15 Rooseveltplatz 2 (zuerst FB dann UB)
17:00 – 18:00 AbsolventInnen des Instituts
18:30 Empfang Facultas Erdgeschoss NIG

07. Oktober 2003 Dienstag

- 09:00 – 09:30 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Genderforschung“ a.o. Univ.-Prof. Dr. B. Sauer
09:30 – 10:00 „Scientific Community“ (ÖGPW-Vorsitzende) a.o. Univ.-Prof. Dr. B. Sauer
10:00 – 11:00 Angehörige des Instituts: Kernbereich: „Politische Theorie“
o. Univ.-Prof. Dr. E. Kreisky (Institutsvorständin)
11:15 – 13:00 Fragestunde

Einteilung des STUDIENJAHRES 2003/2004

Beginn des Studienjahres	1. Oktober 2003
Ende des Studienjahres	30. September 2004

Wintersemester 2003/2004

Semester- und Vorlesungsbeginn	1. Oktober 2003
Allgemeine Zulassungsfrist	1. Juli bis 28. Oktober 2003
Nachfrist	29. Oktober bis 30. Nov. 2003
vorlesungsfrei	15. November 2003
Weihnachtsferien	19. Dez. 2003 bis 6. Jän. 2004
Semesterende	31. Jänner 2004
Semesterferien	1. bis 29. Februar 2004

Sommersemester 2004

Semester- und Vorlesungsbeginn	1. März 2004
Allgemeine Zulassungsfrist	7. Jänner bis 26. März 2004
Nachfrist	27. März bis 30. April 2004
Rektorstag / dies academicus (vorlesungsfrei)	12. März 2004
Osterferien	5. April bis 17. April 2004
Pfingstferien	29. Mai bis 1. Juni 2004
Semesterende	30. Juni 2004
Hauptferien	1. Juli bis 30. September 2004

V O L L E R

<p>Programm zur Informationsveranstaltung2</p> <p>Einteilung des Studienjahres 2003/20043</p> <p>Editorial6</p> <p>Grußwort der Institutsvorständin7</p> <p>Warum und was ist POWI?</p> <p>Das Studium der Politikwissenschaft am ipw 8</p> <p><i>Irene Etzersdorfer/Hans-Georg Heinrich</i></p> <p>ÖGPW – Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft15</p> <p><i>Petra Purkarthofer</i></p> <p>Hilfe!!! Was ist eigentlich Politikwissenschaft?16</p> <p><i>Markus Wolschlager</i></p> <p>Das Lehrprogramm</p> <p>Auslaufmodell Studienkommission und Ende studentischer Mitbestimmung?19</p> <p><i>Gerti Zupanich</i></p> <p>Studienplan und Lehrangebot20</p> <p><i>Gerti Zupanich</i></p> <p>Service und Politik – die Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft21</p> <p><i>Basisgruppe Powi</i></p> <p>Hinweise für das Studium am ipw</p> <p>Das kommentierte Vorlesungsverzeichnis – kurz: KOVO22</p> <p>Bibliotheken-Wegweiser für PolitikwissenschaftlerInnen22</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Die Alma Mater im Überblick24</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Das Anmeldesystem25</p> <p><i>Marion Löffler</i></p> <p>Prüfungsarten und Prüfungstermine27</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Wofür sind Sprechstunden da?27</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Studierende sind arm dran28</p> <p><i>Patrice Fuchs</i></p> <p>Links zum Thema Soziales und Finanzielles28</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p>	<p>Universitäts-Chinesisch</p> <p>Ein Glossar wider den Universitäts-Dschungel29</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Uni-Titel – eine Erklärung30</p> <p><i>Katharina Zahradnik</i></p> <p>Wie man den Studienalltag organisiert31</p> <p><i>Katharina Zahradnik/Luise Luksch</i></p> <p>Institut</p> <p>Geschichte des Instituts für Politikwissenschaft32</p> <p>Grußwort der Sekretariate32</p> <p><i>Ursula Grob</i></p> <p>Orientierung am Institut33</p> <p>Ein Blick auf die POWI-Homepage36</p> <p><i>Markus Wolschlager</i></p> <p>Tipps zum wissenschaftlichen Arbeiten</p> <p>Kontakte und wichtige Adressen37</p> <p>Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft38</p> <p>Allgemeine politikwissenschaftliche Basisliteratur39</p> <p><i>Birgit Sauer</i></p> <p>Lesestunde42</p> <p><i>Markus Wolschlager</i></p> <p>Copy and Paste45</p> <p><i>Birgit Sauer</i></p> <p>Ergänzende Studienschwerpunkte</p> <p>Interfakultärer Wahlfachkorb „Gender Studies“47</p> <p><i>Birgit Sauer</i></p> <p>Interfakultärer Wahlfachkorb „Internationale Entwicklung“48</p> <p><i>Petra Purkarthofer</i></p> <p>Doktoratsstudium</p> <p>Das neue/alte Doktoratsstudium49</p> <p><i>Biljana Menkovic</i></p> <p>Forward – Vernetzung der Promovierenden der Politikwissenschaft51</p> <p><i>Birgit Weiss</i></p>
--	--



Das sind die fröhlichen Menschen aus der Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser!

„Mein erstes Politix“ – was soll dieser Heftschwerpunkt bedeuten?

Nun, unsere Institutszeitschrift gibt es ja schon länger. Aber es gab noch nie eine Ausgabe speziell für Erstsemestriige. Ergo, hier ist sie!

Wir haben uns diesmal sehr bemüht (das tun wir zwar grundsätzlich bei jeder Ausgabe, aber diesmal eben ganz besonders), den AnfängerInnen/StudentInnen ein nahezu lückenloses Informationsheft zusammen zu stellen, mit allem, was man als „start-package“ brauchen kann: Angefangen bei der Frage „Warum studiere ich Politikwissenschaft?“, der Geschichte des Instituts, über Prüfungsmodi, Anmeldungssystem, Stipendienmöglichkeiten, wichtige Adressen und Kontakte, zu Grundlagenliteratur, einem Glossar (vielleicht noch) unbekannter Begriffe uvm.

Besonderes Augenmerk verdient die Rubrik „Ergänzende Studienschwerpunkte“, da sich eventuell mehrere StudienbeginnerInnen für diese neuen, noch nicht so bekannten Wahlfachkörbe interessieren werden.

Weiters wird diesmal wieder Neues übers Doktoratsstudium sowie Internationales von zwei Konferenzen berichtet.

In den vorbereitenden Redaktionssitzungen zu dieser Nummer hat diesmal ein leichtes „Nostalgielüfterl“ geweht – manch eine/r hatte beim Brainstorming zu den nun vorliegenden Artikeln ein mildes Lächeln beim Gedanken an den eigenen Studienanfang im Gesicht ... wer weiß, vielleicht hat ja jemand von euch/Ihnen, lange nach Beendigung des Studiums, sein/ihr erstes Politix zu Hause am Regal stehen und schwelgt bei dessen Anblick auch in Erinnerungen.

Das Redaktionsteam Politix
Wien, August 2003



Ein Schnappschuss aus Melbourne von unserer ersten Filiale.
Wir bedanken uns bei Hannes Gögele für die Zusendung dieses Fotos!

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Sie haben sich für das Studium der Politikwissenschaft entschieden. Es kann sein, daß Sie bereits sehr konkrete Vorstellungen über das Studium der Politik haben. Es kann aber durchaus auch sein, daß Ihre Erwartungen an das Politikwissenschaftsstudium noch einigermaßen diffus sind. In jedem Falle wollen wir Sie mit dieser Sonderheft unserer von Studierenden wie Lehrenden gemeinsam gestalteten Institutszeitschrift "Politix" bei Ihren inhaltlichen wie organisatorischen Orientierungsbemühungen im Rahmen der Studienrichtung Politikwissenschaft unterstützen.

Sie haben vermutlich ein durch alltägliche Eindrücke und eigenes, mehr oder weniger aktives politisches Handeln geprägtes Bild von Politik. Aus solchen Eindrücken ergibt sich ein Rahmen der Wahrnehmung und des Verständnisses. Hier entstehen dann auch begründete Forschungsfragen über Strukturen und Verfahren der Politik wie über das Politische an sich. Wissenschaftliche Befassung mit Politik ist "eine kontinuierliche Bemühung, Diskurssysteme zu entwerfen, die mehr oder weniger Schritt mit dem halten können, was, vielleicht, abläuft". Wissenschaftliche Beschäftigung mit Merkmalen und Mechanismen der Politik setzt mehr an Reflexion voraus als bloß flüchtige Erfahrungen mit alltäglichen Phänomenen der Politik: präzisere Begriffe und theoretische Konzepte, exaktere Methoden der Beobachtung sind hier gefragt. All das soll Ihnen als analytisches Handwerkszeug im Laufe Ihres Politikwissenschaftsstudiums nähergebracht werden. Sie beginnen Ihr Studium aber auch in schwierigen Zeiten: Nicht nur, daß Ihnen Studiengebühren abverlangt werden, es steigt auf Grund massiver "Ökonomisierung" unserer Lebens- und Arbeitsweisen auch der Zeit- und Arbeitsdruck, der sie zu "flotten" Studieren zwingt und dadurch Ihre Erkenntnismöglichkeiten erheblich mindert, nämlich auch jenseits alltäglicher und oberflächlicher Politikwahrnehmung zumindest ein wenig nach rechts und nach links zu blicken, um Ihre Befassung mit Politik wirklich ausweiten und zugleich vertiefen zu können, was ja den eigentlichen Sinn des "Studierens" ausmacht. Studien gelten heutzutage als "effizient", sofern sie in möglichst kurzer Zeit zu Berufsausübung befähigen. Die Zeit des Studiums ist immer weniger als Moratorium im Leben junger (freilich nicht nur dieser) Menschen zu erkennen, in dem es auch im Bereich des Möglichen liegt, frei und grundsätzlich über Politik und das Politische nachzudenken.

Wir appellieren daher an Sie: Nehmen Sie sich Raum und Zeit für ein sorgfältiges und gründliches Studium der Politik. Nur ein solches macht Sinn. Planen Sie überdies auch produktive "Umwege" in Ihr Studium ein: Nehmen Sie Möglichkeiten eines Studienaufenthaltes im Ausland (im Rahmen des Erasmusprogramms oder anderer Stipendienprogramme, im Rahmen von Exkursionen u.a.m.) wahr; lernen Sie aber auch die "praktische" Seite wie die (geheimen) Binnenmechanismen der Politik genauer kennen, indem Sie Praktika in verschiedenen einschlägigen Berufs- und Politikfeldern angehen. All das stellt vielleicht "Verzögerungen" des Studienverlaufs dar, die mit Gewißheit jedoch Ihre Berufsqualifikationen steigern und Ihren Berufsfindungsprozeß begünstigen.

Sie beginnen, wie erwähnt, Ihr Studium in schwierigen Zeiten. Dieses Faktum zunehmender Unsicherheit gilt auch für die Struktur des universitären Feldes selbst, in das Sie in den nächsten Jahren eingebunden sein werden. Der Universität, der Fakultät, dem Institut stehen radikale Umbauten bevor. Niemand von uns kann sagen, wie die organisatorischen Strukturen der Universität Wien ab 1.1.2004 gebaut sein werden, und ob wir noch als eigenständiges Institut im Rahmen der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften weiterbestehen werden. Eines ist jedoch gewiß: Das Universitätsgesetz 2002 hat die bislang demokratischen Strukturen der modernen Gruppenuniversität zu Fall gebracht. Das Modell der Universität als auch politische Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden existiert nicht mehr. Das Recht auf breite Mitbestimmung an universitären Organisations- und Entscheidungsprozessen wie auf Transparenz dieser Entscheidungsvorgänge gehören der Vergangenheit an. Demokratiepölitisch stellt diese Universitätsreform einen gewaltigen Schritt zurück dar.

Die Entscheidungsstrukturen der "Weltklasseuniversität" (so das Wissenschaftsministerium) werden "schlanker" und sollen deshalb angeblich effizienter sein. Dies heißt freilich, daß etwa nur noch zwei Handvoll Menschen, der Rektor, der Universitätsrat und der Akademische Senat, über die Entwicklung der Universität Wien befinden können. Alle relevanten Entscheidungen fallen in Hinkunft an der Universitätsspitze und werden den universitären Basiseinheiten zur Ausführung vorgesetzt. Alle bisherigen Kollegialorgane (Fakultätskollegien, Institutskonferenzen, Studienkommissionen usw., die nach dem Prinzip der Drittelparität konstruiert waren) werden nun beseitigt. Dieser Organisationslogik entspricht auch, daß künftig im großen und ganzen Ernennungen durch den Rektor das bisherige Prinzip demokratischer Rekrutierung durch Wahlen (der Dekane, Studiendekane, Fakultätskollegiums vorsitzenden, Institutsvorstände, Studienkommissionsvorsitzende usw.) substituieren werden.

Ob diese monokratischen Organisationsweisen und autokratischen Entscheidungsstrukturen die Arbeitsmotivation der Universitätsangehörigen (ob Studierende, wissenschaftliches oder nichtwissenschaftliches Personal) und die Identifikation mit ihrer Universität zu stärken vermögen, sei vorderhand dahingestellt. Ob wir damit auch im Rahmen der internationalen Scientific community mit Erfolg bestehen werden können, ist ebenfalls offen. Erst die Studien- und Arbeitserfahrungen der nächsten Jahre werden uns dies weisen können.

Die Courage von Studierenden und Lehrenden sowie universitäres Engagement sind trotz all dieser Veränderungen weiterhin gefragt. Politik bedeutet nichts anderes als das "Zusammenhandeln" von Menschen (Hannah Arendt), und dies kann auch im universitären Feld nicht außer Kraft gesetzt werden. Auch die Universität ist als politischer Raum zu bewahren. Nur so sind die Bedingungen des Studierens, Lehrens und Forschens aktiv zu gestalten.

Was wir daher auch in Hinkunft im Rahmen der Studienrichtung Politikwissenschaft mit Sicherheit benötigen, ist eine kooperative Organisationskultur, die es Studierenden wie Lehrenden ermöglicht, das Studium interessant, konstruktiv und möglichst kommunikativ zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, aber auch uns produktive Zusammenarbeit – nicht nur für dieses nun beginnende Studienjahr, sondern für die Zeit Ihres Studiums überhaupt.

o. Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky
(derzeit noch) Institutsvorständin

Liebe KollegInnen,

Dieser Text soll Sie nicht nur durch die Eingangsphase Ihres Studiums begleiten, sondern auch Hinweise und Orientierungen für Studiengestaltung und Berufswahl bieten. Der Umstieg von der Mittelschule zur Universität ist nicht ganz einfach und das Studium der Politikwissenschaften weist einige Besonderheiten gegenüber anderen Studienrichtungen auf. Um Ihnen diesen Umstieg zu erleichtern und Sie auf Vor- und Nachteile ihrer Wahl aufmerksam zu machen, soll Ihnen dieser Text als kleine Einstiegslektüre dienen. Allfällige selbstkritische Anmerkungen verfolgen nicht den Zweck, Sie vom Studium abzuhalten oder Sie zu entmutigen; ganz im Gegenteil, glauben wir, die diesen Beruf ergriffen haben, dass Politikwissenschaft einen notwendigen Bestandteil universitärer Bildung darstellt und dass der Beruf der/des PolitologIn einen wichtigen Platz in der heutigen Gesellschaft einnimmt. Die Frage ist daher nicht, ob man Politikwissenschaft betreiben soll, sondern auf welche Weise, und dazu wollen wir einige Anregungen geben.

Politikwissenschaft als Wissenschaft, Studium und Beruf

Politikwissenschaft ist in Österreich eine relativ junge selbständige Disziplin. Doch die Beschäftigung mit ‚dem Politischen‘ zählt zu den essentiellsten intellektuellen Fragen seit der Existenz schriftlicher Überlieferungen (etwa in manchen antiken Diskursen, die auf der Suche nach den idealen Staats- und Regierungsformen waren). An allen Universitäten, auch den österreichischen, hat man sich immer mit politikwissenschaftlichen Fragestellungen beschäftigt, zunächst und vor allem im Rahmen der Philosophie, der Geschichts- und Rechtswissenschaften, der Soziologie und Nationalökonomie oder der Psychologie. Da die Politikwissenschaft im heutigen Sinne erst nach dem 2. Weltkrieg im Entstehen begriffen war, und die Disziplinentrennung erst ein Produkt der wissenschaftlichen Revolutionen ab dem 17. Jahrhundert gewesen ist, stammt ihr theoretischer Fundus aus den erwähnten Nachbarwissenschaften: Platon und Aristoteles sind nicht nur die Eckpfeiler des westlichen philosophischen Denkens, sondern sie haben sich gleichermaßen als Naturwissenschaftler, Psychologen und ‚bessere‘ Politiker verstanden; die Kirchenväter dachten als gläubige Christen und Philosophen; Hobbes, Locke und der Autodidakt Rousseau reflektierten die Entstehung des modernen Staates, Bürgerkrieg und Glaubenskämpfe und machten sich Gedanken über das Auftauchen der (männlichen) Bürger als Subjekte auf der politischen Bühne; ein Strang der Aufklärung meinte im wirtschaftlichen Glück der Mehrheit die beste Politik zu sehen, in manchen Strömungen dominierte die Angst vor dem Auftauchen der Massen in der Politik, andere zähmten sie durch ihre Wandlung in Gefolgschaft – sie alle sind politische Denker.

Als neu entstandenem Fach mit einem kritischen Anspruch haftete der Politikwissenschaft der Ruf von ‚Revoluzzertum‘

und Unseriosität voraus. In den post-faschistischen Gesellschaften beanspruchte etwa der intellektuelle Marxismus den ‚Anti-Faschismus‘ für sich und konnte mit der Generation der sogenannten 68iger einen gewissen pädagogischen Einfluss gewinnen; auch heute betreiben viele PolitikwissenschaftlerInnen fundamentale Gesellschaftskritik. Daneben hat es in der Politikwissenschaften auch immer die gesamte Breite von möglichen Grundeinstellungen gegeben: von der unkritischen Verteidigung des jeweiligen Systems bis zu seiner strikten Ablehnung.

Zustimmung oder Abneigung gegenüber der Politikwissenschaft war in Österreich – wie vieles andere auch – von parteipolitischen Präferenzen beeinflusst, die Konservativen standen ihr argwöhnisch gegenüber, wollten sie verhindern oder zumindest unter die Kuratel etablierter Fakultäten stellen, die Linken sahen in ihr ein Instrument zur Gesellschaftsveränderung in ihrem Sinne. Innenpolitischer Wandel und Orientierung an ausländischen Beispielen führten letztendlich dazu, dass die Politikwissenschaft als Diplomstudium etabliert wurde. Das Resultat der verschiedenen Durchsetzungs-, Verhinderungs- und Kontrollstrategien sieht man heute noch daran, dass an österreichischen Universitäten Politikwissenschaft an völlig verschiedenen Instituten und Fakultäten gelehrt und betrieben wird – z.B. in Wien sowohl an der Human- und Sozialwissenschaftlichen als auch an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik.

Heute ist die Politikwissenschaft als Fach mehr oder weniger anerkannt. PolitikwissenschaftlerInnen sind als Berater politischer Parteien tätig, in den Massenmedien präsent, in internationalen Organisationen und NGO's tätig, und gelegentlich verschlägt es sie sogar in die Wissenschaft. Sie sind ganz allgemein gesprochen in den verschiedensten Berufsbereichen angesiedelt, so dass man bereits von einem Gewöhnungseffekt sprechen kann. Trotzdem ist weiterhin fast unbekannt, was die Politikwissenschaft leistet (oder leisten soll) oder was PolitologInnen eigentlich können (oder können sollten).

Die Politikwissenschaft ist eine Wissenschaft über die Politik und die Analyse von Politik, von politischem Verhalten, politischem Denken, politischen Strukturen und Prozessen. Sie ist nicht politische Wissenschaft in dem Sinn, dass die Wissenschaft in Politik verwandelt werden soll, als Politik betrieben wird. In der Wissenschaft von der Politik wird zunächst und vor allem analysiert, werden anhand theoretischer Ordnungsmuster Strukturen erforscht und beobachtbare politische Prozesse in vergleichbare Bestandteile zerlegt, es wird nach sich dem Alltagsverstand nicht zugänglichen Architekturen jenseits und hinter den sichtbaren Erscheinungen gesucht – kurz, es gibt eine eindeutige Grenze zum Journalismus und zum Politisieren.

Politik selbst konzentriert sich auf die Vorbereitung, Fassung und Durchführung von Entscheidungen, welche die Gemeinschaft betreffen, oder auch auf die Verhinderung von solchen, sie ist, um mit Aristoteles zu sprechen, praktische Philosophie. Die WissenschaftlerInnen treffen bei ihrer Arbeit natürlich auch Entscheidungen, z.B. darüber, worüber sie forschen wollen, wann ein Forschungsprozess genügend Daten

geliefert hat und daher abgebrochen werden kann, oder aus welchen Gründen sie welche Persönlichkeit für den besten Politiker oder beste Politikerin halten – aber das ist bestenfalls zur Vorbereitung eines Themas geeignet. Als ForscherInnen agieren wir gleichzeitig auch als unsere ersten ‚Beforschten‘, denn wir müssen versuchen, unsere eigenen Meinungen in den Griff zu bekommen, gleichsam zu transzendieren; je größer unsere eigene Fähigkeit zur Introspektion, zur Analyse eigener Wahrnehmungsfiler und- verzerrungen, desto größer ist die Chance, sich von pseudokritischen Gruppenmeinungen zu entfernen und einen eigenen kritischen Zugang zu entwickeln. Wer sich fanatisch auf einen Themenkreis beschränkt und ein ForscherInnenleben lang den ‚Faschismus‘, den ‚Kommunismus‘ oder andere Ideologien bekämpft anstatt lernbereit zu bleiben, laboriert an eigenen unaufgearbeiteten Problemen und wird kaum zu einem ausgewogenen Urteil finden.

PolitikwissenschaftlerInnen und WissenschaftlerInnen sind keine abstrakten Wesen, die göttergleich über den Normalsterblichen schweben, sondern völlig normale Menschen mit normalen Alltagsproblemen, und natürlich haben sie auch politische Einstellungen und Vorurteile. Wenn sie diese im Rahmen der Politik als StaatsbürgerInnen äußern (z.B. in einem Leserbrief oder bei der Wahl) sind sie niemandem Rechenschaft schuldig, sofern sie nicht gegen geltendes Recht verstoßen (z.B. darf man sich in Österreich nicht im Sinne des Nationalsozialismus betätigen). Äußert man aber seine wissenschaftliche Meinung, hat man sich auch an die Regeln der wissenschaftlichen Forschung zu halten, d. h. es genügt nicht zu sagen „der Politiker X ist gut, Y aber ist schlecht“, sondern man muss zunächst definieren, was „gut“ und „schlecht“ im gegebenen Forschungskontext heißen soll und dann eine ausreichende Begründung dafür liefern, warum man genau dieser und keiner anderen Meinung ist. Soviel zum Anspruch, die Wirklichkeit ist leider anders: man hört unbegründete Urteile auch von WissenschaftlerInnen oder umgekehrt können gelegentlich auch PolitikerInnen wissenschaftlich argumentieren. Es gibt also einerseits große Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik, andererseits auch Gemeinsamkeiten. Die Gemeinsamkeiten entstehen dadurch, dass moderne Wissenschaft genau so wie moderne Politik öffentlich ist (oder zumindest sein sollte). Die vormodernen Geheimpwissenschaften entsprachen der vordemokratischen nichtöffentlichen Politik. Es ist kein Zufall, dass die österreichische Universitätsgesetzgebung die Wissenschaft (nicht nur die Politikwissenschaft) auf die demokratischen Werte verpflichtet: Grundstrukturen und -prozesse in der Demokratie finden ihre Entsprechung in der Wissenschaft. Wissenschaft ist öffentlich, so dass Forschungsergebnisse und der Forschungsprozess selbst nachvollzogen werden können. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse so dargestellt werden, dass sie widerlegbar sind, was z.B. bei einer Aussage des Typs „die Partei X gewinnt die Wahl oder sie gewinnt die Wahl nicht“ nicht der Fall ist. Wissenschaftliche Aussagen sollen möglichst klar sein. Mit Aussagen wie „der Körper wird als ein der individuellen Verwendung vorgegebener Bestandteil der kulturellen Ordnung mit deren ununterbrochener von den Individuen zu leistender Reproduktion verklammert“ (ÖZP

1994/2 S. 199) werden Aussagen verdunkelt und dadurch auch der Kritik entzogen (der Satz soll wahrscheinlich bedeuten, dass für den weiblichen Körper kultureller oder politischer Gebärzwang besteht). Die Gleichsetzung „je unverständlicher, desto wissenschaftlicher“ richtet sich gegen den Geist von Wissenschaftlichkeit (und Demokratie). Wissenschaftliche Terminologie ist notwendig, hat aber auch Grenzen.

Wissenschaft muss auch gegenüber den verschiedensten Meinungen offen sein. Eine Wissenschaft, die wissenschaftlich erarbeitete und dargestellte Meinungen aus was immer für Gründen ausschliesst, nimmt sich selbst die Entwicklungsmöglichkeiten. Wissenschaft teilt mit Demokratie die Grundüberzeugung, dass Fortschritt nur im Widerstreit der Meinungen möglich ist. Eine Politik, die sich nur auf technokratische Massnahmen beschränkt und etwa linke oder rechte Fundamentalkritik verdrängt, wird in einer Demokratie über kurz oder lang durch den Wahlmechanismus korrigiert werden. Gleichermaßen werden in einem offenen Wissenschaftssystem Meinungen, die mit Fakten in Widerspruch geraten sind, unter dem Druck der Kritik revidiert und geändert werden müssen. Wissenschaft muss zu ausgewogenen und differenzierten Urteilen und Schlüssen gelangen, ähnlich wie ein Richter, der verschiedenen prozessualen Standards unterworfen ist, die zu einem fairen und gerechten Urteil führen sollen. So sind immer alle massgeblichen Seiten anzuhören und alle Beweise, gleichgültig wofür sie sprechen, zu berücksichtigen. Wie jedes Urteil ist auch das Urteil der WissenschaftlerInnen ausführlich und nachvollziehbar zu begründen und unterliegt – sozusagen im Beschwerdeweg – der Überprüfung durch andere.

Alle Theorien, Aussagen, Urteile und Meinungen können nur beschränkt gelten. Die ideale Theorie gibt es nicht. Im Gegenteil, Wissenschaftlichkeit besteht gerade darin, die beschränkten Geltungsbereiche möglichst genau abzugrenzen. Von vorneherein verdächtig sind vor allem Aussagen, die sogenannte Allquantoren verwenden (also z.B. „Alle Frauen/Männer sind ...“, „Alle Radfahrer sind ...“, „die Ausländer sind ...“ aber auch „die Rechte ist ...“ „Die Linke ist“, „Der Imperialismus ist schuld ...“, „Die Männer sind“), also den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Nach einer verbreiteten Annahme wird US-amerikanische Politik von den Interessen der Erdölkonzerne diktiert. Das kann man sicherlich annehmen, nur wird man dafür starke Beweise anbieten müssen, insbesondere, wenn impliziert wird, dass „die Interessen der Ölkonzerne immer den Ausschlag geben“. Ein einziger Fall würde die Gültigkeit dieser Theorie widerlegen, die auch (etwa im arabischen Raum) zusammen mit der Ansicht geäußert wird, „die jüdische Lobby“ mache US-Außenpolitik. Solche Pauschalaussagen sind immer falsch und sie haben meist den Zweck, dem politischen Gegner möglichst niedrige Beweggründe für sein Handeln zu unterstellen. Die Politik der USA würde ganz anders aussehen, würden wirklich immer die Interessen der Öl-Lobby über sie entscheiden. Die Interessen der USA sind sicherlich langfristig auf die Sicherung der Ölversorgung gerichtet, aber dieses Interesse wird in jedem einzelnen Fall gegen andere Interessen abgewogen (etwa im Falle des Kriegsplans gegen den Irak gegen

militärische Bedenken und die Furcht vor einer Wirtschaftskrise). Darüber hinaus würde auch eine grün-alternative Administration in Washington die Tatsache berücksichtigen müssen, dass ein sofortiger Ausstieg aus der Ölwirtschaft schwerwiegendste soziale Zerrüttungen (Massenarbeitslosigkeit, Ernährungsprobleme etc.) bedeuten würde. Die Interessen der Ölkonzerne sind auch nicht automatisch mit den Interessen der US-Außenpolitik, wie das etwa am Beispiel der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline demonstriert werden kann (die US-Ölkonzerne sind gegen, das State Department für den Bau). Was die „jüdische Lobby“ betrifft, so beruht das parlamentarische System der USA auf dem Lobbying-System, in welchem sich besser organisierte Interessen eher durchsetzen. In Europa und natürlich im arabischen Raum hat ein solches von der Idee des freien Wettbewerbs der Interessensgruppen getragenes System etwas Anrüchiges an sich. Die „jüdische Lobby“ setzt sich bei den Israel betreffenden Grundfragen deswegen durch, weil Israel einen hohen Stellenwert im Rahmen der gesamten Außenpolitik hat. Es ist aber keineswegs so, dass die US-Außenpolitik im Nahen Osten sozusagen im Auftrag dieser Lobby erfolgt und deren Standpunkte genau widerspiegelt. Die jüngsten (August 2002) Versuche der USA, ein Sicherheitsarrangement zusammen mit dem palästinensischen Sicherheitsapparat zu konstruieren, illustriert diese Tatsache.

Wissenschaft als Institution der Unsicherheit: Im Gegensatz zur klassischen Physik kann man auch bei vollständiger Kenntnis der Ausgangsbedingungen in den Humanwissenschaften das Ergebnis eines Prozesses oder einer Kette von Handlungen nicht vorhersagen. Menschen sind zwar nie völlig frei, sich so oder so zu entscheiden, aber auch nicht völlig gebunden. Man kann essen und trinken, wenn man hungrig oder durstig ist, aber man muss nicht. Auch die Erklärungen, die für das beobachtete Verhalten geliefert werden, sind mit Unsicherheit behaftet. Isst jemand nicht, weil er (sie) abnehmen will, oder darf er aus religiösen Gründen die betreffende Speise nicht essen? Auf die Auskünfte der Handelnden selbst ist auch nicht Verlass, sie mögen ein Interesse daran haben, sich anderen gegenüber in bestimmter Weise darzustellen. Dies geht noch weiter: lange wurde auf die so genannten Soft-Sciences, darunter die Humanwissenschaften von den Wissenschaften mit vermeintlich ‚objektiven‘ Methoden heruntergeschaut – etwa den Wirtschaftswissenschaften, die sich als ‚Gesetzeswissenschaften‘ verstehen und Humanwissenschaften als ‚spekulativ‘ verurteilen. „Objektive“ Daten mag es zwar geben (z.B. die Menge an umlaufenden Banknoten), aber auch sie sind nur der Ausgangspunkt für Interpretationen, Wertungen und anderen „subjektiven“ Prozessen seitens der Individuen, die in der gegebenen Situation irgendwelche Entscheidungen treffen müssen. Ein Wahlsieg der Rechten ist für die einen eine Katastrophe, für andere stellt er die Rettung des Abendlandes dar. Der Politologe (die Politologin), der/die diese Situation analysiert, muss die eine oder andere Deutung nicht übernehmen, aber er/sie muss sie in seine (ihre) Erklärung einbeziehen; etwa wenn versucht wird, eine Beziehung zwischen einem

bestimmten Wahlergebnis und der Veränderung der Sparquote oder der Börsenkurse herzustellen.

Politikwissenschaftliche Arbeit ist also, so wie prinzipiell alle menschliche Tätigkeit, mit erheblicher Unsicherheit und Informationsdefiziten behaftet. Dies beweist aber nicht die Unmöglichkeit, Politikwissenschaft zu betreiben, sondern skizziert nur ihr schwieriges Metier. Handeln unter Unsicherheitsbedingungen zwingt zur Entwicklung von Regelsystemen und Annahmen, die diese Unsicherheit verkleinern sollen. Genau deswegen ist es wichtig, nach Möglichkeit alle Annahmen bekannt zu geben, die zu einer bestimmten Schlussfolgerung geführt haben (meistens geschieht das unter Bezugnahme auf eine Theorie, die menschliches Verhalten unter bestimmten Bedingungen erklärt und beschreibt).

Wer von der Politikwissenschaft einfache Antworten und Wahrheiten erwartet, wird enttäuscht werden. Die findet er oder sie vielleicht in der Politik selbst (z.B. in politischen Glaubensgemeinschaften) oder in Institutionen ausserhalb der eigentlichen Politik, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Wahrheiten zu verkünden (z.B. den Kirchen). Kennzeichen politikwissenschaftlicher Analyse wird daher das differenzierte und durch nachvollziehbare Annahmen und angegebenen Vorbedingungen eingeschränkte Urteil sein, keinesfalls das Pauschalurteil.

Diesem wissenschaftlichen Ethos sind alle möglichen Ansätze in der modernen Politikwissenschaft verpflichtet, gleichgültig ob diesen Ansätzen konservative, technokratische oder emanzipatorische Interessen zugrunde liegen. Was Wissenschaft ist, bemisst sich eben nicht nach der Weltanschauung, sondern nach dem Maß, in dem die Standards wissenschaftlichen Arbeitens eingelöst werden.

Politikwissenschaft und praktisches Wissen: PolitikwissenschaftlerInnen werden sehr häufig von PolitikerInnen nicht ernst genommen. Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie von der Praxis keine Ahnung hätten und nur mit weltfremden Theorien um sich würfen. Das mag in vielen Fällen durchaus so sein, denn – wie schon beschrieben, ist die Politikwissenschaft ein wissenschaftliches Fach und kein Training zur politischen Durchsetzungskraft oder zum maximalen Machtgewinn. Vor allem für diejenigen PolitologInnen, die in der Nähe der praktischen Politik arbeiten möchten, ist es umso wichtiger, sich auch dieses praktische Wissen und die nötigen Informationen, nach welchen Kriterien sich Tagespolitik gestaltet, anzueignen. Erst in Verbindung damit kann der Wert einer wissenschaftlich begründeten Theorie voll aufgehen. Dann haben die PolitikwissenschaftlerInnen einen analytischen Vorsprung vor den PolitikerInnen gewonnen, welche unter dem Druck zahlloser Termine und unter starken Zwängen verschiedener Gruppen die Teilinteressen ihrer politischen Parteien verfolgen.

Auch politische Entscheidungsträger haben Theorien über menschliches Verhalten (z.B. dass bestimmte Menschengruppen „nur die Sprache der Gewalt“ verstünden oder dass man alle Menschen kaufen kann), eindeutige Produkte eines vorurteilsbehafteten Alltagsverständes. Diese ‚Theorien‘ haben, genau so wie andere Theorien auch, gewisse, aber

immer beschränkte Geltung (sie tragen „ein Körnchen Wahrheit“ in sich). Andere Individuen derselben oder anderer Gruppen verstehen, um in dem Beispiel zu bleiben, die Sprache der Gewalt nicht und reagieren in einer nicht der Theorie entsprechenden Weise. Man kann auch nicht alle Menschen kaufen und manche Menschen und Handlungsbereiche entziehen sich der Logik des Marktes. Handlungen ziehen fast immer unerwünschte, nicht vorausgesehene Folgen nach sich, ohne dass daraus notwendigerweise Lernprozesse resultieren.

Die Wissenschaft ist ein Bereich, in dem Termindruck, Entscheidungslasten und Gruppenzwänge möglichst gering gehalten werden sollen, um ruhiges Nachdenken zu ermöglichen. Nur in einer solchen Situation und vor dem Hintergrund praxisrelevanter Information können PolitikwissenschaftlerInnen das tun, was sie sollen, und was sie dann auch besser können als PolitikerInnen: Ausgehend von einer differenzierten und umfassenden Analyse, die das Ganze in den Blick bekommt, Empfehlungen zu Systemverbesserungen formulieren. Wissenschaft sollte als offenes System mit weniger Abhängigkeiten auch lernbereiter als Politik sein. Das gelingt dann leichter, wenn man Modelle und Theorien als vorläufige und begrenzte Hypothesen sieht und nicht als unumstößliche allgemeine Wahrheiten. Nichts ist in der Politik und in der Wissenschaft gefährlicher als Leute, die vorgeben genau zu wissen was das Gute ist und wo es zu finden ist, die aber nicht hören wollen, dass ihre Meinung nur eine Teilwahrheit ist, die nicht von allen geteilt wird.

Auch wenn man den Sinn der Politikwissenschaft in fundamentaler Systemkritik und der Änderung gesellschaftlicher Zustände (der „Verbesserung der Welt“) erblickt, muss man sich der Frage stellen, wie eine als besser erkannte Welt errichtet werden soll. Eine demokratische Abstimmung darüber, die Flugreisen einzustellen und die Autos zu verschrotten wird höchstwahrscheinlich nicht nur am Widerstand der Automobillobby scheitern (wo noch dazu ein bedeutender Prozentsatz von StimmbürgerInnen beschäftigt ist). Eine solche Politikwissenschaft, die sich nur in der Kritik der konkreten Zustände oder im Ausmalen besserer Welten erschöpft und sich so über die Niederungen praktischer Politik erhebt, wird zu Recht nicht ernstgenommen.

Die Universitäten sollen kreative Spielwiesen sein. Das bedeutet aber nicht, dass man straflos alles behaupten darf. Der Unterschied zwischen Seminartisch und Biertisch ist manchmal auch in der universitären Praxis nicht auszumachen, sollte aber im Anspruch immer bestehen, weil eben begründete und mit Fakten untermauerte Meinungen etwas anderes sind als einfach so dahingesagte Vorurteile.

Wenn PolitologInnen als unabhängige Experten in der Öffentlichkeit auftreten, sollten sie sich nach den „Seminartischregeln“ verhalten. Das entspricht auch den Erwartungen des Publikums, denn ExpertInnen sollen keine Wahlwerbung betreiben, obwohl sie natürlich ihre Meinung der einen oder anderen politischen Partei näher bringt. Das Ergebnis ihrer Expertise kann der einen oder anderen Partei recht geben (das ist etwa bei den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs ebenfalls der Fall), aber in der Argumentation und im Stil soll-

te sich ein unabhängiger Experte doch von ParteipolitikerInnen oder ParteiexpertInnen unterscheiden.

Die Forderung nach einer wertfreien Politikwissenschaft, wie sie Max Weber im Zuge einer geschichtsphilosophischen Auseinandersetzung auch für die Politikwissenschaft forderte, kann manchen als unsinnig erscheinen, denn alle Menschen haben Werte und innere Präferenzen, sei es auch nur in dem Sinne, dass sie Situationen im Licht ihrer Handlungspläne als gut oder schlecht bewerten (die Physiologen versichern uns, dass eine solche „Wertaufladung“ von Informationen in der Hypophyse geschieht). Über eine größtmögliche Bewusstmachung dieser eigenen mitschwingenden Werthaltungen, sowie über den Einsatz adäquater Methoden kann und soll an einer Verringerung – sei es auch über den Weg der Thematisierung - von „heimlichen“ Wertungen in Forschungsarbeiten gearbeitet werden. Es geht dabei nicht darum, „falsche“ Vorurteile und Werte zu korrigieren, sondern sich ihrer selbst und ihres Einflusses auf das Ergebnis der Forschung bewusst zu sein.

„Wertfreie“ PolitologInnen?

Alle demokratischen Parteien haben im Prinzip dieselben Werte: Demokratie, Fortschritt, soziale Solidarität, Ordnung. Aber natürlich gibt es verschiedene Wertordnungen, sei es auch nur in dem Sinne, dass man einem Wertekatalog verschieden ordnet und den einzelnen Werten verschiedene Prioritäten zuweist (z.B. den Werten „Freiheit“ und „Gleichheit“). Nicht nur die Präferenzordnungen sind verschieden, sondern auch die Vorstellungen darüber, wie man diese Werte verwirklichen soll. An diesem Punkt ist man sofort in der praktischen Politik, die Werte werden zu Zielen wie Wirtschaftswachstum, Nullbudget, Einkommensangleichung, Beseitigung von Ungerechtigkeiten, Frauenförderung ...

Bei ihrer professionellen Tätigkeit sollten sich PolitologInnen von den Werten der Wissenschaftlichkeit leiten lassen, aber versuchen, Meinungen anderer nicht von vorneherein einer endgültigen Wertung zu unterziehen. Bei der politikwissenschaftlichen Analyse sind, anders als in der praktischen Politik, Meinungen und Werte als Daten zu betrachten. Daten sind weder gut noch schlecht, eigentlich werden auch sie erst von den ForscherInnen geschaffen. Sie sind nur gut oder schlecht erhoben. Nimmt ein Politologe (Politologin) eine Wertung vor, hat dies explizit zu geschehen. Man kann z.B. durchaus fordern, dass sozialdemokratische Werte sich mehr in der Politik der SPÖ niederschlagen sollten (oder christliche in der ÖVP, völkische in der FPÖ etc.). Nur muss man dann genau angeben, was man darunter versteht, warum das so sein sollte, wie man dabei vorgehen soll, und was für geplante und ungeplante Wirkungen und Effekte dabei auftreten können.

Man wird sich unter PolitologInnen über Wertordnungen nicht einigen können. Ist damit das Projekt „Politikwissenschaft“ erledigt? Nein, weil es eben gemeinsame Verfahrensweisen und Festlegungen gibt, auf die man sich einigen kann und muss und die gegenüber allen inhaltlich bestimmten

Wertordnungen invariabel sind. Eine solche Festlegung ist z.B. die über den Zweck einer Untersuchung. Ist man sich darüber einig, dass ein Projekt den Zweck haben soll, die politische oder soziale Praxis zu beeinflussen, hat das direkte Folgen für die Vorgangsweise und für die konkreten Forschungsfragen. Dabei bestimmt man auch die für die Beantwortung dieser Fragen relevante Information. Dabei kann man je nach Problemlage entweder den Weg wählen, den/der politisch Entscheidenden die Folgen der einzelnen Entscheidungsvarianten vorzurechnen, also z.B. zu zeigen, dass bei abnehmenden Bevölkerungswachstum eine Einwanderung in bestimmten Ausmaß notwendig sein wird; will man das nicht, muss man bestimmte Folgen im Bereich des Sozialsystems in Kauf nehmen. Oder man kann, was etwas schwieriger ist, zeigen, dass eine bestimmte politische Strategie zu bestimmten Widersprüchen, ungewollten Folgen und Schwierigkeiten führt. Das ist deswegen schwieriger, weil man auf Insider- Informationen oder zutreffende Interpretationen solcher politischer Strategien angewiesen ist. Wenn man z.B. der gegenwärtigen US-Regierung unterstellt, sie plane einen Krieg gegen den Irak nur deswegen, weil Bush Junior das Werk von Bush Senior vollenden will, oder weil sie den Zugriff auf das irakische Öl will, wird man höchstwahrscheinlich der komplexen Situation nicht gerecht und man würde von der Gruppe, deren Verhalten man beeinflussen will (eben die US-Administration) nicht ernst genommen (wahrscheinlich ist eine zutreffendere Erklärung für die gegenwärtig (August 2002) von den „Falken“ gefahrene Strategie, dass es darum geht, der El Qa'ida zu zeigen, dass das US-Imperium unbesiegbar ist und auch die jahrelange Herausforderung durch Saddam Hussein jederzeit beenden kann. Daher sind auch die – an und für sich richtigen – Argumente, dass es keine nachweisliche Verbindung zwischen El Qa'ida und dem irakischen Regime gibt und dass eine Rückkehr der UN-Waffen-Kontrolleure möglich ist und einen Krieg verhindern würde, für diese Gruppe irrelevant. Relevant wäre für sie höchstens der Nachweis, dass ein Krieg nach dem Modell Afghanistan gegen den Irak militärisch nicht machbar ist).

Für eine Lösung praktischer Probleme ist die Einbeziehung der Entscheidungssituation, die Perzeption (Wahrnehmung) und die Einstellung der relevanten AkteurInnen unumgänglich. Das Außerachtlassen dieser relevanten Information führt zum Misserfolg der so getroffenen Maßnahmen. Wenn man z.B. das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern entscheidend senken will, dann genügen Aufklärungskampagnen oder das Verteilen von Kontrazeptiven nicht. Der Ansatz, der die Bildung von Frauen fördert, beruht zwar auf der richtigen Beobachtung, dass die höheren Bildungsschichten eine geringere Geburtenrate aufweisen, greift aber zu kurz, weil vor allem in den ländlichen Gebieten die Großfamilie die einzige Form der Sozialversicherung ist. Statt in Seminare sollte man also vordringlich in Systeme der sozialen Sicherung investieren. Nur dann kann Aufklärung großflächig greifen.

Politikwissenschaft ist also gar nicht so leicht, wie es manchmal den Anschein hat. Manche Zusammenhänge erschließen sich nur auf Grund einer bestimmten Lebenserfahrung. Das

gilt für den gesamten Bereich der Human- und Gesellschaftswissenschaften und bedeutet nicht, dass erfolgreiche PolitikwissenschaftlerInnen zumindest im Pensionsalter sein müssen. Es heißt aber, dass man tiefere Einsichten nur dadurch gewinnen kann, dass man Praxis und Theorie zusammenbringt. Die Praxis hilft, theoretische Konstrukte als relevant oder nicht relevant, als empirisch gehaltvoll oder ohne Bezug auf die Wirklichkeit zu erkennen und die Theorie hilft, die Wirklichkeit zu ordnen und zu erklären.

Interdisziplinarität, Komplexität und vernetztes Denken

Mit den Human- und Sozialwissenschaften teilt die Politikwissenschaft das Interesse, menschliches Verhalten zu erklären und zu verstehen. Alle diese Wissenschaften konzentrieren sich auf bestimmte Kernfragen, Sichtweisen und Ansätze, die aber nicht exklusiv sind. Es bestehen daher beträchtliche Überlappungen und im Einzelfall wird es schwierig sein, etwa eine „typisch politikwissenschaftliche“ von einer „typisch geschichtlichen“ Arbeit abzugrenzen. Auch in der Geschichtswissenschaft hat man im letzten Jahrhundert viele theoretische Debatten geführt, man hat sogar versucht, sie zu ‚versozialwissenschaftlichen‘ und für die Gesellschaft ebenso zwingende Gesetze anzunehmen wie für die (nomothetischen) Gesetzeswissenschaften. Durchgesetzt haben sich aber vielmehr jene internationalen Erneuerungsbewegungen wie die französische Schule der ‚Annales‘, die, so wie der überwiegende Teil der PolitikwissenschaftlerInnen mit hermeneutischen interpretativen Verfahren arbeiten; erfolgreich ist auch die aus dem angelsächsischen Raum kommende Cultural History und die Psychohistory, die mit jeweils anderen Ansätzen um ernsthafte Interdisziplinarität bemüht sind, wenn auch nicht immer alle Ansprüche eingelöst werden. Die Geschichtswissenschaft bemüht sich um die Darstellung historischer Abläufe, während die Politikwissenschaft eher nach Regelmäßigkeiten und Mustern sucht. Das hat sie mit Teilen der Soziologie gemeinsam. In der Soziologie steht die Beziehung des Menschen zur Gesellschaft sowie die Gruppenbildung im Mittelpunkt, während in der Politologie traditionell von der Frage der politischen Macht in der Gesellschaft ausgegangen wurde und etwa die Machtverteilung innerhalb der Familie im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Machtverteilung studiert. Die Psychologie und ganz besonders die Psychoanalyse als Theorie menschlicher Konflikte beschäftigt sich selbstverständlich auch mit gesellschaftlichen und politischen Phänomenen; gerade vom wissenschaftlichen Instrumentarium der Psychoanalyse und ihren grundlegenden Erkenntnissen zum Funktionieren der menschlichen Seele und Gesellschaft sind wesentliche neue Impulse für die Politikwissenschaft ausgegangen – vor allem hat sie uns einen bisher nicht berücksichtigten, aber mächtigen Einflussfaktor eröffnet, die Kraft des Unbewussten. Dies hat Einflüsse auf viele Teilbereiche der Politikwissenschaft, auf die Theorie von Konflikten, auf die Frauenforschung, aber ganz wesentlich

auch auf die Politische Theorie. Gerade die Weiterentwicklung der Freud'schen Psychoanalyse, die dem Vorwurf der ‚Personalpsychologie‘ ausgesetzt ist, obwohl in ihr sehr wohl grundlegende gesellschaftliche Mechanismen analysiert werden, hat sich viel mehr der Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft verschrieben; die Sozialpsychologie und die Politische Psychologie beschäftigen sich vorwiegend mit Gruppenprozessen. Zweifellos besteht das ‚Herzstück‘ unserer Disziplin in Fragen, die das Gesellschafts Ganze und die politischen Verhältnisse betreffen, doch wer sich nie mit dem Funktionieren der Menschen, ihrer Psyche und dem psychischen Einfluss auf Denkprozesse, Meinungen, Haltungen und Verhalten auseinandergesetzt hat, wird schwerlich die Politik verstehen können. Genauso beschränkt wird aber die Politikwissenschaft ohne die Betrachtung der wirtschaftlichen und der institutionellen Faktoren sein, welche das menschliche Verhalten beeinflussen. Die jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen am Balkan und in der Ex-Sowjetunion, aber auch in Afrika entstanden als Konflikte um knappe Güter, zwecks Erringung von Machtpositionen, von denen sich neue Spielregeln durchsetzen lassen und unter den Bedingungen des Zusammenbruchs stabiler Institutionen. Aus diesen Beispielen wird aber auch klar, dass sich die Politikwissenschaft niemals von den anderen Human- und Sozialwissenschaften abschotten darf. Sie hat auch etwa die Ergebnisse der Human- und Sozialbiologie zu berücksichtigen, was natürlich nicht impliziert, dass man sie unkritisch übernimmt.

Das Erfordernis der Interdisziplinarität ergibt sich logisch aus der Komplexität der empirischen Wirklichkeit. Nehmen wir eine beliebige politische Situation, die wir analysieren und erklären wollen: Die Kriege in Ex-Jugoslawien werden oft als interethnische oder sogar Religionskonflikte gedeutet. Es ist nicht zu leugnen, dass sich die einzelnen Kriegsparteien über ihre ethnische Selbstdefinition von einander abgegrenzt haben und dabei auch oft die Religion als Indikator ethnischer Identität benutzt wurde. Aber das ist nur eine Seite der Konflikte. Mindestens genau so wichtig war die vom Westen eingeforderte verfrühte Demokratisierung, welche zur Machtübernahme nationalistischer Parteien führte, die mangelnde Unterstützung der jugoslawischen Bundesregierung durch den Westen (besonders die USA lehnte sie als „kommunistisch“ ab) und, sozusagen spiegelverkehrt, die verzerrte Wahrnehmung der EU und allgemein der westlichen Welt durch die Konfliktparteien. Dazu gehören selbstverständlich auch die Persönlichkeiten, deren Aufstieg durch diese Umstände gefördert wurde, und die negativen Folgen der verfestigten Strukturen des sozialistischen Jugoslawien: die Armee, eine Art Staat im Staat, die Slums in den Großstädten, aus denen die Freiwilligenverbände rekrutiert wurden und die industriellen und agroindustriellen spätsozialistischen Feudalreiche.

Die einzelnen Aspekte von politischen Phänomenen sind alle wichtig. Heißt das, dass sie alle gleich wichtig und relevant sind? Und wonach bestimmt sich die Relevanz? Ein Blick in die politikwissenschaftliche Literatur zeigt, dass die Mehrzahl der Kontroversen mit dieser Frage zu tun hat. Es gibt aber eine

allgemeine Antwort auf diese schwierige Frage, nämlich die, dass mit der Wahl einer bestimmten Fragestellung auch eine Entscheidung über die Relevanz verschiedener Informationskomplexe getroffen wird. Man kann etwa das Phänomen des Rechtspopulismus vom psychologischen Standpunkt her betreiben und gleichsam die Führer mitsamt ihren Parteien auf die Couch legen, man kann aber dasselbe komplexe Phänomen vom Standpunkt des Parteienwettbewerbs um Posten, knappe Budgetmittel, um Präsenz in den Arenen der öffentlichen Kommunikation etc. analysieren. Prinzipiell sollen und dürfen alle Fragen gestellt werden. Der Anspruch, ein komplexes Phänomen auf Grund einer einzigen Perspektive verstehen zu können, erinnert an den Versuch einer Gruppe von Blinden, die Gestalt eines Elefanten zu ertasten: das wird nur durch den Austausch und die Integration der einzelnen Tastererlebnisse und Erfahrungen gelingen.

Aus diesen Beispielen sieht man auch, wie wichtig es für die politikwissenschaftliche Analyse ist, Vereinfachungen zu vermeiden, wie sie in der Politik und im Tagesjournalismus üblich sind. Die Beachtung der Komplexität politischer Phänomene schützt auch vor vordergründiger Parteinahme und Schuldzuweisungen. Und letztlich ist sie auch eine Voraussetzung dafür, Probleme und Konflikte zu lösen.

Berufschancen

In einem marktwirtschaftlich-demokratischen System wie Österreich fällt die Planung und Durchführung von beruflichen Karrieren in die Verantwortung der Einzelnen. Die typisch österreichischen Karrieremuster für Akademiker, die durch einen hohen Anteil von Karrieren in der staatlichen Verwaltung oder im staatsnahen Bereich, rechtlich oder faktisch unkündbare Verträge auf Lebenszeit bei niedriger Mobilität gekennzeichnet waren, gehören allerdings schon der Vergangenheit an. Typische Berufskarrieren werden in Hinkunft europäisch oder auch weltweit verlaufen, sie werden verschiedene klassische Berufsbereiche durchlaufen oder kombinieren und häufige Arbeitsplatzwechsel implizieren. Das gilt zunehmend für AbsolventInnen von General- und Spezialstudien. Das bedeutet aber auch, dass die GeneralistInnen mit bestimmten Spezialkenntnissen höhere Berufschancen haben werden. Flexibilität und Mobilität gehören zum Standardprofil angebotener Positionen, Fremdsprachenkenntnisse werden immer wichtiger, wobei gutes Englisch in Wort und Schrift Mindestvoraussetzung ist. Die rasante Neuformierung der Weltwirtschaft hat aber auch zur Folge, dass zumindest kurzfristige Perioden der Arbeitslosigkeit zur Regel werden könnten, die zur Weiterbildung oder Neuqualifikation, zu unternehmerischer Tätigkeit oder zum vorübergehenden Rückzug in private Bereiche genutzt werden kann (Diese neuen Arrangements werden sich selbstverständlich auch auf Familien- und Partnerschaftsstrukturen sowie auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern auswirken). In Hinkunft wird auch der individuelle Anteil der Berufsfindung immer wichtiger, und obwohl Beziehungsnetze nach wie vor bedeutsam sein wer-

den, wird doch immer mehr die Art und Weise, wie man sich selbst etwa im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs präsentiert, entscheidend.

In diesem übergreifenden Kontext befindet sich auch der Berufsmarkt für PolitologInnen in einer Phase der tiefgreifenden Umgestaltung. Traditionelle Berufsbereiche, wie etwa die universitäre Forschung, sind auf Grund der budgetären Zwänge und auch durch die Umstrukturierung der Universitäten selbst entscheidend eingeschränkt. Ähnliches gilt von den ausseruniversitären Forschungs- und Beratungsinstitutionen. Die Forschung, vor allem die Spitzenforschung, wird zunehmend aus der Universität ausgelagert, und von international und interdisziplinär operierenden Teams übernommen, die vorwiegend aus EU-Mitteln finanziert werden. Für die Förderung dieser Art sozialwissenschaftlicher Forschung stellt die EU eigene reichlich dotierte Rahmenprogramme zur Verfügung. Trotzdem wird Projektforschung und -management auch in Hinkunft ein relativ beschränkter Bereich bleiben.

Mittelfristig muss man mit zwei großen Trends rechnen. Traditionelle inländische staatsnahe Berufsbereiche werden schrumpfen und sie werden starke Zugangssperren errichten bzw. aufrechterhalten („das Boot ist voll“). Die Universität ist dafür paradigmatisch. Der Medienbereich, in dem nach der letzten Erhebung Ende der 90er Jahre 17 % der AbsolventInnen Beschäftigung fand, wird nach wie vor bedeutsam sein, ja sogar im Kontext der Internationalisierung der Informationssysteme noch wichtiger werden. Auf der anderen Seite öffnet sich der internationale Bereich, der gerade jungen AbsolventInnen sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen gute Einstiegs- und Aufstiegschancen bietet. Es gibt eine Fülle von internationalen Organisationen und NGOs, die junge AkademikerInnen mit genau den Fähigkeiten suchen, die man in unserem Studium lernt oder zumindest erwerben sollte: dazu gehören analytische, konzeptive und allgemein Fähigkeiten der Informationsaufnahme und -verarbeitung. Wenn man eine internationale Karriere plant, sollte man versuchen, sich möglichst früh einen einschlägigen Praxis-hintergrund zu erwerben. Das kann etwa durch Mitarbeit in lokalen Verwaltungsstrukturen, Tätigkeit bei NGOs oder auch in der Privatwirtschaft geschehen. Gefragte spezifisch politikwissenschaftliche Fähigkeiten (skills) sind etwa Projektmanagement im Rahmen von städtischen Entwicklungsprogrammen, Personalmanagement im Kontext staatlicher Verwaltung, Weiter- und Fortbildung (capacity building), Menschenrechte etc. Für die Entwicklungshilfe ist eher spezifisches ökologisch-technisches Wissen, wie etwa Wasserhaus-haltsmanagement oder Recycling, gefragt.

Da Politikwissenschaft ein Generalistenstudium ist und keine „natürlichen“ gewachsenen Berufsbereiche sowie ein gefestigtes Berufsbild besitzt (anders als z.B. bei ÄrztInnen oder LehrerInnen), sind Voraussagen oder Empfehlungen nur sehr schwer zu treffen. Wenn es überhaupt so etwas gibt wie ein politologisches Berufsbild, dann kann man sich am ehesten eine Summe von Fertigkeiten vorstellen, die mit dem Management von Information zusammenhängen. Die Vorstellung potentieller Arbeitgeber ist die, dass PolitologIn-

nen fähig sein sollen, die für einen bestimmten Problemlösungsbereich benötigten Information rasch, zuverlässig und selbständig zu beschaffen und aufzubereiten. Das muss nicht immer politische Information, Information über – im landläufigen Sinn – „politische“ Vorgänge sein. Wesentlich ist, dass die PolitologInnen im Einzelfall entscheiden können, welche Information für die Problemlösung relevant ist und Wege finden, sie zu beschaffen. Nicht zufällig machen immer mehr AbsolventInnen im Wirtschaftsbereich Karrieren (z.B. bei Banken). Unternehmerische Entscheidungen sind den Entscheidungen von PolitikerInnen sehr ähnlich und setzen immer Information voraus. Während etwa früher LandwirtInnen für einen lokalen Markt produzierten, ist die Landwirtschaft heute europäisiert, so dass die Kenntnis der europäischen Marktsituation und der Gemeinschaftsregeln für ein erfolgreiches Wirtschaften unumgänglich ist. Allgemein ist vernetztes und problembezogenes Denken immer mehr gefragt und sollte in der Ausbildung (nicht nur der PolitologInnen) eine zentrale Stellung bekommen.

Auch die Berufsbilder anderer Disziplinen sind im raschen Wandel begriffen. Die Universität als „langsame“ Institution kann (und soll) nicht jeden Schwenk der Praxis mitmachen, trägt jedoch die Hauptverantwortung dafür, dass die Ausbildung generell praxisrelevant ist. Sie hat daher mit aktuellen und potentiellen Berufsfeldern ständig Kontakt zu halten und zu entscheiden, inwieweit und wann neue Ausbildungsinhalte und Leitideen eingeführt werden sollen. Entscheidend hängt jedoch das Berufsbild der Praxis von der Arbeit der PolitologInnen vor Ort ab. Durch ihre beruflichen Erfolge und durch ihr Auftreten werden Vorbehalte gegen PolitologInnen abgebaut und positive Beispielfolgen geschaffen. Generell kann man sagen, dass heute die Berufschancen von PolitologInnen jedenfalls nicht schlechter sind als die AbsolventInnen ähnlicher Studienrichtungen und durch Flexibilität und Mobilität sowie durch gezielt erworbene Zusatzqualifikationen entscheidend gesteigert werden können.

Irene Etzersdorfer/Hans-Georg Heinrich
Dozentin/Professor am ipw

Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft

ÖGPW - WAS IST DAS?

“ÖGPW” steht für Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft. Die ÖGPW wurde 1971 gegründet und hat derzeit über 500 Mitglieder: StudentInnen, AbsolventInnen und UniversitätslehrerInnen der Politikwissenschaft ebenso wie VertreterInnen der außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschung und Interessierte aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die ÖGPW ist Mitglied der Central European Political Science Association (CEPSA) und International Political Science Association (IPSA).

AUFGABEN DER ÖGPW

Förderung der politikwissenschaftlichen Forschung in Österreich
Interessenvertretung österreichischer PolitikwissenschaftlerInnen
weitere Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft

AKTIVITÄTEN DER ÖGPW

Herausgabe der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), die pro Quartal erscheint und im Rahmen von Schwerpunktheften ein repräsentatives Forum politologischer Forschung in Österreich darstellt.

Veranstaltung von Tagungen und Workshops. Einige Veranstaltungen der jüngeren Vergangenheit: “Das Superwahljahr 1999 - Die Repräsentative Demokratie in Österreich auf dem politikwissenschaftlichen Prüfstand”, “Politikwissenschaft ein brotloses Studium?”, “Ist Politik (un-be)lehrbar?”, “Die politischen Systeme der Schweiz, Deutschlands und Österreichs im Vergleich”, “Natur“-Symposium”; Tagung “Europa zwischen Integration und Ausschluß. Die Europäisierung der Politik als Chance und Herausforderung”, “Österreich und Europa: Isoliert in der Gemeinschaft?”, “The European Enlargement Process: Between “Western Acculturation” and Regional Differences” und „Gesetz und Ordnung“. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Politik.

Derzeit setzen sich 5 Sektionen der ÖGPW mit aktuellen Forschungsbereichen der Politikwissenschaft auseinander: “Europaforschung”, “Agora, Demokratieforschung”, “Politische Ökonomie”, “Ost- und Südostasien” und “Politik und Geschlecht”.

Mitglieder erhalten viermal jährlich den ÖGPW-Rundbrief. Dieser enthält neben relevanten Informationen über den Stand politologischer Forschung in Österreich, Institutsvorstellungen, Ankündigungen von Veranstaltungen im In- und Ausland, Publikationen von Mitgliedern und interne Nachrichten.

Quelle: <http://members.eunet.at/oegpw/main.htm>

Weitere Informationen über die ÖGPW finden Sie unter <http://members.eunet.at/oegpw/>

Die ÖZP-online mit Abstracts zu den veröffentlichten Artikeln und Informationen zu den AutorInnen gibt es unter http://members.eunet.at/oegpw/www/www_main.htm

Der Mitgliedsbeitrag für Studierende beträgt □ 7,-, ohne Ermäßigung □ 29,-. Eine Beitrittserklärung kann direkt von der Homepage der ÖGPW versandt werden (Seite Mitglieder).

zusammenstellung: **Petra Purkarthofer**
Univ.-Ass. am ipw

Hilfe!!! Was ist eigentlich

Zu gar nicht selbstverständlichen

Politikverdrossenheit, Politikdesinteresse und „Entpolitisierung“ (*) sind die Schlagworte, die uns derzeit um die Ohren fliegen. Nicht nur in Österreich kommt dieses „Nein zur Politik“ da und dort zum Vorschein. Wie kann man in so einer Zeit nur Politikwissenschaft studieren und sich somit mit einem deutlichen „Ja zur Politik“ positionieren? Vielleicht um diesem Spannungsfeld zwischen Aufforderung zu und Ablehnung von Politik auf die Spur zu kommen? Aber halt, Moment: Was verstehen wir überhaupt unter „Politik“ oder „Politikwissenschaft“, denn diese Begriffe sind gar nicht so klar, wie es im ersten Augenblick scheinen mag. Der Duden beschreibt Politik schlicht als „(Lehre von der) Staatsführung“ bzw. als „zielgerichtetes Verhalten“ (1). Einverstanden? Beispielsweise hat das politische Verhalten „Politikdesinteresse“ weder mit Staatsführung noch mit zielgerichtetem Verhalten zu tun.

Eine Fülle an DenkerInnen hat sich über die Definition von Politik schon den Kopf zerbrochen; zwei Ansätze finde ich dabei am Interessantesten. Zum einen jenen Vorschlag von Max Weber (1864 – 1920), der Politik als „das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung ... innerhalb eines Staates oder zwischen Menschengruppen ...“ (2) beschreibt. Dabei kommt schon zum Vorschein, dass es bei Politik nicht um ein objektives „richtig“ oder „falsch“ geht, sondern vielmehr um subjektive Interessen, die es durchzusetzen gilt. Es ist daher kein Zufall, dass die Begriffe „Macht“ und „Konflikt“ zu den zentralsten der Politikwissenschaft zählen.

Hannah Arendt (1906 – 1975) betont im Gegensatz zu Weber einen posi-

tiven Machtbegriff und somit auch einen positiven Politikbegriff. Für sie zählt nicht so sehr das Gegeneinander wie bei Weber, sondern stärker das gemeinsame politische Handeln, die Betonung der Macht des Miteinander. In Anlehnung an Arendt ist ein politischer Vorgang nämlich dann gegeben, wenn „eine Vielheit von Menschen, die je irgend etwas Individuelles wollen, sich an einem Ort versammelt, um miteinander zu sprechen und sich schließlich auf ein Gemeinsames einigen“ (3). Dieses miteinander Sprechen braucht Zeit und die Fähigkeit, sich anderen Menschen gegenüber einstellen zu können. Für Arendt ist der Mensch von Natur aus politisch, weil er ein gesellschaftliches Wesen ist (4). Auch eine immer stärkere Individualisierung und ein Rückzug ins Private kann die Tatsache nicht leugnen, dass wir soziale Wesen sind.

Macht ist nicht das Gegeneinander Anstreben und Durchsetzen, sondern das Miteinander Einigen und Auftreten im öffentlichen Raum. Politik hat also mit der Sphäre der Öffentlichkeit zu tun, gerade weil Politik immer mehrere Menschen betrifft. Für das Individuum an sich, ohne Kontakt zu anderen Menschen, wäre Politik nicht nur absurd, sondern gar nicht möglich. Ohne Öffentlichkeit gibt es keine Politik, denn der private Charakter des Privaten bzw. Intimen liegt ja in der Abwesenheit von anderen. Arendt: „Was [der Privatmensch] tut oder läßt, bleibt ohne Bedeutung, hat keine Folgen, und was ihn angeht, geht niemand sonst an.“ (5). Letztendlich verschwindet im Zuge der „Entpolitisierung“ nicht nur der öffentliche politische Raum, sondern auch der Privatbereich, und letzterer wird so öffentlich, wie alles Öffentliche zur Privatsache wird (6): Überwachungsgesellschaft auf der einen und intime Details aus dem Politikerleben auf der anderen Seite

deuten schon jetzt darauf hin.

Die POWIs als WissensproduzentInnen

Was will uns nun die Endung „-wissenschaft“ bei unserem Studium sagen? Wissenschaft versucht immer Wissen über Probleme, das ist die Differenz zwischen Soll- und Ist-Zustand, zu produzieren: Wissenschaft schafft also Wissen, in unserem Fall Wissen über Politik. So auch der Innsbrucker Politikwissenschaftler Anton Pelinka: „Politikwissenschaft ist ... die Lehre vom tatsächlichen Zustand gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse.“ (7) Politikwissenschaftliche Auseinandersetzungen unterscheiden sich von bloßen politischen Diskussionen vor allem durch eine methodisch-systematische Vorgehensweise. Außerdem versucht die Politikwissenschaft nicht eindimensional, sondern multiperspektivisch an bestimmte Fragestellungen heranzugehen.

Was heißt das konkret? Suchen wir uns zunächst ein soziales Problem, also die Differenz zwischen einem Soll- und einem Ist-Zustand: Da wir Politikwissenschaft studieren und somit im Normalfall „Politik bejahen“, stellt dies für uns gewissermaßen einen Soll-Zustand dar. Wenn wir nun ablehnende Haltungen zu Politik in der sozialen Wirklichkeit wahrnehmen (Ist-Zustand), so könnte uns diese Differenz interessieren. Jetzt geht es darum, Wissen zu diesem Aspekt zu schaffen, möglichst aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus. Warum gibt es also ablehnende Haltungen zu Politik bzw. einen damit einhergehenden Rückzug aus der politischen Sphäre? Um unser Erkenntnisinteresse zu spezifizieren, könnten wir uns auf den Begriff „Neoliberalismus“ einigen, da dieser mit dem Motto

Politikwissenschaft?

Selbstverständlichkeiten.

Von Markus Wolschlagler

„Mehr Privat, weniger Staat/Politik“ am ehesten die Trends Privatisierung und „Entpolitisierung“ beschreibt und die Tendenz auf einen begrifflichen Nenner bringt.

Die vier Felder

Das Studium der Politikwissenschaft besteht aus den vier Kernfächern Politische Theorie, Österreichische Politik und EU, Politische Systeme im Vergleich sowie Internationale Politik. Bei der theorieorientierten bzw. ideengeschichtlichen Betrachtung können wir beim Neoliberalismus-Begriff danach forschen, aus welcher geistigen Strömung und in welchem zeitlichen Kontext Vorstellungen von neoliberaler Gesellschaft und Politik entstanden sind. Das Kürzel „neo“ deutet an, dass es vorher schon liberale Vorgänger gegeben hat: Man wird dabei neben anderen Personen auf Adam Smith (1723 – 1790) stoßen, und die entscheidenden neoliberalen Strömungen bei den so genannten Chicago Boys rund um Milton Friedman (geb. 1912) und bei Friedrich A. Hayek (1899 – 1992) entdecken. Bei der politiktheoretischen Auseinandersetzung kann man auf unterschiedlichste Konzepte zurückgreifen und ihre Brauchbarkeit auf den Begriff Neoliberalismus überprüfen: Welche Argumente scheinen jeweils schlüssig zu sein, welche überzogen oder unangebracht? Wie passen etwa Thesen aus der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein mit anderen Theorien zusammen? Wallerstein behauptet ja, dass der Neoliberalismus seinen Zauber verloren hat und bereits ein Auslaufmodell ist (8). Zur analytischen Betrachtungsweise kann man weiters die großen Ideologien Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus seit ihrem Entstehen verfolgen und so möglicherweise die Verquickung von

neoliberalem Rechtspopulismus (FPÖ) und Konservatismus (ÖVP) besser verstehen.

Damit sind wir schon im Feld der Österreichischen Politik. Hier kann man beispielsweise nach Begründungen für die unhinterfragt breite Zustimmung innerhalb breiter Bevölkerungsteile zum Neoliberalismus suchen und wird einzelne Antworten in einer Bürokratie- und Proporz-Rhetorik der 80er und 90er Jahre finden, welche ausgehend von der FPÖ zunehmend in den Sprachgebrauch der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ übergegangen sind. Solche Diskurse könnten massenmedial verstärkt die politisch-öffentliche Sphäre dermaßen in ihrem Ansehen beschädigt haben, dass der ökonomisch-private Bereich als Lösung für vielfältige gesellschaftliche Probleme geradezu ideal erscheint. Oder man kann sein im Bereich der Politischen Theorie angeeignetes Wissen mit österreichischen Verhältnissen abgleichen und nachlesen, wie sich Finanzminister Karl-Heinz Grasser auf Friedrich A. Hayek-Tagungen äußert, etwa so: „In Österreich ist der Wohlfahrtsstaat mit dieser Fülle an Aufgaben und Funktionen am Ende.“ (9)

Bei den Politischen Systemen im Vergleich kann man spezifisch österreichische Aspekte mit anderen Ländern vergleichen: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zu den Ansätzen Ronald Reagans in den USA und Margret Thatchers im Großbritannien der 70er und 80er Jahre? Hayek, auf den sich Grasser gerne beruft, war übrigens auch ein Berater Thatchers (10). Wie verändern sich die politischen Institutionen, etwa das realpolitische Zusammenspiel von Parlament, Regierung und Interessensgruppen wie Gewerkschaften und NGOs einerseits und internationalen Unternehmen und Wirtschaftsverbän-

den andererseits? Mit Rückgriff auf die Politische Theorie kann man zum Beispiel den sozialdemokratischen Ansatz des so genannten Dritten Weges kritisch beleuchten: Was hatten und haben die Ansätze von Blair, Jospin und Schröder mit jenen von Klima gemeinsam und was sind die jeweils länderbezogenen Spezifika?

Bei der Internationalen Politik geht es nicht um einzelne Länder, sondern um das Betrachten eines gesamten weltpolitischen Systems. Fragen zum Einfluss der internationalen Organisationen IWF, WTO oder Weltbank im Rahmen des Globalisierungsprozesses kann man hier ebenso nachgehen, wie grundsätzlichen Einflussfaktoren auf neoliberale Strömungen, etwa der Umbruch vom bipolaren System (Ost-West) zum uni- oder je nach Betrachtungsweise multipolaren System, den wir seit 1989 beobachten können.

Obwohl man die vier Felder alle für sich bearbeiten kann, so stehen sie doch untrennbar miteinander in Verbindung: Politiktheoretische Annahmen und Geisteshaltungen beeinflussen nicht nur konkrete Verhaltensweisen und umgekehrt, sondern auch empirische politikwissenschaftliche Analysen.

Politik mal drei

Sprache zeigt uns immer, welchen Bedeutungen wir Dingen beimessen. Nicht umsonst kennen die Japaner acht Wörter für Reis, wir aber nur eines. Beim Politikbegriff verhält es sich ähnlich, denn dieser hat drei Dimensionen im englischen Sprachraum: polity, policy und politics (11).

Der Begriff „polity“ beschreibt die formale Organisation einer politischen Gemeinschaft. Hier geht es um das politische System an sich, also um die Verfassung, um Normen und Institutionen.

Beim Begriff „policy“ geht es um die

Inhalte politischer Entscheidungen, also um das öffentliche Handeln. Im Zuge des Neoliberalismus-Begriffes könnte man sich hier ansehen, wie konkrete politische Entscheidungen (im Gesundheitsbereich, im Bereich der Pensionen, Familien- oder Steuergesetzgebung) auf neoliberale Denkweisen zurückzuführen sind.

Schließlich geht es beim „politics“-Begriff um den politischen Prozess und die AkteurInnen: Wer will welche Interessen wie durchsetzen? Welche Interessensverbände, Gruppen und Einzelpersonen stehen hinter bestimmten Gesetzesvorhaben?

All das, was wir hier beispielhaft am Begriff des „Neoliberalismus“ angedacht haben, kann man natürlich mit praktisch allen politischen Themen fortsetzen: Der wissenschaftlichen Freiheit sind hier so gut wie keine Grenzen gesetzt. Im Gegensatz zum angloamerikanischen Raum haben wir auch einiges „nachzuholen“: Während die USA schon auf mehr als hundert Jahre Politikwissenschaft zurückblicken können, entstand das Fach der Politikwissenschaft in Europa erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges: Das Aufarbeiten von Krieg und Nationalsozialismus sollte mit politischer Bildung begleitet werden. Diese so genannte „Demokratiewissenschaft“ gab es in Deutschland bereits kurz nach 1945. In Österreich entstand 1968 zunächst ein politikwissenschaftliches Versuchsprogramm; erst 1977 erhielt das Wiener Institut die Bezeichnung „Politikwissenschaft“.

Markus Wolschlager

Redaktionsmitglied und Student am ipw

Anführungszeichen, weil streng genommen dieser Begriff in sich ein Widerspruch ist: Was landläufig unter „Entpolitisierung“ verstanden wird, ist letztlich nichts anderes als ein politischer Prozess bzw. ein politischer Wille mit dem Effekt der Verschiebung von Machtstrukturen von der öffentlichen zur privaten Sphäre.

Fußnoten:

- (1) Duden: Die deutsche Rechtschreibung. Band 1, Mannheim, 2000, S. 756.
- (2) zitiert nach Birgit Sauer: Einführung in die Politikwissenschaft. Basistexte und Arbeitsmaterialien zur Vorlesung, Wien, 2000, Band 1, S. 21. (Skriptum)
- (3) Achim Wagenknecht: Einführung in die politische Philosophie Hannah Arendts. 1995. In: Internet <http://sammel-punkt.philo.at:8080/archiv/00000249/01/Arendt.pdf>, abgerufen am 13. Mai 2003, S. 116.
- (4) vgl. Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich, Piper, 2001, S. 34.
- (5) a.a.O., S. 73.
- (6) vgl. Horst Kurnitzky: Die unzivilisierte Zivilisation. Wie die Gesellschaft ihre Zukunft verspielt. Campus, Frankfurt/New York, 2002, S. 10.
- (7) Anton Pelinka: Grundzüge der Politikwissenschaft. Böhlau, Wien/Köln/Weimar, 2000, S. 13.
- (8) Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien, 2002, S. 56 f.
- (9) Austria Presse Agentur: Grasser sieht Wohlfahrtsstaat am Ende. APA vom 20. September 2001, Nr. 349.
- (10) vgl. Gerald John und Nina Weissensteiner: Maggie mag er eben. In: Falter Nr. 20/2003 vom 14. Mai 2003, S. 8.
- (11) vgl. Pelinka a.a.O., 20 f.

*) Hinweis: „Entpolitisierung“ steht unter

Auslaufmodell Studienkommission und ENDE studentischer Mitbestimmung?

Die Studienkommission in bisheriger Form, Zusammensetzung und Aufgaben:

Die Studienkommission - im Studienalltag kurz „Stuko“ - ist auf Institutsebene angesiedelt. Sie setzt sich drittel-paritätisch aus ProfessorInnen, AssistentInnen und aus Studierenden zusammen. Zu ihren Aufgaben zählen: Neugestaltung des Studienplans nach den im UniStG festgesetzten Richtlinien, Entwurf von Vorschlägen und Vergabe von Lehraufträgen, Richtlinien für den Handlungsspielraum des/der Stuko-Vorsitzenden über Anträge der Studierenden in Studienangelegenheiten (Fächerkombination, Anrechnungen) vorzugeben, Aufnahme von Kritik an Lehrveranstaltungen und Prüfungen, sowie Untersuchung von Drop-Out-Quoten und Studienverzögerungen. Aus der Sicht der Studierenden ist die Stuko eine wichtige institutionelle Ebene um Wünsche, Anregungen und Kritik darlegen zu können. Zur Durchsetzung studentischer Anliegen – auf Grund der Drittelparität – ist es notwendig auch AssistentInnen oder ProfessorInnen davon zu überzeugen.

Wenn nun diese Ebene einer anderen Parität weichen muss oder gänzlich aufgelöst wird, wohin können sich Studierende wenden, wenn sie ein Problem haben? Politix wandte sich mit diesen Fragen an die Vorsitzende der Studienkommission Fr. Prof. Rosenberger.

Bestehen für StudentInnen überhaupt noch Möglichkeiten, ihre Anliegen wie Kritik, Anregungen, Wünsche den universitären Alltag künftig mitgestalten zu können, einzubringen?

Das UG 02 reduziert die Mitbestimmung der Studierenden in mehrfacher Hinsicht. Gesetzlich ist ab 1.1.2004 lediglich der Senat als Kollegialorgan, in dem Studierende mitbestimmen können, vorgesehen. Der Senat, zuständig für die Entwicklung der Curricula, ist an der Universität und nicht an den jeweiligen Studienrichtungen bzw. Instituten verankert. Über das Lehrbudget und möglicherweise auch über das Lehrangebot wird zukünftig der Rektor entscheiden (bisher der Studiendekan). Derzeit ist noch nicht bekannt, ob der Rektor der Universität Wien weiterhin bei den Studienrichtungen Studienkommissionen zur administrativen Arbeit einsetzen wird oder ob die Lehre zentral beim Rektorat organisiert und entschieden wird.

Tatsächliche Mitbestimmung bei der Erstellung des Lehrangebots auf der Ebene der Studienrichtung dürfte nicht mehr vorgesehen sein bzw. nur noch marginal praktiziert werden können. Allerdings, so sieht es das UG 02 vor, soll die „Mitbestimmung“ ersetzt werden durch eine regelmäßige Evaluierung der Lehrveranstaltungen. Bisher hat zwar das Geld für die flächendeckende Durchführung und Auswertung gefehlt. Die Universität war lediglich in der Lage, jedes dritte Semester eine Evaluierung durchzuführen und an die Lehrenden Rückmeldungen zu geben. Ob dies angesichts der budgetär angespannten Situation zukünftig anders sein wird, muss zum bisherigen Zeitpunkt offen bleiben.

War es für die Vergabe von Lehraufträgen nicht sinnvoll z.B. ein Feedback der Lehrveranstaltungen zu bekommen, die zur Verbesserung oder Bereicherung der Qualität des politikwissenschaftlichen Studiums beigetragen haben?

Bisher hat die Studienrichtungsververtretung Kritik an Lehrveranstaltungen und -leiterInnen und Wünsche für Lehrangebote in die Studienkommission eingebracht. Über diese Vorschläge wurde beraten, mit LektorInnen Rücksprache gehalten, etwaige Missverständnisse aufgeklärt, Informationen weiter gegeben etc. Ob zukünftig ähnliche gremiale Möglichkeiten bestehen werden oder ob sich das Feedback der Studierenden einzig auf individuelles Ankreuzen der Evaluierungsbögen reduziert, wird Thema der Umsetzung des UG 02 sein.

Worin liegen Ihrer Meinung nach die Gründe für diese Beschränkungen studentischer Mitbestimmung? Besteht nicht die Gefahr, dass wieder der Vorwurf erhoben werden wird, die Wissenschaft und ihre Lehre befände sich in einem „Elfenbeinturm“, wenn Basis-Informationen über den Studienalltag gar nicht an die leitenden Gremien gelangen und so an den Bedürfnissen vorbei bestimmt wird?

Gründe für die Beschränkung studentischer Mitbestimmung, ja der Mitbestimmung insgesamt liegen in veränderten Vorstellungen von Universität einerseits und von Gesellschaft und Demokratie andererseits. Die Studierenden werden als KundInnen, die Ausbildung nachfragen, betrachtet. Universität selbst ist weniger als Ort reflexiven Lernens und Denkens konzipiert, sondern als ökonomisch geführte Einrichtung, die effizient unmittelbar messbaren „Output“ (akademische Abschlüsse) produziert.

In diesem Zusammenhang wird die Frage des generellen Zugangs zu Universitäten ebenso wie die Studiengebühren neu diskutiert und vielleicht auch „reformiert“ werden.

Danke für die ausführlichen Informationen!

Das Interview führte **Gerti Zupanich**,
Redaktionsmitglied und Absolventin des ipw

Studienplan UND Lehrangebot

Untrennbar verbunden
bestimmen sie den studentischen Alltag und den Fortgang des Studiums

Schon mal geärgert, weil im Wintersemester so eine interessante Lehrveranstaltung angeboten wurde, StudentIn aber wegen anderer überfälliger Pflichtvorlesungen oder Seminare nicht teilnehmen konnte? Macht nichts, dachte man/frau sich, dann eben im nächsten Semester. Im Angebot des nächsten aber rein gar nichts adäquates. Wer macht diese Lehrpläne? Wie kommen sie zustande? Politix wandte sich hier ebenfalls an die Vorsitzende der Studienkommission (Stuko) Univ.-Prof. Dr. Rosenberger.

Wie entsteht das Lehrangebot, wie kommt (administrativ betrachtet) eine Lehrveranstaltung zustande?

Grundlage für das Lehrangebot ist in formeller Hinsicht der Studienplan, der aus Pflicht-, Wahl- und freien Wahlfächern besteht. In finanzieller Hinsicht ist die Grundlage allerdings das bisher von der Fakultät zugeteilte Lehrkontingent gewesen. Dieses ist erfahrungsgemäß viel bescheidener, als es der Studienplan und als es die große Zahl der interessierten Studierenden verlangen. Die Knappheit der Mittel führt dazu, dass das Lehrangebot viel zu knapp ist, dass insbesondere Lehrveranstaltungen räumlich überfüllt und viele der Lehrenden zeitlich überfordert sind.

Aber wie kommt das Lehrangebot zustande? Lehrende – interne ProfessorInnen und AssistentInnen und externe LektorInnen – machen auf der Grundlage des Studienplans inhaltliche Vorschläge bzw. die Studienkommission ersucht Lehrende um Vorschläge. Nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten entscheidet die Studienkommission über Inhalt und Anzahl der Lehrveranstaltungen. Hier ist anzumerken, dass es viele LektorInnen gibt, die ihre Lehre nicht remunert, sozusagen „ehrenamtlich“ bzw. um ein sehr, sehr geringes Entgelt anbieten.

Platzprobleme und überfüllte Lehrveranstaltungen, die nicht zuletzt im Zuge der Umstellung auf den neuen Studienplan entstanden sind, haben ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass die Universität bzw. das verantwortliche Ministerium für jene Studierenden, die Politikwissenschaft im Nebenfach oder im Rahmen der „Freien Wahlfächer“ belegen, keine Ressourcen zur Verfügung stellt. Es handelt sich hier um strukturell erzeugte Knappheiten, denen die Studienrichtung und die Studienkommission nicht entgegen treten können, sondern mit denen Studierende und Lehrende gemeinsam konfrontiert sind.

Übrigens: Die Studierenden zahlen seit mehreren Semestern Studiengebühren, die (noch) nicht an die Universitäten oder gar an die Studienrichtungen fließen, sondern bisher nur einen Beitrag zum Bundesbudget darstellen.

Prof. Rosenberger schließt noch einen sehr persönlichen Appell an:

Ich darf allen Studierenden ein interessantes Studienjahr wünschen, gleichzeitig ersuchen, dann, wenn Probleme mit überfüllten Lehrveranstaltungen auftreten, nicht nur mit dem Ellenbogen zu „denken“, sondern strukturelle Lösungen mit den an der Studiensituation Verantwortlichen zu verhandeln. Noch gibt es Mitbestimmung!

Danke für das Gespräch!

Das Gespräch führte **Gerti Zupanich**.
Redaktionsmitglied und Absolventin des ipw

Anmerkung: Fr. Univ.-Prof. Dr. Sieglinde K. Rosenberger steht uns Studierenden im kommenden WS 2003/04 und im SS 2004 mit keiner Lehrveranstaltung und auch nicht als Stuko-Vorsitzende zur Verfügung. Der Grund ist für sie ein erfreulicher. Sie wird an der Harvard University in Boston einem Forschungsauftrag nachgehen. Das Redaktionsteam wünscht ihr viel Erfolg!

Service UND Politik

– die Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft

Erfahrungsgemäß ist aller Anfang schwer und die ersten Tage und Wochen auf der Uni sind da keine Ausnahme. Teils notwendige, teils unnötige Bürokratie, ein (hoffentlich) breites Angebot an Lehrveranstaltungen, aus denen man/frau seinen/ihren eigenen Stundenplan zusammenbasteln muss, etc. Um diese Phase des Studiums wenigstens ein bisschen zu erleichtern, machen wir, die Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft, u. a. auch am Anfang jedes Semesters einen Studienleitfaden, einen Stundenplanvorschlag für das erste Semester, ein Erstsemestrigentutorium und zusätzlich noch individuelle Beratung. Euch die Studienrichtungsververtretung und ihre Aktivitäten ein wenig vorzustellen, ist Ziel dieses Artikels.

StrV Powi – Was ist das?

Die Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft (StrV Powi) ist die gewählte studentische Vertretung am Institut, d. h. sie vertritt so z.B. die Interessen der Studierenden bei Studienkommission und Institutskonferenz. Gestellt wird die Studienrichtungsververtretung von der Basisgruppe Politikwissenschaft (Bagru Powi), einer unabhängigen, linken Gruppe, die auch bei den Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft im Mai 2003 wieder mit großer Mehrheit gewählt wurde. Gemäß dem drittelparitätischen Prinzip hat die studentische Vertretung neben den beiden anderen „Fraktionen“ ProfessorInnenschaft und Mittelbau (z.B.: AssistentInnen) gleichberechtigtes Stimmrecht und so Einfluss sowohl auf studientechnische Themen (Studienpläne, Lehrveranstaltungsangebot, etc.), als auch auf organisatorische, institutsrelevante Entscheidungen. Die Möglichkeit in diesen Fragen mitzubestimmen wird jedoch mit dem Inkrafttreten des UG 2002 ab dem 1.1.2004 massiv beeinträchtigt.

Des Weiteren macht die Studienrichtungsververtretung neben der schon erwähnten intensiven (täglichen) Beratung am Anfang jedes Semesters zwei Mal wöchentlich Journdienst, zum Einen jeden Mittwoch von 12 bis 15 Uhr im Kommunikationszentrum (KOZ) am Institut für Politikwissenschaft, wo ihr uns entweder telefonisch oder direkt kontaktieren könnt, wenn ihr Fragen, Probleme, Beschwerden oder Anregungen habt. Der zweite Termin des Journdienstes wird am Anfang des Semesters noch bekannt gegeben.

Die Struktur der studentischen Mitbestimmung auf der Universität

Die studentische Vertretung auf Institutebene ist Teil der StudentInnenmitbestimmung im Rahmen der ÖH, die sich auf vier Ebenen, die alle demokratisch gewählt werden, aufteilt. Die erste und für Studierende der Politikwissenschaft wichtigste Ebene ist die schon beschriebene StudentInnenvertretung am Institut selbst. Die zweite ÖH-Ebene bildet die Fakultätsvertretung (FakV), deren Aufgabe es ist, die Interessen der Studierenden der gesamten Fakultät, in unserem Fall der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (HuS), in den jeweiligen Gremien zu vertreten. Auf dieser Ebene agieren, bis auf die Ausnahmen Jus und Medizin, vorwiegend unabhängige Gruppen, die Zusammenschlüsse der jeweiligen Basisgruppen der Institute sind. Derzeit wird die Arbeit auf der HuS von der LIAB, einem Bündnis lin-

ker, alternativer Basisgruppen, in Zusammenarbeit mit dem VSSÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen) geleistet. Die dritte Ebene bildet die Universitätsvertretung (UV) die Vertretung der ganzen Universität, in unserem Fall die UV der Universität Wien. Höchste Ebene der ÖH ist die Bundesvertretung (BV), deren Aufgabe die Koordination der Arbeit an den diversen Universitäten österreichweit, sowie die Interessensvertretung auf höchster politischer Ebene ist. Diese Existenz einer gesetzlich verankerten Studierendenvertretung, sowohl innerhalb der Uni als auch gegenüber dem Gesetzgeber, bedeutet trotz aller Unkenrufe eine Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen. Mit dem neuen Universitätsgesetz 2002 haben Gehrler und KonsortInnen endgültig zum Halali auf studentische Mitbestimmung durch eine sukzessive einseitige Verlagerung der Kompetenzen auf Rektor, ProfessorInnenkurie und fragwürdige, teils politisch untragbare, dem rechtsextremen Lager zuzuordnende Uniräte geblasen. Auch vor diesem Hintergrund ist es wichtig und notwendig, sich gegen den Legitimationsverlust der ÖH, der leider auch von so mancher ÖH-Fraktion selbst betrieben wird, zu stellen.

Wir sind KEINE reine Serviceorganisation!

Anstatt nur pflichtbewusst die von Regierung und Universitätsleitung geforderten Maßnahmen in die Tat umzusetzen und auf der anderen Seite den StudentInnen vorzumachen, keine andere Möglichkeit zu haben, wollen wir aktiv gegen diese autoritären Anwendungen von Gehrler, Rektor und anderen antreten. Die Bildungs- und Hochschulpolitik ist auch immer Indikator für aktuelle gesamtgesellschaftliche Phänomene und Tendenzen. Die Aktivitäten der Basisgruppe Politikwissenschaft beschränken sich daher nicht ausschließlich auf Service- und Unipolitik, sondern befassen sich darüber hinaus vor allem mit gesellschaftspolitisch relevanten und aktuellen Themen. Dazu gehören Veranstaltungen, Diskussionen, Lesekreise, inhaltliche Seminare und Tutorien. Hierbei bieten wir Einführungen zu theoretischen Themengebieten, wie Gesellschaftskritik, Wertkritik und Kritik der Geschlechterverhältnisse an. Bei unserem offenen Plenum jeden Montag um 19.30 im KOZ sind immer neue Leute willkommen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre in Österreich allgemein und auf der Uni im Speziellen haben gezeigt, dass es notwendig ist, aktiv politisch tätig zu sein und sich nicht in den „heiligen Hallen der Alma Mater Rudolphina“ zu verstecken.

StrV Politikwissenschaft
Bagru Powi

KOZ: NIG, 2. Stock, Zimmer 221
Offenes Plenum: wöchentlich montags im KOZ um 19.30
Journdienst: Mittwoch von 12.00 bis 15.00 im KOZ
Kontakt: Tel.: 01/4277 47709
Mail: bagru.powi@gmx.at

Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis – kurz: KOVO

Wie kann man sich über das Lehrangebot eines Semesters informieren? Allgemeine Informationen zu den Lehrveranstaltungen wie Titel, Zeit, Ort, Anrechenbarkeit oder das Erfordernis der Anmeldung sind im Institut an einer Info-Wand angebracht. Auch im allgemeinen Vorlesungsverzeichnis der Universität Wien, das es in gedruckter Form oder kostenlos im Internet (www.univie.ac.at) gibt, kann man diese allgemeinen Informationen erfahren. Ausführlichere Angaben zum Lehrangebot findet man jedoch im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis (KOVO). Darin sind vor allem nähere Information zu den Zielen, Inhalten und Methoden der Lehrveranstaltungen zu finden. Prüfungsart und Beurteilungsmaßstäbe der Lehrveranstaltung sind hier ebenso angeführt. Auch die Literatur, die der Lehrveranstaltung als Basis dient und die im (absoluten) Idealfall vorausgesetzt wird, d.h. bereits gelesen sein sollte, ist im KOVO nachzulesen. Sehr hilfreich sind außerdem die Angaben zur Erreichbarkeit der LehrveranstaltungsleiterInnen. Gerade für StudienanfängerInnen ist es deswegen also sehr hilfreich und nützlich im KOVO nachzulesen! Zu finden ist das KOVO im Internet, auf der Homepage des Instituts (www.univie.ac.at/politikwissenschaft).

BIBLIOTHEKEN-WEGWEISER FÜR POLITIKWISSENSCHAFTERINNEN

Universitätsbibliothek Wien (Hauptbibliothek)
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
A-1010 Wien
Tel.: 4277-15120
<http://www.ub.univie.ac.at/>

Einige wichtige Institutsbibliotheken der Universität Wien:

Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft
Rooseveltplatz 2
A-1090 Wien
Tel.: 4277 16871
<http://ub.univie.ac.at/aussen/soziologie.html>

Fachbibliothek für Wirtschaftswissenschaften und Staatswissenschaft
Hohenstaufengasse 9
A-1010 Wien
Tel.: 4277-16411
<http://www.univie.ac.at/fbwipol/>

Fachbibliothek für Geschichtswissenschaften
Dr.-Karl Lueger-Ring 1
A-1010 Wien
Tel.: 4277-16563
<http://www.univie.ac.at/Geschichte>

Fachbibliothek für Zeitgeschichte
Spitalgasse 2, Hof 1
A-1090 Wien
Tel.: 4277 16710
<http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/fachbib.html>

Fakultätsbibliothek für Rechtswissenschaften
Schottenbastei 10-16
A-1010 Wien
Tel.: 4277 / 16311
<http://www.univie.ac.at/fbrecht/>

Andere Universitätsbibliotheken in Wien:

Universitätsbibliothek der Universität für Angewandte Kunst
Oskar-Kokoschka-Platz 2
Tel.: 711 33-2272
<http://bibserver.uni-ak.ac.at/hbaw/einstieg.html>

Universitätsbibliothek der Akademie der bildenden Künste
Schillerplatz 3
A-1010 Wien
Tel.: 58816/172
<http://www.bib.akbild.ac.at>

Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2-6
A-1090 Wien
Tel. 31336-4990
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/biblio/>

Andere Bibliotheken in Wien:

Österreichische Nationalbibliothek
Heldenplatz, Mitteltor (Hauptlesesaal)
A-1010 Wien
Tel.: 53410-440
<http://www.onb.ac.at>

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Arbeiterkammer Wien
Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1040 Wien
Tel. 50165-2452
<http://www.akwien.at/bibl.html>

Bibliothek und Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2
A-1010 Wien

Tel.: 51581-1262

<http://www.oeaw.ac.at/biblio/>

Parlamentsbibliothek

Dr. Karl Renner Ring 3, Parlament

A-1017 Wien

Tel.: 40110-2285

<http://www.parlinkom.gv.at/pd/wd/bibliothek/default.html>

Österreichisches Staatsarchiv – Bibliothek

Nottendorfer Gasse 2

A-1030 Wien

Tel.: 79540 201

http://www.oesta.gv.at/bestand/biblio/fr_1_bib.htm

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
(DÖW)

Wipplingerstraße 8

A-1010 Wien

Tel.: 63436-90319

<http://www.doew.at>

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung

Rechte Wienzeile 97

A-1050 Wien

Tel.: 545 78 70

<http://www.wien.gv.at/ma08/vga/>

Institut für Höhere Studien

Stumpergasse 56

A-1060 Wien

Tel.: 59991-237

<http://www.ihs.ac.at/>

Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)

Operngasse 20 BA-1010 Wien

Tel.: 581 11 06 31

<http://www.oaip.at/oaip/>

Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM)

Spittelauer Lände 3

A - 1090 Wien

Tel.: 313 58 - 205

<http://www.iwm.at/i-libr.htm>

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Arsenal, Objekt 20

A-1030 Wien

Tel.: 798 26 01-0

<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/>

Frauensolidarität – Bibliothek und Dokumentationsstelle

“Frauen und Dritte Welt”

Berggasse 7

A-1090 Wien

Tel.: 3174020-0

<http://www.frauensolidaritaet.org/>

Projektzentrum Genderforschung der Universität Wien

Spitalgasse 2, Universitätscampus Hof 7

A-1090 Wien

<http://www.univie.ac.at/gender/>

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe
(ÖFSE)

Berggasse 7

A-1090 Wien

Tel: 317 40 10-120

http://www.oefse.at/german/bibdok/bib_index.htm

Österreichisches Lateinamerikainstitut

Schlickgasse 1

A-1090 Wien

Tel.: 310 74 - 65 - 20

<http://www.lai.at/service/bibliothek/>

Eine ausführliche Linksammlung der Universität Wien zu
Bibliotheken findet sich unter:

<http://www.ub.univie.ac.at/links/bibliotheken.html>

Auch im Österreichischen Verbundkatalog:

<http://www.bibvb.ac.at/verbund-opac.htm>

Die Daten aus diesem Bibliotheken-Wegweiser entstammen der
Website der PhD-Initiative Politikwissenschaft, auf der auch
noch mehr Bibliotheken zu finden sind: <http://www.political-science.at/lehre/techniken-02/bibliotheken.htm>

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Die Alma Mater im Überblick (*)

Von Katharina Zahradnik

Studierende

An der Universität Wien studieren 60.000 Personen, mehr als 10.000 davon sind internationale Studierende. Die Universität Wien ist mit dieser Zahl die größte Universität im deutschsprachigen Raum. Im Studienjahr 2000/2001 haben 15.718 Frauen und 10.438 Männer ein Studium begonnen. An der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften nehmen etwa doppelt so viele Frauen wie Männer ein Studium auf, an der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften etwa dreimal so viele Frauen wie Männer. Diese Zahlen spiegeln sich auch bei den AbsolventInnen wider. Von den im selben Jahr gezählten 5.871 AbsolventInnen der Universität Wien waren 3.640 Frauen. Mit Ausnahme der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik verzeichnen alle größeren Fakultäten einen höheren Frauenanteil unter den AbsolventInnen. (1)

Personal

Die über 6.000 MitarbeiterInnen der Universität Wien teilen sich in mehr als 3.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und mehr als 3.000 nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Darüber hinaus sind etwa 1.000 externe LektorInnen zur Abhaltung einzelner Lehrveranstaltungen beauftragt. Das wissenschaftliche Personal ist in verschiedene Dienstgruppen eingeteilt. Die größte Dienstgruppe ist der sogenannte Mittelbau. Zum Mittelbau gehören wissenschaftliche MitarbeiterInnen in Ausbildung, Vertrags- und UniversitätsassistentInnen, aber auch Außerordentliche ProfessorInnen, die bereits habilitiert sind. An der Universität Wien haben etwa 470 ProfessorInnen (o. Univ.-Prof.) einen Lehrstuhl inne. Von diesen sind 40 Frauen. (2)

Standorte der Universität

Das Herzstück der Universität ist das so genannte Hauptgebäude der Universität am Ring. Dort befinden sich unter anderem die zentralen Verwaltungseinrichtungen, die Universitätsbibliothek und einige Institute. Die meisten Institute sind jedoch auf fast 100 Adressen in ganz Wien verstreut. Auch wenn einige Vorlesungen der Politikwissenschaft im Hauptgebäude stattfinden, ist das Institut für Politikwissenschaft mit vielen anderen Instituten der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften im Neuen Institutsgebäude (NIG) untergebracht. Weitere große Standorte sind der Universitätscampus im Alten Allgemeinen Krankenhaus (AAKH), der viele geisteswissenschaftliche Institute beherbergt, das Juridicum mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, das Allgemeine Krankenhaus mit medizinischen Kliniken und Instituten und das Betriebswirtschaftliche Zentrum im 21. Bezirk. Aber auch der botanische Garten und die Sternwarte sind beispielsweise Standorte der Universität Wien.

Struktur und Organisation

Momentan ist die Universität Wien in 8 Fakultäten und 171 Institute und Kliniken gegliedert.

Diese 8 Fakultäten sind die Katholisch-Theologische Fakultät, die Evangelisch-Theologische Fakultät, die Rechtswissenschaftliche Fakultät, die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und

Informatik, die Medizinische Fakultät, die Fakultät für Naturwissenschaften und Mathematik, die Geistes- und Kulturwissenschaftliche Fakultät und die Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften. Das Institut für Politikwissenschaften gehört der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften (HUS) an.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Zu diesen zählen beispielsweise die Studien- und Prüfungsabteilung, das Zentrum für Studienangelegenheiten und Internationale Beziehungen oder das Zentrum für überfakultäre Forschung.

Sowohl Struktur als auch Organisation der Universität Wien sind derzeit im Umbau. Bisher war die Universität nach dem Universitätsorganisationsgesetz 1993 (UOG 93) organisiert. Das neue Universitätsgesetz 2002 (UG 2002), das am 1.1.2004 in Kraft tritt, bringt einschneidende Veränderungen mit sich. Die größte Veränderung ist jene, dass die Universitäten mit diesem Gesetz Vollrechtsfähigkeit erlangen und somit voll geschäftsfähige juristische Personen des öffentlichen Rechts sind. Diese trockene juristische Formulierung beinhaltet vereinfacht und grob gesprochen eine Teil-Privatisierung der Universitäten. Oberste Organe der Universität sind nach dem UG 2002 der Universitätsrat, das Rektorat, der Rektor und der Senat. Die genauen Aufgaben dieser Organe sind im Internet (www.univie.ac.at) nachzulesen.

Aber auch in der Struktur der Universität wird es im Zuge des neuen Gesetzes maßgebliche Veränderungen geben. So wird beispielsweise die Studienkommission (Stuko), die ein Entscheidungsgremium jeder Studienrichtung ist, in dem Studierende Mitentscheidungsrechte haben, aufgelöst. Die studentische Mitbestimmung wird auf dieser Ebene somit abgeschafft. Die Wirkungen des UG 2002 sind sehr umfangreich und betreffen natürlich auch das Institut für Politikwissenschaft. Aus diesem Grund sind an mehreren Stellen dieser Politix-Ausgabe Stellungnahmen nachzulesen, die auf diese neuen Entwicklungen eingehen.

Fußnoten:

(1) Daten über den Frauenanteil aus: Iber K./Fieder M./ Moser G.: Universität Wien im Blickpunkt – Zahlen und Daten: Frauen an der Universität Wien, Wien, im Feb. 2002 (online unter <http://www.univie.ac.at/studentpoint/>)

(2) Daten über das Personal aus: <http://www.univie.ac.at/studentpoint/>

(*) Die Universität Wien wurde 1365 von Rudolf IV. gegründet und trägt deshalb den Namen ‚Alma Mater Rudolphina‘. Heute zählt sie zu den größten und ältesten Universitäten im deutschsprachigen Raum.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Anmeldesystem

Einige Fragen, einige Antworten

Von Marion Löffler

Anmeldesystem? Was ist das?

Seit dem Wintersemester 2002/2003 ist am Institut für Politikwissenschaft ein elektronisches Anmeldesystem für ausgewählte Lehrveranstaltungen installiert. Dieses Anmeldeverfahren wurde mit der Einführung des neuen Studienplans erforderlich, steht somit - entgegen einiger Gerüchte - nicht in direktem Zusammenhang mit Studiengängen oder dem neuen UG. Es ist vielmehr als vorübergehende Lösung zu betrachten bis ein zentrales, universitätsweites Anmeldesystem in Betrieb geht.

Anmeldesystem? Wozu?

Der Sinn des Anmeldesystems besteht darin, die unterschiedliche Nachfrage nach Studienplätzen in einzelnen (Pflicht-)Lehrveranstaltungen auszugleichen, sodass die Qualität der Lehre sichergestellt werden kann. Ziel ist es, allen einen ungehinderten Fortgang in ihrem Studium zu ermöglichen. Das erfordert auch die sogenannten „Reihungskriterien“. Denn Studierende der Politikwissenschaft im neuen Studienplan müssen diese anmeldepflichtigen Lehrveranstaltungen auf jeden Fall besuchen, um ihr Studienziel zu erreichen. Studierende im alten Studienplan und anderer Studienrichtungen können auf vergleichbare Lehrveranstaltungen ausweichen (siehe Äquivalenzlisten)

Anmeldesystem? Wozu nicht!

Mit dem Anmeldesystem wurde am Institut weder ein versteckter Numerus clausus eingeführt, noch wurden Studierende des Instituts verwiesen. Im Gegenteil: Gerade um den Studienfortgang nicht zu behindern, wurden die Anrechnungsmöglichkeiten erweitert. Mit der Einführung von „Prioritäten“ (seit dem Sommersemester 2003) wird sichergestellt, dass alle in solche Lehrveranstaltungen aufgenommen werden, die sie auch besuchen können. Überhaupt wurde durch das Anmeldesystem erst eine Erfassung der effektiven Nachfrage möglich und somit auch eine bessere Planung des Lehrangebots. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Semester wird das Angebot an Grundkursen und Arbeitstechniken im Wintersemester 2003/2004 auf sechs bzw. sieben erhöht.

Anmeldepflicht? Ja!

Lehrveranstaltungen, die im Anmeldesystem erfasst sind, können ausschließlich nach vorheriger elektronischer Anmeldung besucht werden. Diese Lehrveranstaltungen sind:

Für den ersten Studienabschnitt:

Techniken des politikwissenschaftlichen Arbeitens (Kapitel: A3)

Grundkurse aus den Kernfächern (Kapitel: C1, C2, C3, C4)
Für den zweiten Studienabschnitt:
 Methoden/Statistik (Kapitel: E1, E2)
 Forschungspraktika aus den Spezialisierungsmodulen (Kapitel: G1 – G10)

Anmeldungen zu Lehrveranstaltungen, die am Institut für Staatswissenschaften angeboten werden, erfolgen über das System der SOWI-Fakultät. Infos dazu gibt es im Sekretariat in der Hohenstaufengasse 9.

Für einige Seminare und Proseminare ist ebenfalls eine Anmeldung vorgesehen. Diese sind jedoch nicht im Anmeldesystem erfasst, und werden von den LehrveranstaltungsleiterInnen durchgeführt. Informationen finden sich im Online-KOVO (www.univie.ac.at/politikwissenschaft).

Anmelden? Wann und Wo?

Die Anmeldefrist für das Wintersemester 2003/2004 beginnt am Mittwoch, 1. Oktober 2003 (mittags) und endet am Dienstag, 7. Oktober 2003 (mittags). Die Aufnahmelisten sind dann ab Freitag, 10. Oktober 2003 (mittags) ebenfalls online abrufbar.

Das Anmeldesystem ist über die Homepage des Instituts zu erreichen (www.univie.ac.at/politikwissenschaft) oder direkt über den Projektserver der Universität (<http://gerda.univie.ac.at/ipw/>).

Eine Anmeldung ist von jedem Computer aus durchführbar, der über einen Internetzugang verfügt. Achten Sie aber darauf, dass immer nur eine Person gleichzeitig auf einem Rechner eingeloggt ist. Das Programm setzt keine Cookies und kann daher immer nur eine Person nach der anderen bearbeiten. Also, zuerst abmelden bevor sich der/die Nächste einloggt.

Anmelden? Wie geht das?

Anmeldung und Registrierung sind prinzipiell nur innerhalb der Anmeldefrist möglich. Vor der ersten Anmeldung ist eine Registrierung vorzunehmen. Alle, die bereits registriert sind, können mit ihrem Login-Namen und Passwort einsteigen, ihre Daten aktualisieren und Anmeldungen vornehmen.

Neben der Angabe von Namen und Matrikelnummer ist bei der Registrierung bzw. der Aktualisierung der Daten der Studienstatus einzugeben, d.h. Angaben betreffend Studienkennzahl, Studienplan, Studienabschnitt und Semester.

Grundsätzlich ist unser System nicht mit der zentralen Datenbank der Universität verbunden. Sie müssen daher die Daten selbst eingeben. Wenn falsche Angaben gemacht werden, führt das spätestens bei der Ausstellung von Zeugnissen zu Schwierigkeiten, kann aber auch zur Folge haben, dass jemand ungerechtfertigter Weise in eine Lehrveranstaltung nicht aufgenommen wird.

Wer also ein Doppel- oder Mehrfachstudium absolviert und auch Politikwissenschaft studiert, gibt bei der Studienkennzahl nur A 300 an. Die zweite Studienkennzahl ist nur dann auszufüllen, wenn im alten Studienplan studiert wird und somit auch eine zweite Studienrichtung als Nebenfach (oder Hauptfach) studiert wird.

Semesterzahl ist durchzuzählen ab der Inskription, wobei nur das Politikwissenschaftsstudium von Interesse ist. Wer also schon vor 10 Jahren immatrikuliert hat und erst im aktuellen Semester mit Politikwissenschaft beginnt, gibt trotzdem 1. Semester an. Wer bereits im zweiten Studienabschnitt ist, kann unmöglich im 1. oder 2. Semester sein (durchzählen!). Wer bereits im dritten Studienabschnitt ist (Doktoratstudium ist im System nicht vorgesehen, da die Lehrveranstaltungen eigentlich nicht dafür gedacht sind), gibt einfach zweiter Studienabschnitt und eine wohl hohe Semesterzahl an, weil es für unsere Zwecke ausreicht zu wissen, dass Sie bereits (weit) fortgeschritten sind.

Nach der Anmeldung prüfen Sie bitte, ob diese tatsächlich durchgeführt wurde. Gerade bei instabilen Internetverbindungen kann es passieren, dass am Bildschirm eingegebene Daten nicht in der Datenbank ankommen und daher nur unvollständig gespeichert werden. Die Überprüfung machen Sie am besten erst nachdem Sie bereits einmal aus dem System ausgestiegen sind. Dann werden die Daten von der Datenbank neu angefragt, und es ist sofort sichtbar, ob die Anmeldung korrekt gespeichert wurde. Wenn trotz erfolgter Anmeldung unter der Option „Anmeldestatus“ keine Angaben aufscheinen, sollten Sie die Anmeldung wiederholen.

Prioritäten?

Bei der Anmeldung sind je mindestens zwei und maximal drei Prioritäten zu vergeben. (D.h. wenn z.B. ein Grundkurs besucht werden soll, dann sind mindestens zwei gleichartige Grundkurse auszuwählen.) Die Aufnahme erfolgt vorzugsweise zu der Lehrveranstaltung, die als 1. Priorität genannt ist; falls dort zu viele Anmeldungen vorliegen, erfolgt die Aufnahme nach dem Zufallsprinzip und für die Verbliebenen eine Aufnahme in die Lehrveranstaltung 2. bzw. 3. Priorität. Bei der Anmeldung ist daher zu beachten, dass die Lehrveranstaltungen 2. oder 3. Priorität prinzipiell (terminlich) besucht werden können.

Reihungen?

Wenn für einen Lehrveranstaltungstyp in Summe überproportional viele Anmeldungen vorliegen, erfolgt die Aufnahme gestaffelt nach den jeweiligen Reihungskriterien. Diese sind je nach Typ unterschiedlich und im Detail online nachzulesen. Im wesentlichen geht es darum, Studierenden der Politikwissenschaft die Erfüllung des Studienplans (Pflichtfächer) zu ermöglichen. Dabei sind die „Techniken des politikwissenschaftlichen Arbeitens“ (1. Studienabschnitt) und die „Forschungspraktika“ (2. Studienabschnitt) ausschließlich für Studierende der Politikwissenschaft vorgesehen. Studierende anderer Studienrichtungen können sich zu diesen Lehrveranstaltungen nicht anmelden. Abgesehen

davon erfolgt die Reihung NICHT nach dem Zeitpunkt der Anmeldung, sondern zufällig. Da die Anmeldefrist eine Woche dauert, ist daher keine Hektik angesagt.

Damit alle eine Chance haben, gibt es Beschränkungen bei der Zahl der Anmeldungen. So können z.B. pro Semester maximal zwei Grundkurse besucht werden. Details dazu finden sich online.

Keine Chance im alten Studienplan? Doch!

Wir befinden uns derzeit noch in einer Übergangsphase vom alten in den neuen Studienplan. Daher ist es möglich, dass bei Studierenden im alten Studienplan ein anderer Bedarf entsteht als im neuen. Für diesbezügliche Anfragen haben wir eine Service-E-Mail-Adresse (anmeldung.politikwissenschaft@univie.ac.at) eingerichtet. (Über diese Adresse können keine Anmeldungen vorgenommen werden.) Studierende der Politikwissenschaft im alten Studienplan können sich zu allen Lehrveranstaltungen, die im Anmelde-system erfasst sind, anmelden. Sie werden jedoch im Falle von Überbelegung nach hinten gereiht, zumal es umfangreiche Ausweichmöglichkeiten gibt (siehe Äquivalenzlisten). Im Bereich der Methoden und Statistik gilt die Nachreihung nicht, weil diese Lehrveranstaltungen auch im alten Studienplan als Pflichtfächer vorgesehen sind.

Ein Appell!!!

Bevor Sie Anmeldungen vornehmen, konsultieren Sie bitte den Studienplan und ihre bereits erworbenen Scheine! Welche Lehrveranstaltung brauche ich wirklich noch?

Es wäre für alle Beteiligten sehr vorteilhaft, die belegte Lehrveranstaltung auch wirklich abzuschließen und sich nicht jedes Semester wieder zur gleichen anzumelden. Immerhin sind das nur Pflichtübungen – also das „Hinter-sich-zu-Bringende“, um dann die echt lustigen und spannenden Lehrveranstaltungen besuchen zu können.

Studierende anderer Studienrichtungen, die am Lehrangebot der Politikwissenschaft interessiert sind, können selbstverständlich Lehrveranstaltungen des Instituts besuchen. Richten Sie Ihr Hauptaugenmerk jedoch nicht unbedingt auf die Lehrveranstaltungen aus den Grundlagenmodulen oder einschlägige Forschungspraktika. Diese sind nun einmal für HauptfachpolitologInnen eingerichtet. Berücksichtigen Sie das auch bei der Einreichung von Fächerkombinationen!

Marion Löffler

Dissertantin am ipw
und zuständig für die Anmeldungen
(marion.loeffler@univie.ac.at)

Prüfungsarten UND Prüfungstermine

Im Gegensatz zur Schule gibt es an der Universität viele verschiedene Möglichkeiten eine Lehrveranstaltung positiv abzuschließen. Vorlesungen sind an unserem Institut meistens mit schriftlichen Prüfungen zu absolvieren. Innerhalb der Kategorie schriftliche Prüfungen kann man viele unterschiedliche Formen unterscheiden. Eine große Unterteilung besteht in Hausarbeiten und Prüfungen, die auf der Universität in einer Prüfungssituation zu schreiben sind. Ein allgemeines, wichtiges Charakteristikum von Prüfungen im Studium der Politikwissenschaft, das sie meistens von Schul-Prüfungen unterscheidet, ist folgendes: Sehr selten werden lediglich Fakten oder Theorien abgefragt, die auswendig zu lernen wären. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass Theorien und Fakten nicht zu kennen seien. Im Gegenteil: Bei den meisten schriftlichen Prüfungen geht es darum, mittels des angelesenen Wissens zu argumentieren und ein Thema wissenschaftlich wertvoll zu durchleuchten.

Es gibt mehrere Varianten, wie schriftliche Prüfungen gestaltet sein können. So können beispielsweise Begriffsdefinitionen in Kombination mit einem Essay zu einem bestimmten Thema, oder die Rezension eines wissenschaftlichen Artikels, oder die Beantwortung eines multiple-choice-Tests gefragt sein. Mündliche Prüfungen sind in der Politikwissenschaft eher die Ausnahme. Für ein positives Zeugnis in Proseminaren und Seminaren bedarf es neben der Anwesenheit in der Regel eines Referats und einer schriftlichen Hausarbeit, die je nach Art der Lehrveranstaltung unterschiedlichen Kriterien entsprechen muss. Genaue Informationen über die Anforderungen für den Erwerb eines Zeugnisses erfährt man einerseits auf der Homepage des Instituts im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis, aber vor allem in der Lehrveranstaltung selbst.

Auch bezüglich der Prüfungstermine unterscheidet sich die Universität von der Schule. Prüfungen zu Vorlesungen können in der Regel an drei bis vier verschiedenen Terminen, die üblicherweise am Anfang und am Ende des Semesters stattfinden, gemacht werden. Zeit und Ort von Prüfungen erfährt man entweder in der Lehrveranstaltung selbst, oder auf der Homepage des Instituts. Aber auch im Glaskasten, der sich rechts vor dem Eingang zum Institut befindetet, sind Prüfungstermine angeschrieben.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Wofür sind Sprechstunden da?

Gerade am Anfang des Studiums überkommen einen und eine während Vorlesungen und Proseminaren brennende Fragen wie: Gilt der Seitenumfang von 15 Seiten für die Gruppen-Arbeit auch für die Einzelne und den Einzelnen? Es kann sich aber natürlich auch um derartige Fragen handeln: Könnte ich die Literaturliste für mein Referat nicht um den oder die mir bekannten AutorIn ergänzen, die ebenfalls Interessantes zu dem Thema geschrieben hat?

Gerade am Anfang des Studiums ist es aber auch so, dass man sich nicht traut, während der Lehrveranstaltung Fragen zu stellen. Und da es den meisten so geht, entstehen regelmäßig nach Lehrveranstaltungen riesige Menschengewölbe um den oder die LehrveranstaltungsleiterIn. Auch wenn es sehr verlockend ist, sich im Falle einer Frage am Ende der Lehrveranstaltung in dieses Menschengewühl zu werfen, ist eher davon abzuraten. Ebenfalls abzuraten ist von der Methode, außerhalb der Sprechstundenzeiten bei Lehrenden einfach anzuklopfen und hinein zu platzen. In beiden Fällen wird das Zeitpensum für die Beantwortung der Fragen knapp bemessen sein. Im ersten Fall, weil der oder die Lehrende noch wo anders hin muss. Im zweiten Fall, weil der oder die Betroffene gerade an etwas anderem arbeitet und einen oder eine deswegen vielleicht schnell und genervt aus dem Zimmer verweist. Deswegen also nützt die Sprechstunden. Informationen über Sprechstundenzeiten oder andere Möglichkeiten der Erreichbarkeit könnt ihr auf der Homepage des Instituts dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis entnehmen.

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Studierende

Das Bild des klassischen Vollzeitstudierenden, der/die sich voll auf sein/ihr Studium konzentrieren kann, gehört schon längst der Vergangenheit an. Mehr als 80% aller Studierenden arbeiten bereits – zum überwiegenden Teil unfreiwillig. Aus Teilzeitarbeit wird immer mehr ein Teilzeitstudium. Die neuesten Zahlen aus dem Bericht zur sozialen Lage der Studierenden besagen, dass übers Jahr gerechnet Einnahmen aus Erwerbstätigkeit 43% zum durchschnittlichen Gesamtbudget der StudentInnen beitragen. Unterstützungen durch die Familie folgen mit 37%, Studienbeihilfe inklusive Stundenzuschuss machen nur 9% aus (!). Das am meisten genannte Motiv für die Berufstätigkeit ist bei 70% der StudentInnen „den Lebensunterhalt verdienen“, 58,6% nennen „um die Kosten des Studiums zu finanzieren“ als Grund für ihre Erwerbstätigkeit. Arbeit während des Semesters hat sich durch die Einführung der Studiengebühren von 50% auf zwei Drittel erhöht. 57% der berufstätigen Studierenden beklagen die zeitliche Einschränkung als Folge der Erwerbstätigkeit.

Mit Einführung der Studiengebühren ist der finanzielle Druck und dadurch die Erwerbstätigkeit stark angestiegen. Das derzeitige Stipendiensystem ist für die finanzielle Absicherung der Studierenden komplett unzureichend. Die jetzige Studienbeihilfe und der „Stundenzuschuss“ können die finanziellen Belastungen durch das Studium und die unsozialen Studiengebühren nicht ausgleichen. Die Höhe der Studienbeihilfe wurde seit Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst. Die Studienbeihilfenvergabe ist aber schon so intransparent und voller bürokratischer Barrieren, dass weder der Anspruch noch die gewährte Höhe mehr nachvollziehbar sind. Viel zu viele Studierende müssen arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren, da sie nicht ausreichend oder gar keine Unterstützung bekommen. Direkte Folge: Rund 40% aller Studierenden mussten ihre Studienaktivitäten durch erhöhte Erwerbstätigkeit nach Einführung der Studiengebühren reduzieren. Zwei Drittel verspüren erhöhten finanziellen Druck.

sind
arm
dran

Studienförderung „neu“?

Mit der im Juni vom Ministerrat beschlossenen Novelle des Studienförderungsgesetzes wird die Welt auch nicht gerade besser: Gegenüber dem kritisierten Begutachtungsentwurf nicht mehr enthalten ist darin die Erbringung eines jährlichen Leistungsnachweises durch die StipendienbezieherInnen sowie die Einführung des so genannten European Credit Transfer System (ECTS), die zu einer deutlichen Erhöhung des Umfangs der Leistungsnachweise geführt hätte. Kleine Verbesserungen bringt das Gesetz für Studierende mit Kindern (+ 16 Euro/Monat) und behinderte StudentInnen (längerer Bezug). Der wichtigste Punkt, die Anpassung an die Inflation, wurde im Gesetz allerdings im wahrsten Sinne des Wortes „ausgespart“. Die Höhe der Beihilfen, aber auch die Höhen der relevanten Einkommensgrenzen stagnieren auf dem Niveau von 1999. Konsequenz: Jahr für Jahr fallen Studierende, deren Einkommenslage sich nicht verändert hat, aufgrund der Inflation aus der Beihilfe – und jenen, die Beihilfe bekommen, wird diese jährlich um die Inflationsrate real gekürzt.

Zwar müssen wir nun nicht mehr eine Rücknahme der neuesten Verschlechterungen fordern, da dies zum Glück tatsächlich erreicht wurde, aber die Forderung nach einer verbesserten Bildungsförderung bleibt weiterhin aufrecht! Es ist untragbar, dass Bildung immer weiter in die Hände des 'Bildungsbürgertums' gespielt wird und immer weiter weg von der Allgemeinheit.

Zur Person: **Patrice Fuchs** (29) studiert Psychologie und Fotografie in Wien. Die Mutter eines vierjährigen Sohnes war Sozialreferentin der Bundes-ÖH und im vergangenen ÖH-Wahlkampf Spitzenkandidatin des Verbands Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ). Mit 1. Juli wurde Patrice Fuchs in einer Koalition mit den Grünen und Alternativen StudentInnen Vorsitzende der ÖH-Bundesvertretung.

Einige nützliche Links zum Thema Soziales und Finanzielles:

Die sehr umfassende Website der ÖH, die auch viele Sozial-Broschüren online anbietet: <http://www.oeh.ac.at/oeh/infopoint>

Die Website der Studienbeihilfenbehörde: <http://www.stipendium.at>

Eine sehr praktische Website der Hochschülerschaft der TU Wien, auf der man seine Studienbeihilfe berechnen kann: <http://www.htu.tuwien.ac.at/studienbeihilfe/>

Die sehr übersichtliche Website des Studentpoint der Universität Wien, auf der viele Stipendienmöglichkeiten angegeben sind: <http://www.univie.ac.at/studentpoint/>

Die Website der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, auf der auch die genauen Vorgaben für ein Leistungs- und Förderstipendium der Fakultät zu finden sind: <http://www.univie.ac.at/H.u.S./>

Die Website des Österreichischen Austauschdienstes, auf der Stipendien-Möglichkeiten für ein Studium im Ausland angeführt sind: <http://www.oead.ac.at/>

Die Website der Wiener Arbeiterkammer: <http://www.akwien.or.at>

zusammengestellt von **Katharina Zahradnik**

Ein Glossar

wider den Universitäts-Dschungel

Blockveranstaltung (Block)

Die Lehrveranstaltung wird nicht wöchentlich, sondern an einem oder mehreren längeren Terminen (z.B. an einem Wochenende) im Umfang der Gesamtstundenzahl des Semesters abgehalten.

Bundesvertretung (BV)

Die BV ist die Vertretung aller Studierenden in Österreich und somit die bundesweite ÖH.

Cum tempore (c.t.)

Beginn der Lehrveranstaltung mit 15-minütiger Verspätung (so genanntes akademisches Viertel)

Dekanat

Amtführende Stelle der Fakultät, Sitz des/der DekanIn

European Credit Transfer System (ECTS)

Internationales System für die Anrechnung von Lehrveranstaltungen.

Freie Wahlfächer

Freie Wahlfächer sind in einem vorgeschriebenen Stundenmaß frei wählbare Lehrveranstaltungen aus anderen Studienrichtungen und/oder Universitäten.

GastprofessorIn (Gast-Prof.)

WissenschaftlerInnen einer anderen in- oder ausländischen Universität/Hochschule, die vom Fakultätskollegium für einen bestimmten Forschungsschwerpunkt auf Zeit bestellt werden.

Immatrikulation

Alter Terminus für Zulassung

Inskription

Alter Terminus für die Meldung zum Studium.

Klausur

Schriftliche Prüfung

Konversatorium (KO)

Konversatorien sind Lehrveranstaltungen in Form von Diskussionen zu einem bestimmten Thema einer Vorlesung bzw. zur Vertiefung einer Vorlesung.

Lehrveranstaltung (LV)

Lehrveranstaltungen werden als Vorlesung (VO), Übung (UE), Proseminar (PS), Seminar (SE), Arbeitsgemeinschaft (AR) oder Konversatorium (KO) angeboten.

Matrikelnummer

Individuelle Nummer, die jede/r Studierende bei der Zulassung an der Universität auf Lebzeiten erhält.

Mittelbau

Alle AssistenInnen, DozentInnen, ao. Profs, wissenschaftliche BeamtInnen und Lehrbeauftragten, die an der Universität angestellt sind.

Österreichische Hochschülerschaft (ÖH)

Gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden in Österreich.

Persönliche Anmeldung (p.A.)

Für bestimmte Lehrveranstaltungen muss man/frau sich zu Beginn des Semesters anmelden, um zur Teilnahme berechtigt zu sein.

Pflichtfächer

Lehrveranstaltungen, die unbedingt im geforderten Stundenausmaß zu absolvieren sind.

Privatissimum

Privatissima sind spezielle Forschungsseminare für fortgeschrittene Studierende, DiplomandInnen und DoktorandInnen.

Proseminar (PS)

Ablauf wie bei einer Übung, meist längere Abschlussarbeit, Vorstufe zum Seminar. Das PS hat Grundkenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln, in die Fachliteratur einzuführen und exemplarisch Probleme des Fachs durch Referate, Diskussionen und Fallerörterungen zu behandeln.

Prüfungsimmanent

Mitarbeit während der Lehrveranstaltung ist ebenso Pflicht wie diverse Hausaufgaben und Anwesenheit.

Prüfungsreferat

An jeder Fakultät u.a. für das Ausstellen der Diplomzeugnisse zuständig.

Semesterstunden (SSt.)

Dauer einer LV pro Woche (während des gesamten Semesters)

Seminar (SE)

Das SE hat der wissenschaftlichen Diskussion zu dienen. Es erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit speziellen Themen. Oft ist ein Referat erforderlich. Das SE wird mit einer umfangreichen schriftlichen Arbeit abgeschlossen.

Sine tempore (s.t.)

Die Lehrveranstaltung beginnt pünktlich.

Studienrichtungsververtretung (Strv)

Durch Personenwahl gewählte VertreterInnen für eine Studienrichtung.

Übung (UE)

Lehrveranstaltungen mit aktiver Mitarbeit, Gruppenarbeit, Referaten, Diskussionen, praktischer Übung und theoretischen Inputs.

Universitätsvertretung (UV)

Die UV ist die Studienrichtungsververtretung an der jeweiligen Uni.

Vorlesung (VO)

Lehrveranstaltung, in der ein/e Vortragende/r über ein bestimmtes Stoffgebiet referiert. Oft Frontalunterricht. Es besteht keine Anwesenheitspflicht. Meistens gibt es Bücher oder Skripten zur jeweiligen Vorlesung. Allgemeine Vorlesungen sollen in die Hauptbereiche und die Methodologie der Studienrichtung einführen. Spezialvorlesungen sollen auf den letzten Entwicklungsstand der Wissenschaft eingehen und aus speziellen Forschungsgebieten berichten.

Katharina Zahradnik

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

TITEL

- eine Erklärung

Schon beim Durchblättern des Vorlesungsverzeichnisses fällt auf, dass dem Namen der lehrenden Person stets ein mit Punkten und Bindestrichen versehenes Buchstabenkürzel voran geht. Welche Bedeutungen haben diese geheimnisvollen Kürzel?

Zunächst besteht eine grundsätzliche Unterteilung darin, dass in habilitierte und nicht-habilitierte Personen unterschieden werden kann. Voraussetzung für eine Habilitation sind das Doktorat und eine Habilitationsschrift. Eine Habilitationskommission, die vom Fakultätskollegium eingesetzt wird, bestellt zwei GutachterInnen für die „Habil“. Ein öffentliches Kolloquium wird abgehalten. Der Kandidat oder die Kandidatin muss sich außerdem einer Prüfung seiner oder ihrer didaktischen Fähigkeiten unterziehen.

Die Habilitation hat grundsätzlich nichts mit der Art des Arbeitsverhältnisses gegenüber der Universität zu tun. Jedoch sind die Habilitierten berechtigt, beim Diplom oder der Dissertation zu prüfen, während die Nicht-Habilitierten dazu nicht berechtigt sind. Das folgende Glossar stellt einen Überblick über die geläufigsten Titel und Arbeitsverhältnisse dar.

Habilitierte

Ordentliche/r UniversitätsprofessorIn (O. Univ.-Prof.)

Beamter/Beamtin des Bundes. Er/sie verfügt über die „venia docendi“, d.h. die Lehrbefugnis (Lese- und Prüfungsrecht) über eine gesamte Studienrichtung an der Universität oder ein bestimmtes Teilgebiet. Ein/e O. Prof. kann auch nach ihrer/seiner Pensionierung als emeritierte/r ProfessorIn an der Universität lesen. Jeder/r O. Univ.-Prof. hat mehrere AssistentInnenstellen zugeordnet.

Außerordentliche/r Professorin (Ao. Prof.)

BeamtenInnen des Bundes. Das Wissenschaftsministerium weist die im Stellenplan des Bundes vorgesehenen Ao.-Prof.-Stellen einer Fakultät zu. In einer vom Fakultätskollegium eingesetzten Berufungskommission wird ein/e BewerberIn ausgewählt, die/der dann vom Wissenschaftsministerium bestätigt werden muss. Wird eine Ao.-Prof.-Stelle frei, fällt sie an das Ministerium zurück und wird neu zugeteilt. Mit dem UOG 93 wurden alle Ao. Prof.s den O. Prof.s gleichgestellt.

UniversitätsdozentIn (Univ.-Doz.)

Diesen Titel erhält man/frau mit der Habilitation. Er sagt nichts über die Art des Arbeitsverhältnisses gegenüber der Universität aus. Dieser Titel ist nicht zu verwechseln mit dem/der DozentIn, die/der über einen Lehrauftrag verfügt (siehe UniversitätslektorIn).

HonorarprofessorIn (Hon.-Prof.)

WissenschaftlerInnen, die aufgrund besonderer wissenschaftlicher oder pädagogischer Leistungen vom Fakultätskollegium mit diesem Titel gewürdigt werden und dadurch eine Lehrbefugnis erhalten.

Nicht-Habilitierte

AssistenzprofessorIn (Ass.-Prof.)

BeamtenInnen des Bundes. Definitiv gestellte promovierte WissenschaftlerInnen.

UniversitätsassistentIn (Univ.-Ass.)

BeamtenInnen des Bundes. AssistentInnenstellen werden von einer Unterkommission des Fakultätskollegiums einzelnen Instituten zugewiesen, dann ausgeschrieben und besetzt.

UniversitätslektorIn

Voraussetzung ist meist ein abgeschlossenes Studium. Ein/e LektorIn wird für 1 Semester mit der Abhaltung einer oder mehrerer Lehrveranstaltungen beauftragt, auf die sich seine/ihre Lehrbefugnis beschränkt. LektorInnen werden auch DozentInnen genannt.

Die meisten Definitionen dieses Glossars sind dem Studienleitfaden der ÖH entnommen:

Studienleitfaden der ÖH Uni Wien 2002/2003. MedieninhaberIn: HochschülerInnenenschaft an der Uni Wien. HerausgeberInnen: Iris Hoheneder, Andrea Brunner, Anna-Maria Adaktylos, Unicampus AAKH, 1090 Wien

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Wie man den Studienalltag organisiert

- TO BE ORGANIZED OR NOT TO BE!

Anmerkungen zum beschleunigten Verlauf der Zeit an der Universität

Wenn das Semester beginnt, ist es fast schon vorüber. Auch auf die Gefahr, mit dieser Behauptung bereits eingangs auf Unverständnis zu stoßen, ist es uns ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass das herkömmliche Verständnis vom Verlauf der Zeit besser früher als später über Bord zu werfen ist. Nach einigen Semestern empirischer Beobachtung an uns selbst, aber auch an anderen Studierenden, hat sich diese scheinbar extreme Behauptung mehr als bewahrheitet.

Die Vorlesungen des Wintersemesters beginnen in der Regel Mitte Oktober. So könnte man fälschlicherweise daraus schließen, dass Mitte Oktober der richtige Zeitpunkt wäre, um sich erstmals das kommentierte Vorlesungsverzeichnis genauer durchzulesen. Im kommentierten Vorlesungsverzeichnis findet man unter anderem auch Angaben darüber, für welche Lehrveranstaltungen eine Anmeldung notwendig ist. Mitte Oktober sind aber die meisten Anmeldefristen für Übungen, Proseminare und Seminare bereits vorbei. Um die Anmeldefristen nicht zu versäumen, sollte man sich also schon weit vor Beginn des Semesters das Vorlesungsverzeichnis ansehen. Dasselbe gilt für das Sommersemester.

Neben der Tatsache, dass das Semester also schon früher als vielleicht gedacht beginnt, spricht ein weiteres Argument dafür, bereits zu Semesteranfang das Ende des Semesters ins Auge zu fassen. Wiederum sorgfältige Beobachtungen lassen uns zur Erkenntnis kommen, dass nach einer motivierten und arbeitsreichen Anfangsphase, in der Mitte des Semesters häufig ein Abnehmen in der Zuwendung zum Studium stattfindet. Dies führt zwangsläufig am Ende des Semesters zu einer großen Akkumulation von noch zu erledigenden Referaten oder Arbeiten. Gleichzeitig hat die Vorbereitungszeit für die Prüfungen am Ende des Semesters bereits begonnen. Unter dem sich daraus ergebenden Arbeitsdruck entsteht somit oftmals der Eindruck, das Semester sei schon vorbei, obwohl es gerade erst begonnen hatte. Unsere Conclusio lautet deshalb, dass die Mitte des Semesters unbedingt aktiv für Referate und sonstige Arbeiten zu nutzen ist!

Was sollte man bei der Erstellung des Stundenplans berücksichtigen?

Im Prinzip sollte man natürlich Lehrveranstaltungen aussuchen, an denen man besonders interessiert ist. Vor allem am Anfang ist es wichtig, sich viele verschiedene Gebiete anzusehen, um seine Interessen zu entdecken. Trotzdem ist es sehr ratsam, den Studienplan bei der Wahl der Lehrveranstaltungen nicht aus den

Augen zu verlieren. Schließlich ist eines der längerfristigen Ziele des Studiums die Beendigung desselben. Außerdem empfehlen wir, den Stundenplan möglichst geblockt zu gestalten. Es ist viel praktischer an wenigen Tagen auf die Uni zu fahren, an denen man mehrere Lehrveranstaltungen besucht, als fünf mal die Woche für jeweils zwei Stunden den Weg auf sich zu nehmen. Abgesehen von der Zeitersparnis senkt man damit auch die Wahrscheinlichkeit, an unmotivierten Tagen eine Vorlesung nicht zu besuchen. Und wenn wir schon dabei sind, Tipps dafür zu geben, wie man das Fernbleiben vom Unterricht vermeidet: Nach Möglichkeit raten wir dazu, Bibliotheks- oder Kaffeehausbesuche eher vor oder nach dem Tagespensum an Lehrveranstaltungen zu machen. Denn die Studierenden der Human- und Sozialwissenschaften scheinen gemein zu haben, dass sie gesellig sind und sich gerne verplaudern. Wie gesagt, Beobachtungen.

Gemeinsam statt einsam

Ein wesentlicher Punkt, um den Studienalltag besser zu bewältigen, ist die Kommunikation mit anderen Studierenden. Deswegen ist es immer gut, die Möglichkeit einer Gruppenarbeit wahrzunehmen. Auch wenn bei Gruppen oft jemand dabei ist, der die Arbeit über E-mail-Verkehr abwickeln möchte, sollte man auf persönliche Treffen bestehen. Gerade die Auseinandersetzung mit anderen Studierenden stellt einen wesentlichen Lernprozess während des Studiums dar.

Wir möchten zum Schluß unsere zu oberst gescheiterten Bemerkungen zur Organisation des Studienalltags mit dem Hinweis beschließen, dass man sich von anfänglichen Rückschlägen nicht entmutigen lassen sollte. Mit der Zeit durchschaut man das Uni-System besser, und die anfänglichen organisatorischen Hürden verschwinden.

Katharina Zahradnik und Luise Luksch
Redaktionsmitglieder und Studentinnen am ipw

Geschichte des Instituts

für Politikwissenschaft/der Studienrichtung Politikwissenschaft

Die Geschichte des Fachs beginnt in Österreich erst 1968. In diesem Jahr wurde in Wien ein politikwissenschaftliches Versuchsprogramm als eigenes Studien- und Dissertationfach eingerichtet. Dafür wurde auch eine "Professur für Philosophie der Politik- und Ideologiekritik" als Lehrkanzel am Institut für Philosophie verankert. 1971 wurde Politikwissenschaft dann zu einer kombinationspflichtigen Studienrichtung. Per Erlass errichtete das Wissenschaftsministerium das "Institut für Theorie der Politik" an der Philosophischen Fakultät.

Seit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 sind Institut und Studienrichtung an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI), heute Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, verankert. Dieses Institut erhielt im Jahre 1977 die Bezeichnung „Institut für Politikwissenschaft“. 1975 wurde auch im Rahmen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ein weiteres

Institut für Politikwissenschaft eingerichtet. Seit diesem Zeitpunkt gibt es zwei politikwissenschaftliche Institute.

Der Grund hierfür ist zunächst nicht leicht zu verstehen. Im Kampf sowohl gegen als auch für die Politikwissenschaft waren in den späten 60er Jahren vor allem die Juridische und die Philosophische Fakultät involviert. Schwieriger und lange währender Streitpunkt war die Frage der fakultären Zugehörigkeit der Politikwissenschaft. Mit dem UOG 1975 veränderten sich die Fakultätsstrukturen der Universität Wien. Die wenigen „alten“ Fakultäten fächerten sich in mehrere neue Fakultäten auf. Ein Institut wurde an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (SOWI) (Institut in der Hohenstaufengasse) verankert und das andere an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (Institut in der Währingerstrasse) verortet. 2000 wurde die SOWI-Fakultät in Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik und die

Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät in Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften umbenannt.

Die Institute unterscheiden sich nicht nur in ihrer Fakultätszugehörigkeit, sondern auch in ihrer Aufgabenstellung und neuerdings in ihrer Bezeichnung: Institut für Politikwissenschaft (Währingerstraße, Durchführung der Studienrichtung) und Institut für Staatswissenschaft (Hohenstaufengasse, Angebot von Wahlfachveranstaltungen für Rechts- und WirtschaftswissenschaftlerInnen und von Lehrveranstaltungen für die Studienrichtung Politikwissenschaft). Das Institut für Politikwissenschaft ist im Sommer 2002 aus der Währingerstrasse in das Neue Institutsgebäude (NIG), Universitätsstrasse, 2. Stock übersiedelt. Die Studienrichtung Politikwissenschaft ist an der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften verankert, die beiden Institute kooperieren beim Lehrangebot und den Prüfungen der Studienrichtung.

Liebe Erstsemestrige, liebe Studierende!

Das Sekretariatsteam begrüßt Sie recht herzlich am Institut für Politikwissenschaft!

Mit diesem Brief möchten wir Ihnen den Einstieg ins Studium erleichtern. Daher möchte ich Ihnen die MitarbeiterInnen des Sekretariats ein wenig näher vorstellen:

Im Zentrum für Studienangelegenheiten sind zur Zeit Monja MARTINKOVICH und Jutta GRAHOFER tätig. Sie sind vor allem für die Erstellung der Zeugnisse, aber auch für allgemeine Fragen der Studiumsrichtung zuständig. Sollten sie daher spezielle Fragen betreffend Studium bzw. Anrechnungen haben, so wenden Sie sich bitte während der Öffnungszeiten an das Sekretariat für Studienangelegenheiten, Trakt D, Zimmer 204. Weiters ist Frau Monja Martinkovich auch für die Vergabe der Diplomprüfungstermine zuständig. Sollte Fr. Martinkovich erkrankt sein, so wenden Sie sich bitte an Fr. Grahofner.

Zur Zeit ist leider das Sekretariat für allgemeine Auskünfte wegen Personalmangels an unserem Institut nicht besetzt. Daher müssen Sie sich auch in der Zwischenzeit bei Abgaben von Seminararbeiten an das Sekretariat für Studienangelegenheiten wenden. Im internen Sekretariatsbereich sind die Agenden auf zwei Sekretariate aufgeteilt.

Das wäre zum Einen das Sekretariat von Frau Wilma GUGGENBERGER und Frau Michaela KATHAN, die vor allem für die Lehre und die Lektoren zuständig sind, und zum Anderen das Sekretariat von Herrn Stefan SCHREIER und Frau Ursula GROB. Dieses Sekretariat ist vor allem für die internen Lehrenden zuständig.

Das Institut verfügt über circa 50 externe Lehrende. Ohne diese LektorInnen wäre ein Aufrechterhalten der Lehre nicht möglich. An dieser Stelle sollte ein Dank an unsere externen Lehrenden erfolgen. Seien Sie aber bitte nicht ungehalten und haben Sie ein wenig Verständnis, wenn wir in dieser Hinsicht nicht immer Auskunft über Verschiebungen oder Verlegungen bzw. auch Absagen von Seminaren oder Vorlesungen Auskunft geben können.

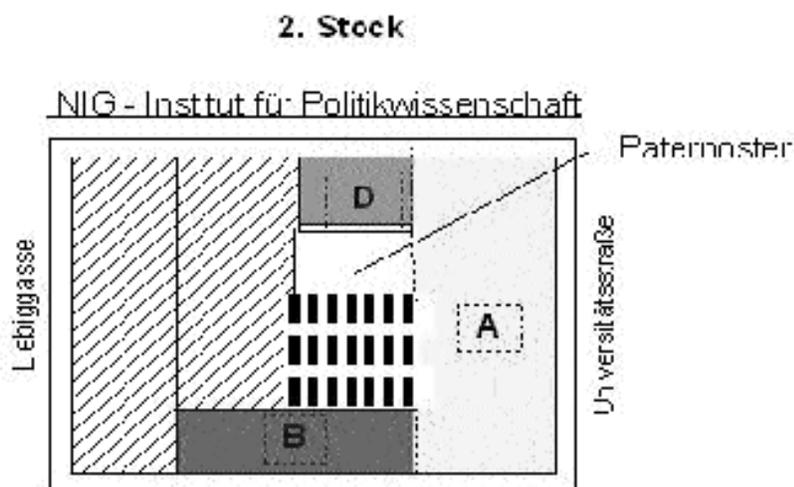
Ursula Grob

ORIENTIERUNG am Institut

Das Institut für Politikwissenschaft befindet sich seit Sommer 2002 im Neuen Institutsgebäude (NIG), Universitätsstr. 7, 2. Stock, 1010 Wien.

Die Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft befindet sich Rooseveltplatz 2, 1090 Wien.
<http://ub.univie.ac.at/aussen/soziologie.html>

Übersichtsplan des NIG:



Trakt A

Besprechungsraum 1 (A 204)
 StudienassistentInnen 1 (A 206)
 EDV-Raum (A 207)
 Hörsaal 1 (A 212)
 Hörsaal 2 (A218)
 Studienrichtungsvertretung, Tutoriumsraum (A 221)
 StudienassistentInnen 2 (A 222)
 LektorInnen (A 224)
 GastprofessorInnen (A 226)
 Besprechungsraum 2 (A 228)

Trakt B

Besprechungsraum 3 (B 201)

Mitglieder des Instituts:

Univ.-Doz. Dr. Johann DVORAK B 220
 Univ.-Prof. Dr. Herbert GOTTWEIS B 207
 MR Dr. Elsa HACKL B 204
 Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg HEINRICH B 205

Ass.-Prof. Dr. Regina KÖPL B 212
 Univ.-Prof. Dr. Helmut KRAMER B 209
 Univ.-Prof. Dr. Eva KREISKY B 213
 Univ.-Ass. Dr. Josef MELCHIOR B 216

-

Trakt B

Mitglieder des Instituts:

Dr. Andreas PRIBERSKY B 202
Univ.-Ass. Dr. Petra PURKARTHOFER B 210
Univ.-Prof. Dr. Sieglinde ROSENBERGER B 211
ao. Univ.-Prof. Dr. Birgit SAUER B 214
ao. Univ.-Prof. DDr. Ingrid SCHÜTZ-MÜLLER B 206
Dr. Fritz WINDHAGER B 208

Sekretariat:

Wilma GUGGENBERGER B 215
Mag. Michaela KATHAN B 215
Ursula GROB B 215
Stefan SCHREIER B 217

Trakt D

Zentrum für Studienangelegenheiten

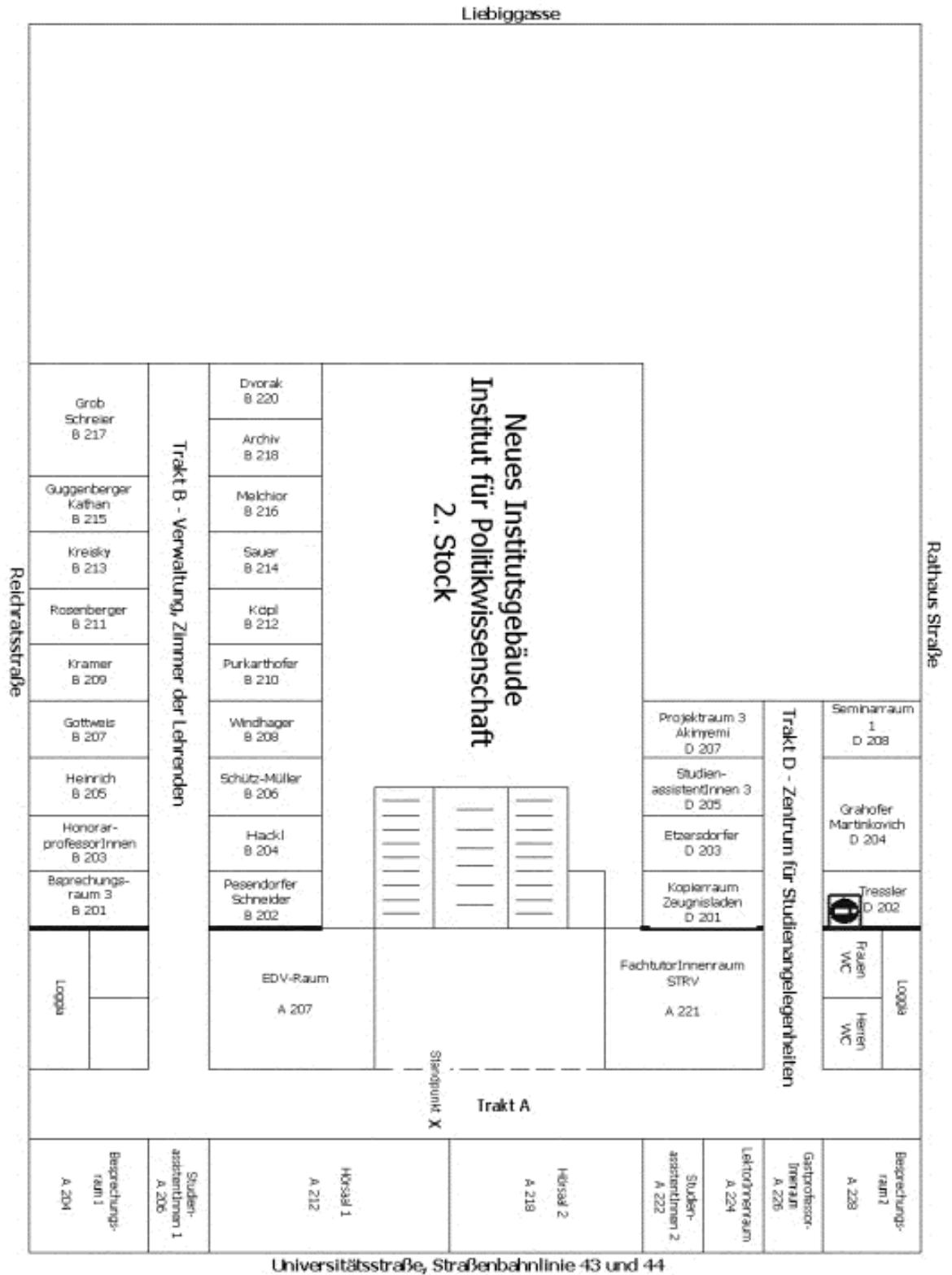
Monja MARTINKOVICH
Jutta GRAHOFER D 204
Zeugnisse (D 201)

Mitglieder des Instituts

Univ.-Doz. Dr. Irene ETZERSDORFER D 203
StudienassistentInnen 3 (D205)
Projektraum 3 (D 207):
Emer. o. Univ.-Prof. Heinrich SCHNEIDER
Emer. ao. Univ.-Prof. Univ.-Doz. Peter PESENDORFER
Lektor Dr. Rasheed AKINYEMI
Seminarraum 1 (D 208)

Die LektorInnen der Studienrichtung Politikwissenschaft haben keine Zimmer am Institut. Sie geben Ihre Sprechstunden jeweils individuell in den Lehrveranstaltungen bekannt. Die E-Mail-Adressen der LektorInnen finden Sie auf unserer Homepage unter Lehrende/LektorInnen: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/LektorInnen.html>

Informationen zum Institut für Staatswissenschaft finden Sie unter:
<http://www.univie.ac.at/staatswissenschaft/staatswissenschaft>



Ein Blick auf die POWI-Homepage

www.univie.ac.at/politikwissenschaft



- Home
 - Willkommen!
 - Kontakt
 - Schwarzes Brett
 - Studienberatung
 - Politix
 - Veranstaltungen
 - LV - Anmeldungen
- Institut
 - Geschichte
 - Leitbild
 - Mitglieder
 - Tätigkeitsbericht
 - Sekretariat
 - Bibliothek
 - Orientierung
- Forschung
 - Forschungsschwerpunkte
 - Forschungsprojekte
 - Publikationen
- Studium
 - Studienplan (neu)
 - Studienplan (alt)
 - Studienaustausch
 - Anrechnung
 - Stipendien
 - Diplomarbeit
 - Doktoratsstudium
- Lehrbetrieb
 - Lehrveranstaltungen
 - Semestereinteilung
 - Prüfungstermine
 - Zeugnisse
 - Veranstaltungsorte
- Lehrende
 - Institut
 - Staatswissenschaft
 - LektorInnen
 - GastprofessorInnen
- STRV
- Links

Folgende Inhalte erwarten dich auf der Institutshomepage:

Home. Hier findest du allgemeine Informationen und aktuelle Änderungen, alles Wissenswerte zu Anrechnungen und Studienplänen, laufend aktualisierte Veranstaltungshinweise zu politikwissenschaftlich relevanten Themen und natürlich auch das Anmeldeformular für einzelne Seminare und Veranstaltungen mit beschränkter TeilnehmerInnenzahl. Nicht zu vergessen: Hier gibt's die Online-Ausgabe des Politix!

Institut. Hier kannst du dich über die Geschichte des Wiener Powi-Instituts informieren. Neben dem Leitbild und einem ausführlichen Tätigkeitsbericht findest du hier auch alle Mitglieder des Instituts mit E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Zimmernummer und Sprechstundenzeiten. Außerdem kann man hier die Öffnungszeiten der Sekretariate und Bibliotheken erfahren. Wer immer noch verwirrt ist, kann sich beim Punkt „Orientierung“ einen Überblick verschaffen.

Forschung. Welche Projekte und Forschungsschwerpunkte gibt es am Institut? Wer forscht worüber? Was wurde von den Institutsmitgliedern in letzter Zeit publiziert? Antworten darauf findest du hier im Bereich „Forschung“.

Studium. Alle allgemeinen Fragen zum alten und neuen Studienplan, zum Erasmus-Programm, zur Zeugnisanrechnung, zu Anlaufstellen bei einem Stipendien und Hinweise für

DiplomandInnen und DoktorandInnen sind hier abrufbar. Im Diplomarbeitsbereich findest du auch eine Liste der bisherigen Diplomarbeits-themen der Wiener Politikwissenschaft.

Lehrbetrieb. Die für uns Studierenden so wichtigen Fakten zu den Lehrveranstaltungsarten und -zeiten, zu Prüfungsterminen, Zeugnisausstellung und die Semestereinteilung gibt's hier zu finden. Und nicht zu vergessen natürlich das Anmeldesystem, mit dem mensch sich zu Semesterbeginn in die jeweiligen Übungen und Seminare einschreiben kann.

Lehrende. Hier sind alle Powi-Lehrenden mit Kontaktmöglichkeit aufgelistet: sowohl Institutsangehörige als auch Lehrende des Instituts für Staatswissenschaft, LektorInnen und alle GastprofessorInnen.

Ein Blick auf www.univie.ac.at/politikwissenschaft lohnt sich also und kann dir viele unnötige Rennereien ersparen. Die Site wird von Stefan Schreier und Petra Purkarthofer laufend aktualisiert, Hinweise und Anregungen kann mensch an service.politikwissenschaft@univie.ac.at mailen.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

wichtige Kontakte

Kontakt: www.univie.ac.at/politikwissenschaft
NIG, Universitätsstr. 7, 2. Stock
1010 Wien
service.politikwissenschaft@univie.ac.at

Montag - Mittwoch: 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.30 - 15.30 Uhr
Donnerstag: 9.00 bis 15.30 Uhr
Freitag: 9.00 bis 12.00 Uhr

**Fr. Monja Martinkovich/
Fr. Jutta Grahofer** Zentrum für Studienangelegenheiten
jutta_grahofer@univie.ac.at
monja.martinkovich@univie.ac.at Zimmer D 204
Tel.: 4277/47705, Fax: 4277/9477
Tel.: 4277/47706

Montag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Mittwoch: 9.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 bis 15.30 Uhr
Freitag: 9.00 bis 12.00 Uhr

**Fr. Wilma Guggenberger/
Fr. Michaela Kathan** Verwaltung
wilhelma.guggenberger@univie.ac.at
michaela.kathan@univie.ac.at Zimmer B 215
Tel.: 4277/47704
Tel.: 4277/47704, Fax: 4277/47719

Montag - Freitag: 9.00 bis 14.00 Uhr

**Frau Ursula Grob/
Stefan Schreier** Verwaltung
Ursula.Grob@univie.ac.at Zimmer B 217
Tel.: 4277/47702, Fax: 4277/47719

Montag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Mittwoch: 9.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Freitag: 9.00 bis 12.00 Uhr

Sekretariat Hohenstaufengasse e-mail: staatswissenschaft@univie.ac.at

wichtige Adressen

Arbeitskreis Ost (AKO) 0664/3519919 m.springnagel@arbeitskreis-ost.at <http://www.arbeitskreis-ost.at>
BIT - Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekoooperation ++43 1 581 16 16 – 108 bit@bit.ac.at
<http://www.bit.ac.at>
Büro für akademische Mobilität - BAMO ++43/1/4277 / 28185 bamo@oead.ac.at <http://www.oead.ac.at>
CARE Österreich, Verein für Entwicklungszusammenarbeit +43/1/7150715 care@care.at <http://www.care.at>
Diplomatische Akademie Wien ++43/1/505 72 72 diplomat@dak-vienna.ac.at <http://www.dak-vienna.ac.at/>
Europaforum Wien ++43/1/585 85 10 20 institut.efw@europaforum.or.at <http://www.europaforum.or.at/wien>
Forschungsinstitut für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht (FOWI) ++43/1/313 36/41 99 FOWI@wu-wien.ac.at
<http://www.fowi.at>
Industriellenvereinigung (IV) ++43/1/711 35/2401 - 2402 a.trinkel@iv-net.at <http://www.iv-net.at>
Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa (IDM) ++43/1/319 72 58/12 s.rosar@idm.at <http://www.idm.at/>
Institut für die Wissenschaften vom Menschen ++43/1/313 58-0 Strohschein@iwm.at <http://www.univie.ac.at/iwm>
Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (IHS) 0043/1/599 91-0 felderer@ihs.ac.at, isa@ihs.ac.at
<http://www.ihs.ac.at>
Kreisky Forum für Internationalen Dialog 01/318 82 60 kreiskyforum@kreisky.org <http://members.eunet.at/kreiskyforum>
KulturKontakt Austria 43/1/523 87 65 kk@kulturkontakt.or.at <http://www.kulturkontakt.or.at>
The Club of Rome - European Support Centre +43-1-5125770 office.europe@clubofrome.at <http://www.clubofrome.org>
Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) ++43/1/533 66 10 wiiw@wsr.ac.at
<http://www.wiiw.ac.at/>
World University Service (WUS Austria) ++43/316/38 22 58 wus.austria@graz.telecom.at <http://www.wus-austria.org>
ÖGUT-Ostinfostelle (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik) ++43/1/315 63 93-15 oegut@via.at
<http://www.oegut.at/>
Österreich-Kooperation in Wissenschaft, Bildung und Kunst ++43/1/317 49 35, 317 69 93 oek.knafl@magnet.at
<http://www.oek.at>
Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft ++43/1/599 91-166 hafner@ihs.ac.at <http://www.ihs.ac.at/pol/oegpw>
Österreichisches College - Europäisches Forum Alpbach +43 (1) 718 17 21, +43 (1) 718 forum.alpbach@netway.at
<http://www.forum-alpbach.at/>
Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP) +43/1/581 11 06 info@oiip.at <http://www.oiip.at>
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ++43/1/798 26 01-0 egger@wsr.ac.at <http://www.wifo.ac.at/>
Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (OSI) ++43/1/512 18 95 sekretariat@osi.ac.at <http://www.osi.ac.at/>

Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft

Die **Institutsbibliothek** wurde in die neue Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft, Rooseveltplatz 2, 1090 Wien eingegliedert. Bitte beachten Sie die verkürzten Öffnungszeiten während der vorlesungsfreien Zeit.

<http://ub.univie.ac.at/aussen/soziologie.html>

Adresse: Rooseveltplatz 2, 1090 Wien, Erdgeschoß

Tel.: (01) 4277 16870 Fax: (01) 4277 16879

E-Mail: fb-sozpol.ub@univie.ac.at

Öffnungszeiten während der Studienzzeit

Montag, Mittwoch und Donnerstag: 09.00 - 17.00 Uhr

Dienstag: 09.00 - 19.00 Uhr

Freitag: 09.00 - 15.00 Uhr

Entlehnmodus

Die Entlehnung erfolgt mittels Strichcodeetikett der Universitätsbibliothek.

Der überwiegende Anteil der Bücher sind im Online-Katalog ALEPH der UB erfasst.

Bibliothek des Instituts für Staatswissenschaft

Hohenstauffengasse 9

1010 Wien

Österreichische Nationalbibliothek

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktperson Hr. Knoll)

Telefon: (+43 1) 53 410/277

Fax: (+43 1) 53 410/257 oder

E-Mail: oea@onb.ac.at

Allgemeine politikwissenschaftliche **BASISLITERATUR**

Von Birgit Sauer

1. Überblicks- und Einführungsliteratur

Albrecht, Ulrich et al. (Hg.) 1989: Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Politikwissenschaft? Kritik und Selbstkritik aus dem Berliner Otto-Suhr-Institut, Opladen
 Alemann, Ulrich von 1994: Grundlagen der Politikwissenschaft: ein Wegweiser, Opladen
 Bellers, Jürgen/Kipke, Rüdiger 1993: Einführung in die Politikwissenschaft, München/Wien
 Berg-Schlosser, Dirk/Maier, Herbert/Stammen, Theo 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, 5. Aufl., München
 Berg-Schlosser, Dirk/Quenter, Sven (Hg.) 1999: Literaturführer Politikwissenschaft, Stuttgart
 Esterbauer, Fried 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, 2. Aufl., Graz
 Hartmann, Jürgen 1995: Politikwissenschaft. Eine problemorientierte Einführung in Grundbegriffe und Teilgebiete, Berlin
 Heinrich, Hans-Georg 1989: Einführung in die Politikwissenschaft, Wien/Köln: Böhlau
 Kevenhörster, Paul 1997: Politikwissenschaft. Entscheidungen und Strukturen, Band 1, Opladen
 König, Helmut 1999: Orientierung Politikwissenschaft. Was sie kann, was sie will, Reinbek bei Hamburg
 Leggewie, Claus (Hg.) 1994: Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt
 Mayer, Franz 1995: Studenten vermitteln Inhalte ihres Fachs: Einblick in das Studium der Politologie, München
 Meyer, Thomas 2000: Was ist Politik? Opladen
 Mohr, Arno (Hg.) 1995: Grundzüge der Politikwissenschaft, München/Wien
 Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim, Wagner, Christian (Hg.) 2001: Politikwissenschaft: Eine Einführung, 3. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich
 Naßmacher, Hiltrud 1994: Politikwissenschaft, München/Wien
 Patzelt, Werner J. 2001: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung, 4. Aufl., Passau
 Pelinka, Anton 2000: Grundzüge der Politikwissenschaft, Wien (u.a.)
 Röhrich, Wilfried 2001: Herrschaft und Emanzipation: Prolegomena einer kritischen Politikwissenschaft, Berlin
 Stammen, Theo et al. 1991: Grundwissen Politik,

Frankfurt/M./New York
 Waschkuhn, Arno 2002: Grundlegung der Politikwissenschaft, München

2. Handbücher und Lexika

Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.) 1972ff.: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart
 Fetscher, Iring/Münkler, Herfried 1985-1993: Pipers Handbuch der politischen Ideen, 5 Bände, München
 Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hg.) 1987: Handbuch Politikwissenschaft. Grundlagen - Forschungsstand - Perspektiven, Reinbek bei Hamburg
 Holtmann, Everhart (Hg.) 2000: Politiklexikon, 3. Auflage, München/Wien
 International Encyclopedia of the Social Sciences 1968ff., hg. von Sills, David L., 16. Bände, London/New York
 Mickel, Wolfgang W. (Hg.) 1983: Handlexikon der Politikwissenschaft, München
 Nohlen, Dieter (Hg.) 1995: Wörterbuch Staat und Politik, Neuausgabe, München
 Nohlen, Dieter (Hg.) 1992ff.: Lexikon der Politik, 7 Bde., München
 Pipers Wörterbuch zur Politik 1983ff., hg. von Nohlen, Dieter et al., 6 Bde., München
 Schmidt, Manfred G. 1995: Wörterbuch der Politik, Stuttgart
 Staatslexikon 1985ff. Recht, Staat, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 5 Bde., 7. Aufl., Freiburg
 Woyke, Wichard (Hg.) 1998: Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Aufl., Opladen/Bonn

3. Methodik und Methoden

Alemann, Ulrich von (Hg.) 1995: Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriß für Studium und Forschung, Opladen
 Diekmann, Andreas 1995: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg
 Dreier, Volker 1997: Empirische Politikforschung, München/Wien
 Flick, Uwe u.a. (Hg.) 1991: Handbuch Qualitative

Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, München

Maier, Jürgen/Michaela Maier/Hans Rattinger 2000: Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse: Arbeitsbuch mit Beispielen aus der politischen Soziologie, München/Wien

4. Praktische Anleitungen zum Studium und (politik)wissenschaftlichen Arbeiten

Alemann, Ulrich von/Forntran, Erhard 1995: Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, 5. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln

Bandemer, Stefan von/Wewer, Götrik 1992: Technik politikwissenschaftlichen Arbeitens. Eine didaktische Anleitung, Opladen

Billing, Werner/Thomas Simon 2002: Politikwissenschaft und die Technik wissenschaftlichen Arbeitens. Eine Einführung, Opladen

Eco, Umberto 1993: Wie man eine wissenschaftliche Abschlußarbeit schreibt, 6. durchgesehene Auflage, Heidelberg

Kruse, Otto 1993: Keine Angst vor dem leeren Blatt. Ohne Schreibblockaden durchs Studium, Frankfurt/M./New York

Schlichte, Klaus 1999: Einführung in die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft, Opladen

Wie verfasst man wissenschaftliche Arbeiten? 1988: Ein Leitfaden vom ersten Studiensemester bis zur Promotion, Dudenverlag

5. Politikwissenschaftliche Zeitschriften (Auswahl)

Deutschsprachige Zeitschriften:

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"

Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Europäische Rundschau

femina politica

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Kurswechsel

Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften

Neue Politische Literatur

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)

Politische Vierteljahresschrift (PVS)

Prokla

SWS-Rundschau

ransit

Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB)

Zeitschrift für Parlamentsfragen

Zeitschrift für Politik (ZFP)

Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol)

Englischsprachige Zeitschriften:

Alternatives

American Politics Quarterly

American Political Science Review

British Journal of Political Science

Cooperation and Conflict

European Journal of International Relations

Foreign Affairs

International Security

International Studies Quarterly

International Feminist Journal of Politics

Millennium

Theory, Culture and Society

Theory and Society

Teilgebiete der Politikwissenschaft

1. Österreichische Politisches System

Dachs, Herbert u.a. (Hg.) 1997: Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, dritte, erweiterte und völlig neu bearbeitete Auflage

Hanisch, Ernst 1994: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien

Jahrhundert, Wien

Lauber, Volkmar (Hg.) 1996: Contemporary Austrian Politics, Boulder

Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger 2002: Österreichische Politik: Grundlagen - Strukturen - Trends, Wien, 2. Auflage

Sieder, Reinhard/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.) 1995: Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien

Tálos, Emmerich u.a. (Hg.) 1995: Handbuch des politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918-1933, Wien

2. Politische Theorie/Ideengeschichte

Beyme, Klaus von/Claus Offe (Hg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen

Beyme, Klaus von 2000: Die politischen Theorien der Gegenwart: eine Einführung, 8. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden

Brodocz, André/Gary S. Schaal (Hg.) 2001/2002:

Politische Theorien der Gegenwart I + II: eine Einführung, Opladen

Brunkhorst, Hauke 2000: Einführung in die Geschichte politischer Ideen, München
 Fenske, Hans u.a. (Hg.) 1997: Geschichte der politischen Ideen : von der Antike bis zur Gegenwart, Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt/M.
 Fetscher, Iring/Herfried Münkler (Hg.) 1985ff.: Handbuch der politischen Ideen, 5 Bände, München u.a.
 Hartmann, Jürgen 1997: Wozu politische Theorie? Eine kritische Einführung für Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft, Opladen
 Lieber, Hans Joachim (Hg.) 1991: Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn
 Maier, Hans/Horst Denzer (Hg.) 2001: Klassiker des Politischen Denkens, 2 Bände, München
 Neumann, Franz (Hg.) 1995/1996: Handbuch politische Theorien und Ideologien, Neuauflage in 2 Bänden, Opladen
 Ottmann, Henning 2001: Geschichte des politischen Denkens : von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit, Band 1 Die Griechen (2 Teilbände), Stuttgart
 Reese-Schäfer, Walter 2000: Politische Theorien heute: neuere Tendenzen und Entwicklungen, München/Wien
 Stammen, Theo/Gisela Riescher/Wilhelm Hofmann (Hg.) 1997: Hauptwerke der politischen Theorie, Stuttgart

3. Internationale Politik

Bellers, Jürgen (Hg.) 2001: Handbuch der Außenpolitik, München/Wien
 Czempiel, Ernst-Otto 1993: Weltpolitik im Umbruch, 2. Aufl., München
 Gabriel, Jürg Martin 1997: Theorien der internationalen Beziehungen, Zürich
 Hartmann, Jürgen 2001: Internationale Beziehungen, Opladen
 Hoffmann, Stanley 1998: World Disorders, Lanham
 Kleinschmidt, Harald 1998: Geschichte der internationalen Beziehungen, Stuttgart
 Kohler-Koch, Beate (Hg.) 1998: Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen/Wiesbaden
 Lehmkuhl, Ursula 2000: Theorien internationaler Politik, Neuaufl., München
 Lemke, Christiane 2000: Internationale Beziehungen, München/Wien
 Nuscheler, Franz (Hg.) 2000: Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert, Bonn
 Pfetsch, Frank R. 1994: Internationale Politik, Stuttgart
 Rittberger, Volker 1994: Internationale Organisation, Opladen
 Senghaas, Dieter 1997: Frieden machen, Frankfurt/M.
 Sylvester, Christine 1994. Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era, Cambridge.
 Woyke, Wichard (Hg.) 1998: Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Aufl., Opladen/Bonn

4. Vergleichende Politikwissenschaft

Almond, Gabriel A./Powell, S. Bingham 1992: Comparative Politics Today, 5. Aufl., New York
 Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) 1997: Vergleichende Politikwissenschaft, 3. Aufl., Opladen
 Breslin, Shaun 1998: Comparative Government and Politics, 4. Aufl., London
 Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) 1994: Die EU-Staaten im Vergleich, 2. Aufl., Opladen
 Hartmann, Jürgen 1995: Vergleichende Politikwissenschaft, Frankfurt/M./New York
 Ismayr, Wolfgang (Hg.) 2000: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen
 Ismayr, Wolfgang (Hg.) 2002: Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Aufl., Opladen
 Lehner, Franz/Widmaier, Ulrich 1995: Vergleichende Regierungslehre, 3. Aufl., Opladen
 Lijphart, Arend 1999: Patterns of Democracy, New Haven
 Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hg.) 1999: Demokratie in Ost und West, Frankfurt/M.
 Woyke, Wichard 1998: Europäische Union, München/Wien

Zusammenstellung: **Birgit Sauer**
 a.o. Professorin am ipw

Lesestunde

Was hinter oft zitierten Standardwerken der Politikwissenschaft steckt.

Von Markus Wolschlager

Habermas, Huntington und Horkheimer – nur drei willkürlich ausgewählte Namen, die mensch im Studium mehr als nur einmal begegnet. Im folgenden Text sollen einige so genannte Standardwerke kurz vorgestellt werden. Das Studium der Politikwissenschaft wird völlig zu Recht als ein „Lesestudium“ bezeichnet, denn vor allem politikwissenschaftlich relevante Literatur hilft, Einzelercheinungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Nicht die eilig aufgeschnappte Radio- und Fernsehmeldung, nicht der tagesaktuelle Happen aus der Zeitung und auch nicht der zusammengefasste Wochen- oder Monatsüberblick in den Magazinen sind für eine fundierte politikwissenschaftliche Analyse ausreichend: Bücher sind jene Medien, die eine intensivere Auseinandersetzung mit Themen und Problemstellungen zulassen. Die Details und Fakten können wir täglich lesen und hören, die Zusammenhänge, Hintergründe und einen gewissen Überblick liefern hingegen die Bücher.

Die folgende Auswahl an Büchern erfolgte rein subjektiv und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich habe versucht, Bücher aus möglichst vielen Teilbereichen (vor allem Politische Theorie, Internationale Politik) der letzten 50 Jahre darzustellen.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verfassten **Theodor W. Adorno** (1903 – 1969) und **Max Horkheimer** (1895 – 1973) mit der „Dialektik der Aufklärung“ eines der klassischen Werke der Philosophie. Geflüchtet vor dem Nazi-Regime, weisen sie mit diesem in den USA geschriebenen Werk auf die Kehrseite des technischen und sozialen Fortschritts der Aufklärung seit dem 18. Jahrhundert hin: „Denken verdinglicht sich zu einem selbsttätig ablaufenden, automatischen Prozeß, der Maschine nacheifernd, die er selber hervorbringt, damit sie ihn schließlich ersetzen kann.“ (1) Im Zuge der Proteste der „68er-Generation“ erlebte das Buch ein Revival, vor allem die Kapitel über die Kulturindustrie und die Elemente des Antisemitismus wurden gern gelesen und diskutiert.

In den 50er Jahren spinnt **Hannah Arendt** (1906 – 1975) diese Gedankengänge in ihren beiden Hauptwerken weiter. In ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, an dem sie zehn Jahre gearbeitet hat, analysiert sie, was eine totale Herrschaft ausmacht und wie sie entsteht. Dabei scheut sie sich nicht, die beiden totalen Systeme Nationalsozialismus nach 1938 und Bolschewismus nach 1930 gemeinsam zu analysieren (2).

Nicht eine bloße Auflistung oder Beschreibung von Fakten, sondern eine systematische Auseinandersetzung mit politischen Mechanismen und der Verantwortung des Einzelnen in einem totalen Staat machen ihr Buch so wertvoll. In einem persönlichen Brief an Hannah Arendt schreibt ihr ihre Freundin Mary McCarthy im August 1973, dass auf einer Tagung soeben jemand erzählte, dass er die „Elemente und Ursprünge“ gelesen habe „als er 21 oder 22 Jahre alt gewesen sei, und es sein Leben verändert hat.“ (3)

Arendts wichtigstes Werk ist aber zweifellos „Vita activa oder Vom tätigen Leben“. Sie geht darin „nur“ der Frage nach, „was wir eigentlich tun, wenn wir tätig sind.“ (4) Dabei unterscheidet sie das menschliche Tätig-Sein in Arbeiten, Herstellen und Handeln. Das Arbeiten entspricht dabei in etwa dem, was Horkheimer und Adorno kritisieren: ein immerwährender Kreislauf von Produktion und Konsumption, der zwar notwendig und gerechtfertigt ist, aber seit der Phase der Neuzeit immer mehr Bedeutung gewinnt. So viel Bedeutung, dass das menschliche Handeln zusehends eingeschränkt wird, und sich somit die Menschen selbst in ihren Möglichkeiten einschränken. Mit dem Handeln ist das miteinander Sprechen und Kommunizieren gemeint, wortloses Handeln gibt es für Arendt streng genommen überhaupt nicht (5). Es geht nicht um ein „bloßes Gerede“ (6), sondern um ein aktives Auftreten im öffentlichen Raum, ein Sprechen, das das Zusammenleben mit anderen Menschen erst gewährleistet, denn das reine Dulden ist kein Tätig-Sein, sondern die Kehrseite des Handelns (7). Die Sprache ist das Medium der Politik, sie ist komplex und voller „Umständlichkeiten“. Arendt: „Der Umstand, der sie [die Sprache, M. W.] so umständlich macht, ist die Person, die in ihr mitspricht.“ (8)

Hannah Arendt legt in der Vita activa auch ihr positives Verständnis von Macht dar, das sich ausschließlich (!) durch das gemeinsame Handeln ergibt: „Wo Macht nicht realisiert, sondern als etwas behandelt wird, auf das man im Notfall zurückgreifen kann, geht sie zugrunde, und die Geschichte ist voll von Beispielen, die zeigen, daß kein materiell greifbarer Reichtum der Welt diesen Machtverlust auszugleichen vermag.“ (9)

In den 60er Jahren wurde **Noam Chomsky** (geb. 1928) mit seinen linguistischen Studien weltberühmt. Erst im letzten Jahrzehnt wurde er über ein Fachpublikum hinaus mit seinen politischen Schriften wieder bekannt: In schmalen

Büchern über Neoliberalismus („Profit over people“) und Terror („The Attack“), in umfangreicheren Werken etwa über den Nahostkonflikt („Israel, die Palästinenser und die US-Politik“) oder in ganz aktuellen US-medienkritischen Publikationen („Media Control“) kritisiert er die US-Politik und den Medien-Mainstream im Zeitalter des Neoliberalismus. Trotz seiner pointierten Formulierungen fehlt in seinen Schriften vielfach eine fundierte systematische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema. Vor allem seine Bücher über den 11. September und über den Neoliberalismus sind in einem sehr essayartigen Stil gehalten.

Seit den 70er Jahren führt der Soziologieprofessor und Direktor des Fernand Braudel-Centers an der Birmingham University (New York), **Immanuel Wallerstein** (geb. 1930), mit seinen Büchern die so genannte Weltsystemtheorie theoretisch an. In seiner kürzlich erschienenen „Utopistik“ fasst er diese Theorie überblicksartig zusammen und versucht, einen Ausblick zu geben: Wallerstein sieht das aktuelle, seit 500 Jahren bestehende Weltsystem, in einer tiefen Krise und spricht von einer „Phase des Übergangs“, einer „Hölle auf Erden“, in die wir in den nächsten fünfzig Jahren eintreten werden: „Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“ (10)

In den frühen 80er Jahren erscheinen die Hauptwerke vom wohl bedeutendsten französischen Soziologen des 20. Jahrhunderts, **Pierre Bourdieu** (1930 – 2002) und des wichtigsten deutschsprachigen Philosophen unserer Zeit, **Jürgen Habermas** (geb. 1929). Habermas veröffentlicht 1981 seine „Theorie des kommunikativen Handelns“ (TKH), in der er, ähnlich wie Arendt, die immense Bedeutung des menschlichen Handelns betont. Habermas unterscheidet zwischen dem strategischen Handeln (systematisch verzerrte Kommunikation, Manipulation oder offen strategisches Handeln) und dem verständigungsorientierten kommunikativen Handeln (11), das unter anderem durch die Geltungsansprüche Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit erreicht werden kann. Habermas, der als Schüler Adornos der Frankfurter Schule zuzurechnen ist, schafft mit seiner TKH einen theoretisch ausgereiften, wenn auch utopischen (Habermas: „kontrafaktischen“) Ansatz und strebt einer maximalen, vollständigen menschlichen Verständigung nach, die letztlich wohl nie erreicht werden kann. Politikwissenschaftliche Relevanz haben seine Ansätze auch bei der Demokratiediskussion, wo Habermas den Ansatz der deliberativen Demokratie vertritt, bei der die herrschaftsfreie Verständigung mittels Diskursen im Vordergrund steht.

Bei Pierre Bourdieu kann mensch in den „feinen Unterschieden“, einem 910-Seiten-Wälzer, nachlesen, dass Aussagen wie „das interessiert mich nicht“ oder „das ist nichts für mich“ subjektive Ausschließungen sind und

lediglich Folgen einer objektiven Ausschließung von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital beruhen (12). Geschmack, also welche Musik, welches Bild, welche Möbel usw. einer Person „gefallen“, sind nicht von Natur aus gegeben, sondern kulturell und sozial bedingt, beispielsweise durch einen so genannten Notgeschmack, wo man aufgrund von Ausschließungsfaktoren „Sich in das Notwendige“ (13) fügt. In den 90er Jahren wird Bourdieu, ähnlich wie Chomsky, in seinen Werken immer politischer. In seinem auch in der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienen Text über „Das Modell Tietmeyer“ macht er etwa auf neoliberale Diskurse in Medien und Politik aufmerksam und decodiert sie (wiederabgedruckt in: „Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion“).

Im Jahrzehnt der 90er gab es für die internationale Politik zwei zentrale und heftig diskutierte Autoren: Der Harvard-Professor **Samuel P. Huntington** (geb. 1927) sorgte mit seinen Thesen zum „Kampf der Kulturen“ für Aufregung, **Francis Fukuyama** (geb. 1945) fachte mit „Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?“ die Diskussionen nach dem weltpolitischen Umbruchsjahr 1989 weiter an. Beide argumentierten aus einer sehr konservativen Sicht. Nach Huntingtons Paradigma gibt es nun keine Kriege zwischen Königen (vor 1789), zwischen Nationen (nach 1789) oder zwischen Ideologien (bis 1989) mehr, sondern wir treten in eine Phase von Kriegen zwischen Kulturen ein. Dabei treten seiner Meinung nach sieben Kulturkreise miteinander in Konflikt: der sinische (China), der japanische, der hinduistische, der islamische, der westliche, der lateinamerikanische und der afrikanische Kulturkreis (14). Huntingtons Lösungsvorschlag: „In der heraufziehenden Ära sind Kämpfe zwischen Kulturen die größte Gefahr für den Weltfrieden, und eine auf Kulturen basierende internationale Ordnung ist der sicherste Schutz vor einem Weltkrieg.“ (15)

Für Fukuyama ist die liberale Demokratie der Endpunkt der Geschichte, der nach dem Umbruch von 1989 endgültig erreicht ist. Er verweist neben einer vorwiegend ideengeschichtlichen Argumentation (aufbauend auf Hegel) auf einen empirisch nachweisbaren Trend zu diesen liberalen Demokratien (16). Ausgangspunkt ist für Fukuyama folgende Frage: „Ist die Geschichte eine unendliche Wiederholung von Aufstieg und Verfall, oder bewegt sich die Geschichte auf ein Ziel, ein Ende zu?“ (Klappentext) Der 11. September hat den Thesen Fukuyamas einen leichten Dämpfer gebracht, Huntingtons Rezeption ist dadurch aber etwas gestiegen, da er den islamischen und westlichen Kulturkreis in seinem Jahre zuvor erschienen Buch bereits als die Hauptkonfliktlinie ausgemacht hatte.

Ebenfalls in den 90er Jahren, aber auf einem anderen sozialwissenschaftlichen Feld – der Diskursanalyse –, erlangte die Wiener Sprachwissenschaftlerin **Ruth Wodak** (geb. 1950) an Bedeutung. In dem gemeinsam mit anderen

AutorInnen publizierten Buch „Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität“ geht sie der Frage nach, wie sprachlich (durch PolitikerInnenreden, durch Zeitungsartikel, durch Alltagsgespräche) so etwas wie ein Gefühl von einer österreichischen Identität entsteht. Eine Nation ist immer ein (sprachliches) Konstrukt, das laufend aktualisiert wird.

Im Übergang zum 21. Jahrhundert legten der US-Literaturprofessor **Michael Hardt** (geb. 1960) und der aus Italien stammende Philosophieprofessor und Revolutionär **Antonio Negri** (geb. 1933) mit „Empire“ das Buch der Globalisierungskritik vor. Sie kommen nach einer philosophisch-theoretischen Analyse zu der Schlussfolgerung, dass die Multitude (= die Masse) in einer Revolution das Empire in ein „Gegen-Empire“ verwandelt. Im Empire seien sämtliche Aspekte des Lebens „total“ beherrscht, dabei greifen sie in Anlehnung an Michel Foucault auf den Begriff der Biopolitik zurück.

Waren in den 90er Jahren Huntington und Fukuyama „in“, so treten jetzt die beiden konservativen Autoren **Robert Kagan** und **Joseph S. Nye** an ihre Stelle. Kagan beschreibt in „Macht und Ohnmacht“ die USA als einen realistischen Staat, der nach dem Hobbes'schen Prinzip des „Rechts des Stärkeren“ handelt, während Europa im idealistischen Kantischen „ewigen Frieden“ verfangen bleibt. Nye hingegen prägte den Begriff der „soft power“, also der US-Vormachtstellung vor allem aufgrund ihrer Kultur (zum Beispiel Hollywood-Filme). Er versucht nachzuweisen, dass die USA im 21. Jahrhundert aufgrund der technologischen Vorherrschaft und der „soft power“ weltpolitische Führungsmacht bleiben werden. Im 16. Jahrhundert war dies noch Spanien (wegen Gold und Kolonialhandel), im 17. Jahrhundert die Niederlande (wegen Handel und Kapitalmärkten), im 18. Jahrhundert Frankreich (wegen der Bevölkerungssituation, der Armee und ihrer Kultur), im 19. Jahrhundert Großbritannien (vor allem wegen ihrer Industrie) und schließlich im 20. Jahrhundert die USA aufgrund ihrer technologischen und wissenschaftlichen Vorherrschaft, ihrer Militärstärke und der universellen Kultur.

Der französische Historiker **Emmanuel Todd** (geb. 1951) kritisiert in seinem Buch „Weltmacht USA. Ein Nachruf“ sowohl Huntington und Fukuyama als auch Kagan und Nye und behauptet, dass die USA nur scheinhalber Krieg führen, um von ihrer ökonomischen Schwäche abzulenken, die er aus dem stetig steigendem US-Handelsbilanzdefizit erkennen will. Für Todd ist die USA ein Land der KonsumentInnen, der Rest der Welt seien die ProduzentInnen – und das kann seiner Ansicht nach auf Dauer nicht gut gehen. Die Tage der USA seien gezählt. Daher sein „Nachruf auf die USA“.

Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Bücherhinweise:

- Max **Horkheimer**, Theodor W. **Adorno**: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 1969 (zuerst New York 1944). ** +
- Hannah **Arendt**: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. Piper, München/Zürich, 2000 (zuerst New York 1951). ** ++
- Hannah **Arendt**: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Piper, München/Zürich, 2001 (zuerst Chicago 1958). * +++
- Noam **Chomsky**: Profit over people. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Europa-Verlag, Hamburg/Wien, 2001. * +
- Immanuel **Wallerstein**: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien, 2002. * ++
- Jürgen **Habermas**: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1981. *** +
- Pierre **Bourdieu**: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1982 (zuerst 1979). *** +++
- Samuel P. **Huntington**: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Siedler-Verlag, München/Wien, 1996. * +
- Francis **Fukuyama**: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler-Verlag, München, 1992. ** +
- Ruth **Wodak**, Rudolf de **Cillia**, Martin **Reisigl**, Karin **Liebhart**, Klaus **Hofstätter**, Maria **Kargl**: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1998. * ++
- Michael **Hardt**, Antonio **Negri**: Empire. die neue Weltordnung. Campus-Verlag, Frankfurt am Main/New York, 2002 (zuerst Cambridge 2000). *** ++
- Robert **Kagan**: Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung. Siedler-Verlag, Berlin, 2003. * +
- Joseph S. **Nye**: Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2003. * +
- Emmanuel **Todd**: Weltmacht USA. Ein Nachruf. Piper, München/Zürich, 2003. * ++

Legende:

Schwierigkeitsgrad: * = leicht, ** = anspruchsvoll; *** = schwierig
Empfehlungsgrad: + = eventuell mal lesen; ++ = sehr empfehlenswert; +++ = ein „must-have“-Buch!

Fußnoten:

- (1) Horkheimer/Adorno 1969, S 31.
- (2) vgl. Arendt 2000, S. 867.
- (3) Hannah Arendt, Mary McCarthy: Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975. Herausgegeben und mit einer Einführung von Carol Brightman. Piper, München/Zürich, 1997, S. 486.
- (4) Arendt 2001, 14.
- (5) vgl. a.a.O., 218.
- (6) vgl. a.a.O., 221.
- (7) vgl. a.a.O., 236.
- (8) a.a.O., 219.
- (9) a.a.O., 252.
- (10) Wallerstein 2002, 95.
- (11) vgl. Habermas 1981, Bd. 1, S. 446.
- (12) vgl. Bourdieu 1982, S. 624, Fußnote 6.
- (13) a.a.O., S. 585.
- (14) vgl. Huntington 1996, S. 57 ff.
- (15) a.a.O., S. 531.
- (16) vgl. Fukuyama 1992, 86 f.
- (17) vgl. Hardt/Negri 2002, S. 400-420.

Copy and Paste

Von Birgit Sauer

Die Bienen tun's, die Koreaner tun's, so sagt man, Studierende aller Fachrichtungen tun's, und honorierte Politikwissenschaftler tun's – ja auch die!!! – das Plagiiere. Inzwischen haben sich wissenschaftliche Vereinigungen Kodizes gegeben, in denen das Abschreiben ohne Quellenangabe als unethisches Handeln gebrandmarkt und mit öffentlichem Bloßstellen geahndet wird. Diese Entwicklung als "political correctness" zu diffamieren, verkennet das Problem: nämlich den Diebstahl geistigen Eigentums und die damit verbundene Entwertung der eigenständigen intellektuellen Leistung des/der plagierten Autors/Autorin, aber auch der potenziellen Leistungsfähigkeit der AbschreiberIn, also auch von Studierenden.

Mit dem problemlosen Zugang zum World Wide Web ist das Plagiiere aus dem Internet zu einem globalen "Trendsport" (Schätzlein 2003) – wie gesagt nicht nur – von Studierenden geworden. Die Ertappten (dies sind zwar am Wiener Institut nicht wenige, aber sicher nur ein kleiner Bruchteil, denn schließlich sind wir Lehrenden keine Plagiatspolizei) erklären sich in der Regel mit Unwissenheit, meist aber mit Zeitknappheit. Wie sich Zeitknappheit, Arbeitsüberlastung im Studium oder Faulheit mit schlichter Dummheit paaren, kann ich aus eigener Erfahrung bezeugen: Soll ich lachen, weinen oder hysterisch aufschreien, wenn ich einen meiner eigenen Internettex-te als Hausarbeit abgeliefert bekomme? Das ist sicher nur ein Extremfall, aber eine gewisse Naivität scheint mit dem Plagiiere einher zu gehen, denn meist reicht ein kurzer (wenn auch nervtötender) Klick auf einschlägige Suchmaschinen, um die Blaupause für "verdächtige" Hausarbeiten im Netz zu finden.

Also: Auch HochschullehrerInnen kennen die einschlägigen Webseiten (eine Auswahl siehe unten), und inzwischen gibt es eigene Programme, die Plagiate aufspüren können (siehe ebenfalls unten). Die Verdachtsmomente sind für geübte LeserInnen in der Regel offensichtlich: kein oder wenig Bezug zum Seminar- oder Vorlesungsthema, keine Referenz auf die Literatur des Seminars bzw. der Vorlesung, geschliffene Sprache oder elaborierte Fachtermini sowie Formatierungsfehler. Es gibt sicher auch das intelligente Abschreiben aus dem Internet, doch ich vermute, dass das ebenso zeitaufwändig ist, wie eine eigene intellektuelle Leistung, sprich: schriftliche Seminararbeit zu erbringen. Und das Internet als Quelle – freilich nur nach eingehender Quellenkritik, die jedoch komplizierter ist als bei qualitätsgeprüften fachwissenschaftlichen Journalen oder Büchern – zu verwenden, ist ja nicht verboten.

Dass es im Studium und beim wissenschaftlichen Arbeiten nicht darum geht, andere zu beklauen, sollte selbstverständlich sein. Dass Lehrende ihre knappe Zeit nicht als Plagiats-

schnüfflerInnen vergeuden sollten und wollen, ebenso. Wie dem Problem des Gedankenklaus beizukommen ist, ist aber noch ziemliches Neuland: eher permissiv-verantwortungslos ("Die Studis werden im wirklichen Leben schon merken, wenn sie nur abschreiben und dabei nichts lernen") oder repressiv (sprich: Ausschluss aus dem Studium)? US-amerikanische Universitäten – sowohl von "law and order-Imperativen" getrieben, wie auch von Gerechtigkeitsvorstellungen in Bezug auf "eigene Leistung" inspiriert – haben inzwischen Hochschul-Kodizes erlassen, die das Plagiiere mit einem Hochschulverweis ahnden. Auch einige deutsche Hochschulen haben Maßnahmen gegen das Abschreiben aus dem Internet ergriffen: So müssen Studierende beispielsweise in Mainz und Darmstadt zu jeder Hausarbeit (nicht nur zu Diplomarbeiten und Dissertationen) eine Erklärung abgeben, dass sie die Arbeit selbstständig erstellt bzw. alle verwendeten Quellen angeführt haben (heise online vom 12.2.2003). Bei einer Plagiatsenthüllung ist durch diese Erklärung der Rechtstatbestand des "Betrugs" erfüllt und kann zur Grundlage eines Prozesses mit dem Ziel des Hochschulverweises werden. In erster Linie soll eine solche Verfügung freilich abschreckende Wirkung haben.

Auch einige österreichische Hochschulen denken inzwischen darüber nach, ein solches Verfahren zu implementieren. – Wie ist nun die Policy am Wiener Institut für Politikwissenschaft? Wir erproben seit einigen Semestern ein mehrstufiges Verfahren, an dessen – weit entferntem Ende – der Ausschluss aus der Studienrichtung Politikwissenschaft steht: Alle PlagiatorInnen werden in einer "schwarzen Liste" erfasst. Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Studienkommission, Dr. Windhager, wird ein Protokoll des Tatbestandes aufgenommen, das ebenfalls zur "schwarzen Akte" kommt. Werden sie ein zweites Mal beim Abschreiben erwischt, ist dieses Dokument die Grundlage für die Einleitung eines Ausschlussverfahrens aus der Studienrichtung.

Der Zwischenweg zwischen laissez-faire und Repression ist ohne Zweifel Kommunikation. Wer würde die Not der Zeitknappheit beim wissenschaftlichen Schreiben besser kennen als WissenschaftlerInnen, die die Lehrenden am Institut ja sind.

Allgemeine Suchmaschinen

www.google.de
www.alltheweb.com
www.lycos.de
www.altavista.de
www.fireball.de

Tipps zum wissenschaftlichen Arbeiten

Meta-Suchmaschinen

www.ez2www.com
www.metager.de
www.metacrawler.com

Suchmaschinen-Verzeichnisse

www.klug-suchen.de
www.suchmaschinen-verzeichnis.de
www.suchmaschinen.de

Datenbanken für Hausarbeiten

www.hausarbeiten.de (18.000 Hausarbeiten aller Fachgebiete)
www.fundus.org
www.referate.de
www.referate.com
www.unifuchs.de
www.student-online.de
www.studis-online.de/Studieren/referate
www.unicum.de/hausarb/
www.diplomarbeiten-online.com
www.diplomarbeit.de
www.diplomarbeiten24.de
www.wissen24.de

Meta-Suchmaschinen für Hausarbeiten

www.homeworxx.de
www.kosh.de

Plagiat-Suchdienste (diese Suchdienste sind kostenpflichtig)

www.turnitin.com
www.plagiarism.org
www.plagiarism.com
www.canexus.com
www.wordchecksyste.ms.com
www.integriguard.com
www.plagiserve.com

Literatur:

Heise online. URL: www.heise.de/newsticker
Koch, Christoph 2002: Professor Wachsam, in: Der Tagesspiegel vom 21.11.
Schätzlein, Frank 2003: Studentischer Trendsport "Copy-and-Paste". Plagiate erkennen, überprüfen und verhindern. In: ZWO.E-Journal des Instituts für Germanistik II der Universität Hamburg, Sommersemester 2003. URL: www.rz.uni-hamburg.de/zwo/
Weber, Karsten 2002: Hausarbeiten und Referate aus dem Internet – Plagiate an der Universität. URL: www.phil.euv-frankfurt-o.de
Weber-Wulff, Debora 2002: Schummeln mit dem Internet? Praxistipps aus der Sicht einer Professorin, in: c't, H. 1, S. 64-69

Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

Interfakultärer Wahlfachkorb

GENDER STUDIES

im Rahmen der freien Wahlfächer

Von Birgit Sauer

Mit der Implementierung der neuen Studienpläne ist es ab dem WS 2002/2003 möglich, Gender Studies als interfakultäres Wahlfach zu studieren. Dies betrifft insbesondere die Studierenden der Geistes- und Kulturwissenschaften sowie der Human- und Sozialwissenschaften, da in diesen Fakultäten der Anteil der frei wählbaren Stunden im freien Wahlfachbereich im Allgemeinen 48 SSt. beträgt (ehemals kombinationspflichtige Fächer). Der Wahlfachkorb steht prinzipiell jedoch Studierenden aller Fakultäten offen. In den anderen Fakultäten sind die freien Wahlfächer im jeweils definierten Umfang (10 % der Gesamtstundenzahl) ohnehin frei belegbar. In der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät haben die Fächer Psychologie, Geografie sowie die Lehramtsstudien einen freien Wahlfachstundenanteil von lediglich 10%.

Die Anerkennung des Wahlfaches ohne Einzelgenehmigung ist in der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät sowie der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät derzeit in allen Studienfächern gegeben, die im Studienplan das Wahlfach Gender Studies empfohlen oder für den freien Wahlfachbereich eine generelle Empfehlung ausgesprochen haben (Anlage 1.41.1 Uni StgG). Fehlt eine solche Empfehlung, ist vor der Wahl des interfakultären Wahlfaches Gender Studies die Genehmigung ("Nichtuntersagung") die/der Studienkommissionsvorsitzenden einzuholen (Anlage 1.41.2 UniStG).

Der interfakultäre Gender Studies Wahlfachkorb sieht 3 Alternativen vor:

Varianten mit:

24 Semesterwochenstunden (SWS)

36 Semesterwochenstunden (bzw. 38 im Rahmen der B.A. Studiumsvorschriften) und

48 Semesterwochenstunden

Die genannten Varianten sollen im Studienabschlusszeugnis zertifiziert werden. Während in der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät eine Zertifizierung derzeit erst ab 36 SSt. vorgesehen ist (internationaler Mindeststandard für ein Nebenfachstudium, Informationsstand 1.8.02), werden in der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Wahlfachbündelungen voraussichtlich ab 10 SSt. im Studienabschlusszeugnis zertifiziert (Sichtbarkeit von Studienschwerpunkten). Das 24 SWS Stunden Modul Gender Studies ist kombinierbar mit einem 24 SWS Modul Cultural Studies. Verbindlich für das Studium aller Varianten ist das Einführungsmodul.

Folgende Module stehen (bis jetzt) zur Auswahl:

0) Einführungsmodul (VO+UE) Einführung in die Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften

1) Repräsentation und Sprachsymbolik der Geschlechterkonstruktion

2) Empirie der Geschlechterverhältnisse

3) Feministische Theorien und Gender Theorien

4) Zeitliche und kulturelle Manifestationen von Gender und deren Wandelbarkeit

5) Wissenschaftskritik u. Methoden

6) Ethik und Religion

7) Politik, Staat, Recht und Geschlechterordnung

Variante 1: 24 Stunden:

4 Stunden (VO+UE) Einführung in die Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften

2 Stunden Einführung aus einer anderen Fakultät/Universität (REWI, NAWI, Theologie, Medizin, Wirtschaftsuniversität, Technik usw.)

3 Module (frei wählbar) à 4 Stunden = 12 Stunden, davon mindestens 6 Stunden prüfungsimmanente LV, 6 weitere Stunden (Vertiefung): 2 aus dem 1. Studienabschnitt, 4 aus dem 2. Studienabschnitt

Variante 2: 38 Stunden:

4 Stunden Einführung + 2 Stunden (s.o.)

mindestens 5 Module à 4 Stunden

10 (12) weitere Stunden frei wählbar, davon 6 aus jedem Abschnitt

Variante 3: 48 Stunden:

4 + 2 Stunden Einführung (s.o.) = 6 Stunden

6 Module à 4 Stunden verpflichtend = 24 Stunden

18 Stunden frei wählbar, davon 8 Stunden aus dem 1. und 10 aus dem 2. Studienabschnitt

Im Projektzentrum Genderforschung wird eine Liste der Institute gesammelt, welchen Modulen die an den verschiedenen Instituten abgehaltenen Lehrveranstaltungen zuzuordnen sind. Die Hoheit der Zuordnung, Anrechnung, Prüfungsmodalitäten von Veranstaltungen obliegen den Studienkommissionen der Herkunftsfächer der Studierenden. Ein interfakultäres Organ als Steuerungsgruppe und Entscheidungsgremium für das Wahlfach und weitere Planungsinitiativen besteht gegenwärtig informell als AG, wird jedoch als demokratisch legitimes Gremium angestrebt.

Kontakt: Projektzentrum Genderforschung

Spitalgasse 2, Universitätscampus Hof 7

1090 Wien

T +43 (0)1 4277-184 51

F +43 (0)1 4277-184 59

Beratungstermine: jeden Dienstag, jeweils von 13.30 bis 15.30

<http://www.univie.ac.at/gender/projekt>

Birgit Sauer

a.o. Professorin am ipw

Internationale Entwicklung

Von Petra Purkarthofer

Das Projekt Internationale Entwicklung wird weitgehend vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Hochschulen getragen. Dieser entstand auf Drängen einer Gruppe engagierter Lehrender bereits in den 70er Jahren, um der fehlenden Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik an Österreichs Hochschulen entgegenzuwirken. In den letzten Jahren hat sich der Kreis der Gründergeneration um eine Gruppe junger Lehrender erweitert, die nun am Ausbau und der Umsetzung folgender Aktivitäten gemeinsam arbeiten:

Internationale Entwicklung kann seit dem Wintersemester 2002/2003 als Individuelles Diplomstudium studiert werden. Für Studierende der Politikwissenschaft scheint es als Schwerpunktbildung für die freien Wahlfächer interessant. Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis der Internationalen Entwicklung finden Sie unter:

http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/content/2_lehre/KoVo_NEU/03SS/lv_liste_id.html
und

http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/content/2_lehre/KoVo_NEU/03SS/lv_liste_weit.html

Herausgabe des Journals für Entwicklungspolitik (JEP): Das JEP ist die führende wissenschaftliche Zeitschrift für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik in Österreich. Seine zentrale Zielsetzung ist es, Forum für eine breite kritische Diskussion in Österreich und darüber hinaus im gesamten deutschen Sprachraum zu sein. Hierbei finden entwicklungspolitische Diskussionen über Konzepte wie Zivilgesellschaft und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit ebenso Eingang wie mikrosoziale Untersuchungen über Gender oder Gegenmachtstrategien. Makrosozialen Analysen über Migration und regionale Integration wird ebenso Raum gewidmet wie der Schwerpunktanalyse bestimmter Länder oder Regionen. Ein besonderes Anliegen der Redaktion ist es, anspruchsvolle und internationalen Standards entsprechende Beiträge von jungen ForscherInnen aus dem In- und Ausland zu veröffentlichen. Rund zwei Drittel der Beiträge erscheinen in deutscher, ein Drittel in englischer Sprache.

(Quelle: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep/index.html>)

Gesamtösterreichische Entwicklungstagung: Der Mattersburger Kreis und die AGEZ (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit) veranstalten im kommenden Dezember 2003 bereits zum zweiten Mal die Gesamtösterreichische Entwicklungstagung. Die Konferenz versucht, unter dem Motto „Globalisierung entwickeln“ im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis herkömmliche Sichtweisen auf Globalisierung kritisch zu hinterfragen sowie die Möglichkeiten und Veränderungen für die EZA in

diesem Umfeld zu diskutieren. Die Entwicklungstagung wird durch Reflexionstreffen vor- und nachbereitet (siehe: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/Tagung/>).

Weitere Publikationen bzw. Buchreihen, die vom Mattersburger Kreis getragen werden, finden Sie unter:

http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/content/5_publ/publikationen.htm

Petra Purkarthofer
Univ. Ass. am ipw

Das neue/alte Doktoratsstudium

Von Biljana Menkovic

Als ich mich bereit erklärte, diesen Artikel über die durch das Universitätsgesetz (UG) 2002 anstehenden Änderungen im Doktoratsstudium zu schreiben, hatte ich erwartet, größere Neuigkeiten berichten zu können. Ich persönlich habe mein Doktoratsstudium bereits Ende November vergangenen Jahres abgeschlossen, und die neuen Regelungen – falls überhaupt von solchen gesprochen werden kann – treffen mich nicht mehr.

Doktoratsstudien fallen in der Hochschulstatistik unter die Bezeichnung „Zweitabschlüsse“, welche auch zu einem sehr geringen Anteil Aufbaustudien umfassen. Politikwissenschaft befindet sich in der Studienrichtungsgruppe der „philosophisch-humanwissenschaftlichen Studien“, und diese hatten im Studienjahr 2000/01 einen Anteil von 9,7 % an allen Zweitabschlüssen. Den höchsten Anteil an Zweitabschlüssen hatten Rechtswissenschaften (14,3 %) und naturwissenschaftliche Studien (17,4 %). Der Frauenanteil bei allen Zweitabschlüssen zusammen umfasst ein gutes Drittel. Die Zahl der Doktoratsstudien ging nach Einführung der Studiengebühren teilweise bis zu 50 % zurück.

Grundsätzlich können zwei verschiedene Motivationen für den Beginn eines Doktoratsstudiums genannt werden: berufliches Fortkommen außerhalb der Universität und wissenschaftliche Karriere an der Universität. Persönliches Engagement und Interesse am Thema tauchen als Motive in der offiziellen Statistik kaum auf. Umso mehr erstaunte mich ein Erklärungsansatz des Ministeriums aus dem Jahre 1999: „Für den Entschluss, sich mit einem Doktoratsstudium höher zu qualifizieren, kann schließlich auch eine drohende längere Einstiegsarbeitslosigkeit Motivation sein.“ (Hochschulbericht 1999, Bd. 1, S. 153) Ich kenne niemanden, auf den oder die diese Spekulation zutrifft, schon gar nicht nach Einführung der Studiengebühren. (Und wer hat nicht schon mit einem Magistertitel die Erfahrung gemacht, zu hören, er/sie sei „überqualifiziert“?)

Beim Doktoratsstudium kommt es im UG kaum zu wesentlichen Änderungen, das heißt, auch an der Situation der Studierenden wird sich nichts ändern. Mit dem UG werden die Universitäten „juristische Personen des öffentlichen Rechts“, doch in der Vollziehung der Studienvorschriften werden die Universitäten im Rahmen der Hoheitsverwaltung tätig,

ergo liegt die Lehr- und Prüfungstätigkeit nach wie vor im Bereich staatlicher Verpflichtungen. Bestimmungen zum Doktoratsstudium finden sich im studienrechtlichen Teil des UG.

Geändert haben sich auch nicht die folgenden Begriffsbestimmungen:

„Doktoratsstudien sind die ordentlichen Studien, die der Weiterentwicklung der Befähigung zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit sowie der Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf der Grundlage von Diplom- und Magisterstudien dienen.“ (§ 51 Abs. 2 Z 12 UG 2002)

„Dissertationen sind die wissenschaftlichen Arbeiten, die anders als die Diplom- und Magisterarbeiten dem Nachweis der Befähigung zur selbstständigen Bewältigung wissenschaftlicher Fragestellungen dienen.“ (§ 51 Abs. 2 Z 13 UG 2002)

„Doktorgrade sind die akademischen Grade, die nach dem Abschluss der Doktoratsstudien verliehen werden. Sie lauten „Doktorin ...“ oder „Doktor ...“, abgekürzt „Dr. ...“, mit einem im Curriculum festzulegenden Zusatz.“ (§ 51 Abs. 2 Z 14 UG 2002) Der Zusatz war im Universitätsstudienengesetz (UniStG) noch im Bundesgesetz festzulegen.

In den Begriffsbestimmungen entfallen die im UniStG festgehaltenen Bestimmungen über das Prüfungswesen, d. h. „Rigorosum“ wird im UG nicht mehr erläutert. Das Prüfungswesen ist von der Universität nunmehr selbst zu gestalten. Neben dem Doktorgrad „Doktorin“ bzw. „Doktor“ soll es aber unter bestimmten Bedingungen möglich sein, den akademischen Grad „Doctor of Philosophy (PhD)“ zu erwerben. Festgelegt wird der Arbeitsaufwand für das Doktoratsstudium mit mindestens 120 ECTS-Anrechnungspunkten. Bei einem Arbeitsaufwand von mindestens 240 ECTS-Anrechnungspunkten – und dies ist nun neu – kann der „Doctor of Philosophy (PhD)“ verliehen werden. Es wird davon ausgegangen, dass die ersten 120 Punkte für ein „intensives“ Präsenzstudium und die zweiten 120 Punkte für angeleitete Forschungsarbeit verliehen werden (vgl. Sebök 2002). Zulassungsvoraussetzung für ein Doktoratsstudium ist ein fachlich in Frage kommendes abgeschlossenes (Fachhochschul-) Diplom- oder Magisterstudium.

Ein Doktoratsstudium dauert auch in der Regel nicht vier Semester, sondern um etliche Semester mehr (in meinem Fall 6 Jahre). Der Grund für diese überlange

Studiendauer ist sehr simpel: Alle Doktorandinnen und Doktoranden (mit äußerst wenigen Ausnahmen) müssen für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Besteht keine zumindest indirekte Verknüpfung zwischen beruflicher Tätigkeit und Doktoratsstudium, Universität oder Thema der Dissertation, dann ist das Projekt kaum machbar. Und auch wenn eine dieser Verknüpfungen besteht, ist das Doktoratsstudium immer noch schwer: ein so genanntes nebenberufliches „Privatvergnügen“. Dies ist kein Jammern, sondern Tatsache: Studierende im Doktoratsstudium brechen häufiger ihr Studium ab. Es ist nun mal eine Belastung, die Dissertation ständig im Hinterkopf zu haben.

Für die Verleihung akademischer Grade ist das für studienrechtliche Angelegenheiten zuständige Organ (wird vom Senat in der Satzung eingerichtet) kompetent; Berufungen sind an den Senat zu richten. Die Curricula (Studienpläne) werden vom Senat beschlossen und müssen dem Universitätsrat und dem Rektorat zur Stellungnahme vorgelegt werden. Das bisherige umfassende Begutachtungsverfahren von Studienplänen entfällt. Nähere Bestimmungen über Betreuung und Beurteilung oder das Thema von Dissertationen sind im Curriculum festzulegen. Für das Doktoratsstudium der Politikwissenschaft gibt es bereits einen neuen Studienplan. Mehr Infos dazu finden sich im Internet unter <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/Dissertation.html>

Mit diesen neuen/alten Regelungen sind kaum strukturverbessernde Rahmenbedingungen für Doktoratsstudierende zu erwarten. Ganz zu schweigen von einem nicht gerade erbaulichen Umfeld, welches verstärkt durch das UG geschaffen wurde: Finanzielle Aushungerung der Universitäten und erschwerte Einstiegsmöglichkeiten für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien hier nur erwähnt. Mein persönliches Fazit aus dem Doktoratsstudium: Es war im Vergleich zum Diplomstudium ernüchternder, ernsthafter, wesentlich schwieriger zum Abschluss zu bringen, den ständigen „Ballast“ im Hinterkopf zu haben, eine langsame Entfremdung von der Uni – es war aber auch interessanter, intensiver in der fachlichen und persönlichen Auseinandersetzung.

Biljana Menkovic
Absolventin des ipw

Literatur:

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.) (1999): Hochschulbericht 1999, 3 Bde, Wien, bm:vw.
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2002): Hochschulbericht 2002, 2 Bd., Wien, bm:bwk.
Seböck, Martha (Hg.) (2002): Universitätsgesetz 2002. Gesetzestext und Kommentar, Wien, WUV-Universitätsverlag.

Forward

Vernetzung der Promovierenden der Politikwissenschaft über die Mailingliste „phD-Politikwissenschaft“

Von Birgit Weiss

„Die Erstellung einer Dissertation ist mit enormen Schwierigkeiten verbunden. Diese Schwierigkeiten stehen im Spannungsverhältnis zwischen den eigenen Ansprüchen und den Ansprüchen, die von anderen kommen, und kreisen um die Frage: Was wird von mir erwartet?“ (Marion Löffler in Politix 9/2000)

Als im Jahr 2000 einige DissertantInnen der Politikwissenschaft über den „Dissertationsprozess und seine Folgen für Leib und Seele“ zu reflektieren begannen und diese Überlegungen im Anschluss daran auch u.a. in Politix (9/2000) sowie auf der eigens eingerichteten Website www.political-science.at artikulierten, wurde eine bis dato marginalisierte Gruppe von „Studierenden“ der Politikwissenschaft erstmals – zumindest im Rahmen des Institutes – „sichtbar gemacht“ (vgl. den Artikel von Löffler/Menkovic/Weiss in Politix 10/01, aus dem auch die folgenden Zitate stammen), und es wurde auf deren spezifische Problematik hingewiesen. Exemplarisch sei hierfür zu nennen:

DissertantInnen sind – entgegen internationalem Usus – in unserem Universitätssystem „Studierende“, müssen demnach nicht nur Studiengebühren bezahlen, sondern werden auch im Rollenverständnis kaum als WissenschaftlerInnen wahrgenommen, obwohl sie sich eigentlich genau in dieser Phase als solche etablieren sollten.

Die Erstellung einer Dissertation ist in den Sozialwissenschaften weitestgehend eine Privatangelegenheit der Dissertierenden und wird in den meisten Fällen „nebenbei“ betrieben. Die Einbindung in ein akademisches Umfeld ist jedoch für die Erstellung einer wissenschaftlichen Arbeit unerlässlich: „Wer immer nur zu Hause arbeitet, beginnt im eigenen Saft zu schmoren und verliert den Anschluss an die wissenschaftliche Welt.“

Ein wesentliches Ziel der sogenannten „PhD-Initiative“ war die Anerkennung der DissertantInnen durch das Institut; gute Dissertationen tragen immerhin zum Ruf des Instituts bei. Hier scheint ein Bewusstwerdungsprozess in Gang gekommen zu sein (beispielsweise werden nun zum Teil Lehraufträge an Dissertierende vergeben).

Zur stärkeren Einbindung von Dissertierenden in die wissenschaftliche Arbeit des Instituts sollte künftig noch stärker darauf hingearbeitet werden, die Forschung der angehenden DoktorInnen im Institutsrahmen zu präsentieren. Ein paar Diskussionsvorschläge hierzu: Präsentation der laufenden und abgeschlossenen Arbeiten auf der institutseigenen Website, Start einer Serie von Working Papers des

Instituts, Vortragsreihe sowie Ringvorlesung von DissertantInnen am Institut.

Die Vernetzung der DissertantInnen war ein erster Schritt dazu, die Agenden der Promovierenden zu formulieren. Aus diesem Grund wurde eine Mailingliste gegründet, auf der regelmäßig forschungsrelevante Informationen (call for papers, Konferenzen, Stellenausschreibungen usw.) gepostet werden. Derzeit (Stand: Mai 2003) haben rund 100 TeilnehmerInnen die Liste abonniert.

Zu kurz kommt in diesem Forum leider bislang die Diskussion, der wissenschaftliche Austausch. Vielleicht ist der Diskussionsbedarf der DissertantInnen überschätzt worden, oder die relative „Anonymität“ der Liste lädt nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit politikwissenschaftlichen Themen ein. Weiters ist zu beklagen, dass Informationen nur von einigen wenigen ListenteilnehmerInnen weitergeleitet werden, wodurch zwangsläufig einige interessante Fragestellungen zu kurz kommen. In beiden Fällen wollen wir in Zukunft stärker zur Partizipation anregen.

Insbesondere DissertantInnen der Politikwissenschaft sind herzlich zur Vernetzung mittels dieser Mailingliste eingeladen. Sie ist auch offen für interessierte Nicht-DissertantInnen und kann durch ein E-mail an:

PhD_Politikwissenschaft-subscribe@yahoogroups.de abonniert werden.

Birgit Weiss

promoviert über „Global/Local Encounters: Travel and International Relations“ und ist Projektmitarbeiterin im Arbeitsbereich Gender & Diversity in Organizations an der WU Wien.

Gender Studies Studis oder (k)ein Spiegel der Professorin

Von Hanna Hacker

sie nicht ich, sieh, see, cu

Vorne stehen, darauf läuft es raus. Wo sie steht oder sitzt oder geht, im Kreis, frontal bei Overhead und Tafel, im unerwartet hintersten Eck, dort ist, ist sie Professorin, vorne.

Vorne mit dem Kanon jonglieren, Begriffe und Namen der Feminist Studies, sie kommen wie alte FreundInnen, die sich, sie, wir allesamt kennen, nein nein, gar nicht jede/r weiß!, hallo Performance, hallo Subalternität, hallo Donna, Gloria, Michel, Prost mit dem Cocktailglas, das leisten wir uns, manchmal ist es wie Tanzen, Wirbeln, wie Schubsen, Lachen, sich Entfalten, mehr Entfalten, Konfetti. In die Falle des Überschätzens geht sie immer wieder. Was kann sie voraussetzen, das kann sie nicht voraussetzen, sie setzt immer noch zu oft zu viel voraus. Gelegentlich hasten dann Kulis über Papier, immerhin, doch dann trägt Schweigen und Erstarren den Raum, dann wird die eigene Haut wie betäubt ohne Echo, dann fällt sie in Ratlosigkeit, wo anfangen mit Erklären. Mit Lehren. Echo war eine in Narziss verliebte Nymphe. Salome ein Transvestit.

„Ich vermißte Sie gestern in der Vorlesung“(1).

Hier am Gender Kolleg mit den Postgraduates – viel eher als am Institut mit den ins Bakkalaureat Gequetschten – scheint es ihr oft wie damals, die gute alte Zeit der frühen Frauenforschungsseminare!, und erinnern kann sich manch eine noch selbst. Das Engagement, das sich nicht aufrechnet, die Lust am Überschuss im Denken, im Lesen, im Referieren, im Schreiben, im Organisieren, das Zugegen Sein, weil feministische Theorie begeistert, Schein hin oder her, die Präsenz, weil der Gender Studies Ansatz selbstverständlich. Das Mischen der Disziplinen. Das Du?

Was es heisst, dass sie sie jederzeit treffen können, weiss sie nun wieder, eine Rückkehr ins Wissen nach den Jahren tief im Süden und näher im Osten, zumeist als allmähliches Sich-Wieder-Einpassen, in Momenten ein Flash plötzlicher Erinnerung. Dass sie sie treffen kann in den Szenekontexten und in den Straßen, dass dies sich nutzen läßt (bring mir die Arbeit heut abend ins Kino); dass dies drauf achten macht, was wann wo lieber nicht. (Im Jonasreindl nicht in saucetriefende Falafel beissen! In Chaps auf dieses Fest nicht ohne Jacke drüber!)

„Ich habe die Unart angenommen, den Vortrag immer an eine bestimmte Person im Hörerkreis zu richten, und starrte gestern wie gebannt in die Sitzlücke, die man für Sie gelassen hatte.“ (2)

Schwierig bleibt für sie und für sie alle, das feministische Forschungsparadigma geradeheraus anzusehen, anzugehen, was es bedeutet und wie fern dies ist, „voice“ und eine wie auch immer lokale Befreiungsperspektive, das Prinzip des Emanzipatorischen, des Weg-mit-dem-Hegemonialen als Maßstab für Wissensvermittlung und -erarbeitung, Transformation von geschlechtlichen Machtverhältnissen (Schluß-mit-Heteronormativität) beim akademischen Selbst-Denken und Selbst-Handeln. Sie will, dass hinzu gesprochen wird, aber wie.

Dipl-Diss-Schreiben greift den Körper an, stellen sie fest im Forschungsseminar.

sandra, raissa

Fürs „Winter“-Semester 2003/2004 plane ich Lehrveranstaltungen im Rahmen des postgradualen Gender Studies Unit am Women's Studies Department der University of Buea, Kamerun. Ich kenne die Unis in diesem Land ein wenig von früher. Jährlich ändert sich doch viel: vielleicht.

Vielleicht ist alles ganz anders. Trotzdem: Stellen Sie sich vor, Sie seien eine Studentin in einem Gender Studies-Programm an einer Universität in Zentralafrika. Die Universität ist völlig fiktiv; Sie sind es, du bist es auch.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit erinnerst du dich nicht, sehr wohl schon von Judith Butler gehört zu haben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kannst du Werke von Simone de Beauvoir nennen, von Mary Daly, Alice Walker. Du bist vertraut mit Cheikh Anta Diops Theorien zur matriarchalen Weltgeschichte und mit Harriet Whiteheads Forschungen über Geschlechterkonstruktionen in Stammeskulturen des 20. Jahrhunderts. Du bist mit dem Konzept „Womanism“ vertraut. In deiner Universitätsstadt teilst du ein Zimmer mit deiner besten Freundin. Oft debattiert ihr zwei die ganze Nacht. Wie möchtet ihr leben? Ihr versichert einander, dass ihr so richtig „schlechte“ Frauen werden und dies vollauf genießen wollt. Selbstverständlich wünscht ihr euch Kinder. Die Freundschaft zwischen deiner Zimmergenossin und dir nimmt einen zentralen Platz in deinem Tagebuch ein. Deine Großmutter würde es nicht lesen können. Wenn du endlich die Diplomarbeit geschafft hast, willst du es mit einem Job in einer internationalen NGO versuchen oder in einem Consultingbüro. Würdest so gern ins Feld, in die Dörfer, Fachfrau für Animation, gelegentlich eine statisti-

sche Untersuchung. Und jeden Kontakt ins Ausland nutzen. Egal wofür und wohin.

Es gibt ungefähr zehn Internet-Terminals am Campus, für mehrere Dutzend Angehörige des Lehrkörpers und mehrere tausend Studierende. Jede dieser Personen darf einen Computer gratis 30 Minuten am Tag benutzen. Es gibt oft Strom, die Leitungen werden bald digitalisiert, seit die Satellitenverbindungen stehen, ist Surfen viel leichter geworden.

Es gibt wenige Clos am Campus, und noch weniger in den Cafés und Bars der Umgebung. Manche finden sie unbenutzbar. Gastdozentinnen aus Europa, zum Beispiel, verbringen den ganzen Arbeitstag, ohne zu pinkeln – und daher auch, ohne zu trinken. Wochen, Monate und Jahre. Du fragst dich, wie sie das machen, bei bis zu zehn Unterrichtsstunden am Tag.

In den Lehrveranstaltungen diskutiert niemand so, wie du und deine Mitbewohnerin das so viele Abende und Nächte tun. Jemand hält ein Referat. Die anderen schreiben fieberhaft mit, müssen sie doch alles bei den Prüfungen eins zu eins wiedergeben. Wenn die Noten heraus sind und deine sind schlecht und du denkst nur noch daran, dass deine ganze Familie und dein halbes Dorf für die Studiengebühren zusammengelegt hat, dann siehst du mehrere Möglichkeiten. Du kannst deine Professorin während ihrer Sprechstunden aufsuchen, in ihrem Büro in Tränen ausbrechen, laut heulen, vielleicht sogar dich auf den Boden werfen. Bis sie dir vielleicht noch eine Chance gibt, dich nochmals prüft und neu benotet. Handelte es sich um einen männlichen Professor, zögerst du sexuelle Dienstleistungen im Tausch gegen eine bessere Note in Erwägung.

Später machst du ein Diplom in Afrikanologie in Bayreuth. (Bayreuth, ausgerechnet!) Vom Doktorat in Harvard bleiben Träume.

Erinnern Sie sich, Sie sind nur eine virtuelle Gestalt in meiner Phantasie.

theo, sol

Der Kanon, ja, und was vorausgesetzt werden kann: Anderswo als im Westen ist es für sie aus dem Westen, welchem Westen, stets einfacher, sich der Widersprüche bewusst zu bleiben, denen sich in jeder Situation zu stellen ist; kaum je weicht die Spannung zwischen dem Lehren-/Lernen „des“ feministischen Gender Studies-Kanons und dem Selbst-Einwand von den Rändern, oft furios: wirklich? das gilt? wer schreibt? von welchem Ort, in welcher Sprache? keine sonst?

Im Studienjahr 2001/2002 war ich Gastprofessorin am Department of Gender Studies der Central European University in Budapest, einer US-amerikanisch finanzierten, postgradualen „Exzellenz“-Einrichtung für sehr ausgewählte Studierende aus der Region Zentral- und Osteuropa. Einzelne kommen von nochmal ganz woanders, wo (ebenfalls) Krieg war, Krieg ist. Ein Jahr lang schreiben sie bis zur Erschöpfung. Ein dichtester, ein verschulter, ein Ost-

West-Nord-Süd-hybrider Studienplan. Feministische Theorie: Master of Arts, not Mistress. Nicht ganz ohne Haxlstellen im Fight um einen ausfinanzierten PhD-Studienplatz anschliessend.

„(...) My body is endless, limitless, it is continuously consuming itself, self-combusting, from inside towards outside, re-creating itself from the center to the margins. ‚What center? What margins?‘ My infinite centers, my crumbling into themselves like Holocaust people-buildings margins. I do not want to surrender to the one, my inner others are revolving around the center-that-is-none, I am all of them, I am everybody, I am god-the-father (small ‚g‘, because big ‚G‘ does not exist and we all agree that until further evidence, we should acquit the defendant), I am goddess-the-mother, I am my parents and my (n)ever-born-children. I am even my enemy, I am my oppressors, I am my jackals, I am all the men who set the battlefield at fire, I am all those who set up the rules of the war, I am all those who help death at work, I am the universal battle’s arbitrator, I am the ones who lost the fight, I am the victorious ones. I am both sides of the couple/opposition, I am activity and passivity, I am sun and moon, I am day and night, I am form and matter, I am convex and concave, I am step and ground where steps are taken. I am master and slave, one can not exist without the other. I am language and passion, I am word and desire. I am writing. I am creation. For I am woman, I am bisexual, I am lesbian, I am homosexual, I am transsexual. My body is welcoming my others. My self is the location where the two or three or four or more sexes are present. (...)”(3)

„(...)

In my family only my father has seen snow, it was long time ago. They live in Colombia, my country. A place without seasons, where people with the same religion, the same language and deep inter-racial mix, criollos, mestizos and mulatos have been fighting between each other for more than forty years.

In the middle of November my mother sent me an e-mail. How is winter? Is your clothing warm enough?

This is one of the passages that I wrote at that moment:

How to describe to them the snow? I saw it today for the first time. It was in the morning. I was walking slowly trying to be awake enough to go to the kitchen to prepare my coffee. Suddenly, while I was putting some water into the coffee machine I saw through the window the floor covered by a white carpet.

I could not escape from the white morning conjure. The time was interrupted and I got trapped into the magic dance. Rhythmically the snow and the wind move following the music of silence.

I tried to hear carefully, I could not hear.

I know the tic-tac, tic-tac, tic-tac, sound of the rain.

How is the sound of the snow?

Imperceptibly the snow, the little particles of snow, are falling over the cat that is running in the garden, over the black

jacket of the woman who is taking the bus, over the grass
that is losing the green to become white.
Softly the landscape is turning white.
I am drinking my coffee. I am thinking in the silence of the
snow.
I started the letter for my family.
The snow is silent.
(...)“⁽⁴⁾

see, cu, uc, c, sí

„(...) und (ich) bin froh zu hören, daß Ihr Besuch im Lager
des männlichen Protestes an der Verursachung Ihres
Ausbleihens unbeteiligt ist“, las Sigmund Freuds Kollegin
und Schülerin, die Schriftstellerin Lou Andreas-Salomé, in
Wien im November 1912 (5). Die Theorie vom männlichen
Protest gehörte zu einem Denker von der Konkurrenz; des-
halb der Anflug von Eifersucht hier. Marjorie Garber deutet
die Salomé dieser Briefpassage als den verschleierte[n], den
ausgelöschten Phallus, als eine prototypische Figur der
Transgression (6). Die abwesend Anwesende, die, für die
gesprochen wird, die russischer Herkunft mit orientali-
schem Namen, Tänzer/in ungewissen Geschlechts, „Studi“,
die kommt und geht nach eigenem Willen (bring mir den
Kopf des Jochanaan), sieh/sie als Verkörperung der
Kategorienkrise schlechthin... was Besseres könnten Sie
finden?
Nicht leicht.
Sí.

Hanna Hacker

Soziologin mit Arbeitsschwerpunkten auf historischer
Geschlechterforschung, Cultural Studies und Postcolonial
Studies in feministischer und Queer Theory-Perspektive war im
Sommersemester 2003 Gastprofessorin am Gender Kolleg der
Universität Wien.

Fußnoten:

- (1) Sigmund Freud/ Lou Andreas-Salomé: Briefwechsel, hg. von
Ernst Pfeiffer, Frankfurt/Main 2. Aufl. 1980, S. 12.
- (2) Ebda.
- (3) Theodora-Eliza Vacarescu: First Days of Writing or the
Haunting I of the Other. Term Paper zum Seminar „Introduction
to Queer Theory“, Gastprof. Hanna Hacker, Department of
Gender Studies, CEU Budapest, Winter 2002, S. 5.
- (4) Sol Viviana Rojas: Tales and Reflections from the Other Side
of the Ocean. Term Essay zum Seminar „White Genders, White
Cultures: Exploring ‚Whiteness‘ in Humanities“, Gastprof.
Hanna Hacker, Department of Gender Studies, CEU Budapest,
Winter 2002, S. 2-3.
- (5) Freud/Andreas-Salomé, Briefwechsel, wie Fußnote 1.
- (6) Vgl. Marjorie Garber: Verhüllte Interessen. Transvestismus
und kulturelle Angst, Frankfurt/Main 1993, S. 487.

GENDER KOLLEG

Von Birgit Sauer

Das **Gender Kolleg** an der Universität Wien bietet Lehrveranstaltungen und Forschungsseminare für Graduierte im Bereich der Geschlechterforschung an. Das Kolleg ist eine Einrichtung der überfakultären Graduiertenförderung bzw. des interdisziplinären Dissertationsstudiums im Bereich der Geschlechterforschung.

Die **Ziele des Gender Kollegs** sind die Vertiefung theoretischer und methodologischer Ansätze in der Geschlechterforschung, die Forcierung der inter- und transdisziplinären Methodologie sowie der Praxisbezug (beispielsweise Frauenförderung, Gender Mainstreaming, Wissenschaftskritik an den Schnittstelle zwischen Natur- und Kultur-/Sozialwissenschaften sowie zwischen gesellschaftlicher Praxis und Wissensgesellschaft). Das Kolleg bereitet derzeit ein Gender Studies-Zertifikat für Doktoratsstudien an. Angestrebt ist auch die Institutionalisierung eines Graduiertenkollegs, das eigene personelle und finanzielle Ressourcen besitzt und auch den StipendiatInnen finanzielle Ressourcen zur Promotion zur Verfügung stellen kann.

Da das Gender Kolleg (bislang) noch keine fixe Professur hat, werden die **Lehrveranstaltungen** von GastprofessorInnen bzw. von den Faculty-Mitgliedern bestritten. In jedem Semester werden eine Ringvorlesung, ein Forschungsseminar und ein weiteres Seminar im Rahmen des Gender Kollegs organisiert. In Wintersemester werden folgende Lehrveranstaltungen angeboten: Ring-VO: Brüche.Geschlecht.Gesellschaft: Ritualisierung von Geschlecht, VO: Geschlecht, Identität und Macht. Theoretische Perspektiven und Beispiele aus Lateinamerika, Forschungsseminar: Brüche – Geschlecht – Gesellschaft sowie ein SE: Geschlecht, Identität und Macht (nähere Infos: <http://www.univie.ac.at/Gender-Kolleg>).

Das Gender Kolleg möchte einen Beitrag zur Entwicklung einer neuen Wissenschaftskultur leisten.

Mit der Zielsetzung, eine neue Form kollektiver inter- und transdisziplinärer Betreuung zu etablieren, setzt das Gender Kolleg neue Maßstäbe

für die Wiener Universität. Für die erfolgreiche Umsetzung dieser Zielvorgabe erhielt das Gender Kolleg im Jahr 2001 den Anerkennungspreis für Innovation in der Lehre der Universität Wien.

Aktivitäten: Das BMBWK finanzierte das Pilotprojekt des Gender Kollegs “Ruptures – Gender – Society”, das sich mit den Ost-West-Beziehungen beschäftigte. Das Projekt wurde im Mai 2001 abgeschlossen und die Ergebnisse liegen mittlerweile in Buchform vor:

Alice Pechriggl/Marlen Bidwell-Steiner (Hg.): Ruptures – Gender – Society, Reihe “Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft” des BMBWK, Wien 2003.

Einmal pro Semester veranstaltet das Gender Kolleg einen öffentlichen Vortrag.

Kontakt: Ansprechpartnerinnen: Eva Knoll, Marion Löffler, Alser Str. 23/12, 1080 Wien, Tel.: 4277-18361, E-Mail: gender-kolleg@univie.ac.at

Website: <http://www.univie.ac.at/gender-kolleg>

Birgit Sauer
a.o. Professorin am ipw

„eine von fünf – Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum“

Bericht über eine Ringvorlesung im Wintersemester
2002/2003

Von Eva Agyemang-Kainrath

Eine von fünf Frauen macht Gewalterfahrungen im sozialen Nahraum. So der Titel dieser vergangenen Wintersemester am Institut für Politikwissenschaft abgehaltenen interdisziplinären Ringvorlesung. Genauer gesagt, Erfahrungen mit Männergewalt.

Die Ankündigung der Lehrveranstaltung, die mich bereits frühzeitig, zwar fragmentarisch, ereilte, stimmte mich euphorisch. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierenden Frauenpolitik ersatzlos gegen Familienpolitik eingetauscht haben und damit eben dieser Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Kleinfamilie den Weg ebnen, u.a. indem durch die Kürzung finanzieller Mittel auch für Frauenorganisationen, die sich der Prävention gegen und Hilfe bei Gewalt widmen, sog. „Gefährder“ (Täter) bestens geschützt werden, freute ich mich über diesen Kontrapunkt an der Universität. Gewalt gegen Frauen ist ein Politikum – und zwar ein in demokratischer Hinsicht höchst bedenkliches – und die Ringvorlesung trug dieser Binsenweisheit Rechnung.

Die Veranstaltung wurde dankenswerter Weise vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft/a.o. Univ.-Prof. Birgit Sauer verwirklicht. Der leider um einiges zu klein geratene Hörsaal, insbesondere hinsichtlich der Bewerbung der Veranstaltung auch in Printmedien, ließ das anfängliche Interesse bald auf das Ausmaß der vorhandenen Sitzplätze schrumpfen. Schade, denn hier wurde auf hohem Niveau Theorie mit Praxiserfahrung verknüpft. So wurde auch auf die Möglichkeit von berufsfeldorientierter Praxis in einzelnen Institutionen (z.B. Interventionsstelle gegen Gewalt) hingewiesen, die ja gemäß neuem Studienplan im zweiten Abschnitt anrechenbar ist, sowie im Diplomprüfungszeugnis als Zusatzqualifikation beurkundet wird.

Rückblick und Vorschau

Der Vortragsbogen führte von den theoretischen Grundlagen über „Privatheit und Politik“ (Sieglinde Rosenberger), „Staat und Gewalt – Staatsgewalt“ (Birgit Sauer), dem „feministischen Gewaltbegriff und dessen gesellschaftliche Anerkennung“ (Regina Dackweiler) sowie den „Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Ausprägungen von Gewalt in Paarbeziehungen“ (Elfriede Fröschl) zu den sehr praxisnahen Beiträgen, die durch die rechtliche Situation für (betroffene) Frauen – national wie international – abgerundet wurden.

Der in Folge bewusst ausführlich beschriebene Praxisteil soll – so hoffe ich – auch einen Vorausblick auf die Wiederholung der

Lehrveranstaltung im Sommersemester 2004 geben, obgleich eine genaue Zusammenstellung der Themen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bekannt ist und es bestimmt zu Änderungen kommen wird. So wurden beispielsweise auch die Bereiche Gewalt in lesbischen Beziehungen bzw. Gewalt gegen Jung-Lesben in der Herkunftsfamilie (insbesondere in der Coming-Out-Phase) angefragt. Auch um mit der persönlichen Betroffenheit als Zuhörende/r besser umgehen zu können, sind Verbesserungen geplant, wie z.B. zusätzliche Gesprächsmöglichkeiten in Kleingruppen.

Am 26. Mai 2003 überreichte der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser Vizerektorin Gabriele Moser Unterschriften von mehr als 100 Studierenden zur Fortführung dieser Lehrveranstaltung und vermehrten Implementierung des Themenkomplexes „Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum“ in Forschung und Lehre. Die Reaktion verspricht trotz prekärer finanzieller Situation der österreichischen Universitäten Hoffnung. Die mit Ende des SS 2003 scheidende Vizerektorin Moser versicherte, ihrer Nachfolge das Thema als prioritär zu Behandelndes zu empfehlen (1). Wir dürfen gespannt sein.

Die Praxis

Mehrere Einheiten beschäftigte uns das Gewaltschutzgesetz, welches seit 1997 in Österreich in Kraft ist und von häuslicher Gewalt betroffenen Personen (zumeist Frauen und Kindern) ermöglicht, in den eigenen vier Wänden zu verbleiben, während der „Gefährder“ von der Exekutive aus der Wohnung verwiesen wird. Danach erfolgt eine engmaschige Betreuung durch Behörden und private Einrichtungen, um adäquate Hilfe zu leisten (Vortragende: Rosa Logar, Birgitt Haller, Albin Dearing). In diesem Zusammenhang stand auch der Vortrag von Dieter Schmoll von der Männerberatung Wien, welcher den Kontext zwischen „Männlichkeit und Gewalt“ hinterfragte, sowie ein Projekt zur Arbeit mit Gewalttätern und die internationale „White Ribbon Campaign – Männer gegen Männergewalt an Frauen“ vorstellte. Petra Smutny informierte uns am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. November, über Missstände und Fortschritte im gerichtlichen Alltag.

Die psychischen Beschädigungen an Frauen bzw. direkt oder indirekt betroffenen Kindern legten Philomena Strasser: „Kinder als ZeugInnen sexualisierter Gewalt gegen die Mutter“ sowie Andrea Lehner-Hartmann: „Schlagende Beweise – lähmende Reaktionen?“ ebenso dar, wie die fehlende Unterstützung für die Opfer im Alltag, und zwar von Institutionen und im zwi-

schenmenschlichen Bereich. Hier wurde ein Tabu angesprochen, dessen inhaltliche Dimension im persönlichen Umgang mit Gewaltopfern unter anderem mit Hilfe des während der gesamten Ringvorlesung gelieferten Adressmaterials (wohin wenden im Bedarfsfall) und eine gesteigerte Sensibilisierung gegenüber Gewaltformen außerhalb des persönlichen Erlebens, so hoffe ich, positive Auswirkungen nach sich ziehen wird.

Dass sich Gewalt gegen Frauen in der Berichterstattung fortsetzt und es zu einer sekundären Viktimisierung kommt, aber auch welche zusätzlichen Probleme sich bei der medialen Vermittlung ergeben und wie diese umgangen werden können, erfuhren wir von Angelika Höllriegl und Verena Kaselitz.

Angelika Kartusch und Britta Neuhold führten mit der (rechtlichen) Darstellung der Schwierigkeiten und Maßnahmen im Rahmen des internationalen Menschenrechtsschutzes über zu Fragen von Asyl und Migration im thematischen Kontext. So ist die Situation von Migrantinnen, die in Österreich in einer Gewaltbeziehung leben, durch gesetzliche Maßnahmen doppelt bedroht, da eine Beendigung dieser die Abschiebung der Frau bedeuten kann. Darüber hinaus sind Migrantinnen neben ihrer persönlichen Belastung zumeist auch rassistischen Vorurteilen bei Behörden ausgesetzt. Über solcherart strukturelle Gewalt referierten Tamar Çitak und Gül Ayse Basari vom Orient Express.

Einige Zeit verfolgten mich die erfahrenen Tatsachen über FGM „Female Genital Mutilation“ (Weibliche Genitalverstümmelung) in versuchten Entspannungsphasen, was für die beeindruckende Darstellung der – teils selbst betroffenen – Vortragenden (Zahra Mohamend-Ibrahim, Schadia Zyadeh-Jinniate, Etenesh Hadis, Christiane Ugbor) spricht. Die extreme Gewalt mit der dadurch weibliche Sexualität in 28 afrikanischen Ländern kontrolliert und patriarchalen Macht- und Herrschaftsstrukturen unterworfen wird, findet entgegen allen Hoffnungen weltweit statt. Gefoltert bzw. verstümmelt werden in vielen Fällen bereits weibliche Babies vor dem ersten Lebensjahr. Eine „Tradition“, mit möglicher Todesfolge und Dauerschäden. Im Jahr 2000 förderte eine Studie der Afrikanischen Frauenorganisation in Österreich eine erschreckende Anzahl von hierzulande durchgeführten sogenannten Klitoris-„Beschneidungen“ zutage und führte zur Aufdeckung eines praktizierenden Arztes. Er und einige seiner österreichischen Kolleg/inn/en verdienen bzw. verdienen sich auch hierorts damit ein nettes Zusatzeinkommen. Die Benennung der Tatsachen ermöglichte schließlich die Verabschiedung eines Gesetzes, das FGM in Österreich seit 2001 klar als „schwere Körperverletzung mit Dauerfolgen“ definiert und auch trotz Einwilligung der Frau, die dies an sich selbst aus falsch verstandener Kultur bzw. Tradition durchführen lassen möchte, unter Strafe stellt.

Gewalt gegen Frauen – ein Forschungsauftrag!

Dieses Beispiel veranschaulicht für mich sehr gut, wie dringlich die Erforschung dieses Tabuthemas einerseits ist und andererseits, dass Forschung im Bereich „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ tatsächlich etwas bewirkt und sich nicht auf den medizinischen Bereich der „Wiederherstellung“ der Opfer bzw. den juristischen

des „Abstrafens“ der Gewalttäter beschränken darf, sondern unter Berücksichtigung von Jahrtausende währende patriarchale Herrschaftskonstruktionen gesehen und bekämpft werden muss. Jede Forschungsarbeit zu diesem emotionsgeladenen Themenkomplex erachte ich für einen dringlichen Baustein, um dem Unrecht ein Ende zu setzen. „Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt an Frauen!“, so das Motto des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, dem ich hinzufügen möchte: Es gibt keine Möglichkeit, keinen Platz für Gewalt an Frauen, wenn der Wunsch nach einer wirklich demokratischen Gesellschaft besteht.

Zum Abschluss einige Zahlen, um das Ausmaß der Problematik zu verdeutlichen. Laut einer amerikanischen Studie sind in 70% der Fälle, in denen Frauen misshandelt werden, auch Kinder direkt oder indirekt Gewaltopfer. Ein Viertel bis ein Drittel aller Frauen und Mädchen sind demgemäß Opfer von männlicher Gewalt, das ergibt EU-weit ca. 42 - 56 Millionen Frauen und Mädchen permanent. Eine Expert/inn/enruppe des Europarates forderte, in den EU-Ländern pro 7500 Einwohner/innen einen Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung zu stellen. Das ergäbe in Österreich über 1000 Betreuungspplätze, denen derzeit real ca. 350 Unterkünfte gegenüberstehen. Und zu guter Letzt: Das Ganze kostet auch, und zwar nicht nur die Betroffenen, die an den massiven psychischen, sozialen und finanziellen Folgen leiden, auch die Allgemeinheit. In der Schweiz ergeben sich Schätzungen zufolge jährlich Kosten von ca. 400 Millionen Schweizer Franken aufgrund von Gewalt gegen Frauen (2). In Österreich wird es wohl nicht besser aussehen. Daraus ist ersichtlich, dass ausgeübte Gewalt nicht nur dem Opfer schadet, sondern im Grunde immer ebenso auf die Gewalttäter/innen zurückfällt, meines Erachtens nach auch psychisch.

Resümee

Alles in allem eine wirklich empfehlenswerte Lehrveranstaltung, die es verdient, zur dauerhaften Einrichtung zu werden.

Und nicht vergessen: Die Wiederholung im SS 2004 ist fix.

Eva Agyemang-Kainrath
Dropout am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnoten:

(1) vgl. ALMER, Daniela: Presseaussendung der Informationsstelle gegen Gewalt, des Vereins Autonome Frauenhäuser v. 26. Mai 2003

(2) vgl. LOGAR, Rosa: „Halt der Männergewalt – Das Gewaltschutzgesetz und die Interventionsstellen in Österreich“, Wien 2001

Das Problem der übervollen Lehrveranstaltungen

– jetzt trifft es auch die Politikwissenschaft

Von Gerti Zupanich

Wir – die vor dem WS 2002/03 unser Politikwissenschaftsstudium begonnen hatten – egal ob Erstfach oder Zweitfach – hatten bis jetzt den Vorteil, relativ problemlos zur Teilnahme an Seminaren und Proseminaren zu kommen (die Einführungs- und andere grundsätzliche Pflichtveranstaltungen ausgenommen). Wer sich, bedingt durch die Wahl einer Fächerkombination, verzweifelt bei anderen Instituten die Teilnahme an Seminaren erkämpfen musste, war für das ausreichende Angebot an der Politikwissenschaft dankbar. Jetzt, wo die Zweitbelegung weggefallen ist, ergibt sich eine ganz andere Situation: Übervolle Lehrveranstaltungen, zu wenig Seminare erschweren den studentischen Alltag. Wo liegen die Ursachen für die sich verschlechternden Bedingungen? Noch dazu, wo uns versprochen wurde, mit der Bezahlung von Studiengebühren würde sich alles zum Besseren wenden?

Die MitarbeiterInnen des Instituts für Politikwissenschaft haben sich in einer Stellungnahme zur Situation an die zuständige Bundesministerin Elisabeth Gehrler, an den Rektor o. Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler, den Dekan o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Greisenecker, den Vorsitzenden des Universitätsrates und an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung gewandt.

In oben genannter Stellungnahme werden zunächst die Ursachen für die derzeitige Überfüllung der Lehrveranstaltungen bei gleich bleibendem Personalstand und Infrastruktur des Instituts dargelegt, die dem „Ansturm“ der Studierenden nicht mehr gerecht werden können:

Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren ein Anstieg der Politikwissenschaft-Studierenden insgesamt zu beobachten. Zusätzlich besuchen im Rahmen der freien Wahlfächer viele Studierende aus anderen Studienrichtungen die politikwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen. Das ist an und für sich wiederum als positives Zeichen zu bemerken, weil es der Mainstream-These widerspricht, die Jugend hätte kein Interesse an der Gestaltung von Politik (Was bei genauerer Beobachtung ohnehin nicht stimmen kann, denn die Beteiligung an den Demonstrationen und deren Inhalte gestalten großteils junge Menschen). Die Verantwortlichen des Instituts stellt dieses Interesse an der Politikwissenschaft vor eine große verwaltungstechnische Aufgabe. Wie bei gleichbleibendem Personalstand, rückläufigen finanziellen Mitteln und dem gleichen Raumangebot ein effizientes Angebot an Lehrveranstaltungen bieten? Dazu kommt, dass es bei der Planung der Lehrveranstaltungen nicht möglich war und ist – weil ja andere Studienrichtungen inskribiert wurden – vorweg zu berücksichtigen, wer künftig ein

Wahlfach in der Politikwissenschaft besuchen wird. Der „Ansturm“ der StudienanfängerInnen zur Politikwissenschaft ist nach Meinung der MitarbeiterInnen des Instituts darauf zurückzuführen, dass dieses Studium nicht an eine Koppelung an den Berufseinstieg – wie Medizin oder Lehramtsstudien – gebunden ist. „Politikwissenschaft weist Aspekte eines ‚Studiums generale‘ auf“ (1). Dies zeigen die AbsolventInnen-Befragungen des Instituts auf. Die AbsolventInnen des Instituts weisen einen „hohen Grad an Flexibilität auf und haben daher am Arbeitsmarkt keine schlechte Position“.

Dieser Vorteil soll nicht dadurch verspielt werden, dass es durch ein zu geringes Lehrveranstaltungsangebot und der Infrastruktur zu einer Minderung der Ausbildungsqualität kommt.

Statistische Daten:

POWI- Studierende WS 2002/3 Wien	3.904
Wissenschaftliches Personal des Instituts	11
Ergibt ein Verhältnis von	1 : 354!!!!
Im Vergleich die	
Rechtswissenschaften an der Uni Graz	3.996
(in etwa die gleiche Anzahl der Studierenden)	
Wissenschaftliches Personal	
des Instituts	105
Ergibt ein Verhältnis von	1 : 38
(fast das 10fache an Betreuungspersonal)	

Quelle: Stellungnahme des Instituts zur Situation der Politikwissenschaft vom 2. April 2003

Gerti Zupanich

Redaktionsmitglied und Absolventin des ipw

Fußnote:

(1) Aus der „Stellungnahme zur Situation des Instituts für Politikwissenschaft“ vom 2.4.2003 an die diversen Gremien.

Herrn Dekan o.Univ.Prof. Dr. Wolfgang Greisenegger
 Herrn Rektor o.Univ.Prof. Dr. Georg Winckler
 Herrn Mag. Max Kothbauer, Vorsitzender des Universitätsrates
 Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler
 Obfrau und ObfraustellvertreterIn des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung:
 Frau Mag. Dr. Magda Bleckmann
 Josef Broukal
 Dr. Kurt Grünewald
 Dr. Gertrude Brinek
 Die Studierenden des Institutes für Politikwissenschaft

STELLUNGNAHME ZUR SITUATION DES
 INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien ist bestrebt, seinen Studierenden ein Studium auf hohem Niveau sowie unter Teilnahme an europäischen und internationalen Aktivitäten im Bereich der Lehre und Forschung anzubieten.

Das Institut sieht die Erreichung dieses Anliegens zunehmend gefährdet:

Die Zahl der StudienanfängerInnen und der Studierenden des Institutes war in den vergangenen Jahren bereits sehr hoch und ist in diesem Studienjahr noch weiter gestiegen. Die personelle Ausstattung des Institutes und die Infrastruktur tragen der Größe des Institutes jedoch nicht Rechnung. Im Gegenteil: Das Institut ist in bezug auf Lehrpersonal und Lehrräume extrem unterausgestattet.

Wie die Statistik zeigt, weist das Institut etwa die gleiche Anzahl an Studierenden wie die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz und mehr als die der Universitäten in Innsbruck, Salzburg oder Linz auf. Auch unter Berücksichtigung der disziplinären Unterschiede zeigt dieser Vergleich, dass das Institut für Politikwissenschaft massiv unterfinanziert ist und seine Ressourcen zur Erfüllung seiner Aufgaben bei weitem nicht ausreichen.

Das Institut appelliert an alle Verantwortliche, eine ausreichende Ausstattung des Institutes - personell und die Räume betreffend - herbeizuführen.

Studierende der Studienrichtungen Politikwissenschaft und der Rechtswissenschaften

Politikwissenschaft:

Universität	Semester	Erstzugelassene Studien	Begonnene Studien	Studien
Univ. Wien	WS 2000/01	503 (227) (1)	855 (344)	4.608
	WS 2001/02	435 (215)	699 (332)	4.104
	WS 2002/03	362	632	3.904
Univ. Innsbruck	WS 2000/01	123	240	1.433
	WS 2001/02	99	179	1.188
	WS 2002/03	134	242	1.313
Univ. Salzburg	WS 2000/01	62	96	713
	WS 2001/02	63	86	557
	WS 2002/03	50	76	483

Rechtswissenschaften:

Universität	Semester	Erstzugelass Studien	Begonnene Studien	Studien
Univ. Wien	WS 2000/01	1.087	1.707	11.411
	WS 2001/02	990	1.480	8.982
	WS 2002/03	1.121	1.689	8.649
Univ. Graz	WS 2000/01	413	669	5.819
	WS 2001/02	379	552	4.139
	WS 2002/03	377	478	3.996
Univ. Innsbruck	WS 2000/01	315	528	3.934
	WS 2001/02	253	375	3.012
	WS 2002/03	302	442	2.869
Univ. Salzburg	WS 2000/01	259	406	2.535
	WS 2001/02	193	277	2.032
	WS 2002/03	252	331	1.869
Univ. Linz	WS 2000/01	311	508	3.123
	WS 2001/02	274	428	2.284
	WS 2002/03	408	771	2.521

Planstellen für wissenschaftliches Personal. 2002 (2)

Universität/Fakultät	ProfessorInnen	AssistentInnen	Wiss. Dienst	Insgesamt
Graz, Rechtswiss.	31,00	72,50	2,00	105,50
Innsbruck, Rechtswiss.	27,00	55,00	4,00	86,00
Salzburg, Rechtswiss.	34,00	80,00	5,00	119,00
Linz, Rechtswiss.	25,00	51,50	2,00	78,50
Wien, Politikwiss.	5,00	4,00	2,00	11,00

Durch den Wegfall eines Zweitfaches nach dem UniStG 1997 sind seit dem Wintersemester 2002/03 alle in der Statistik aufscheinenden Neuzugänge „Erstfachstudenten“, während in den Jahren zuvor etwa die Hälfte der StudienanfängerInnen und Studierenden Politikwissenschaft als Zweitfach belegten. Dies bedeutete einen etwas geringeren Betreuungsaufwand. Nunmehr besuchen aber viele Studierende aus anderen Studienrichtungen im Rahmen ihrer freien Wahlfächer politikwissenschaftliche Lehrveranstaltungen. Diese Gruppe von Studierenden ist in den Statistiken nicht ausgewiesen, und es ist wegen der Art der Inskription unmöglich, diese Studierenden in der Planung des Studienangebotes adäquat zu berücksichtigen.

Das Institut erhebt in diesem Zusammenhang die dringende Forderung, die Implementierung des UniStG 1997 zu evaluieren; zweckmäßiger wäre es gewesen, dies bereits vor Übernahme der einschlägigen Bestimmungen in das UG 2002 zu tun:

Erstens wäre der Frage nachzugehen, ob sich die Streichung eines Zweitfaches bewährt. Es hat den Anschein, dass diese Neuerung des UniStG von den StudienanfängerInnen nicht angenommen wird. Sie dürfte vielmehr vermehrt zu Doppelstudien führen. Auch international ist die Kombination von zwei Fächern durchaus üblich. Zumeist aber ist die Entscheidung darüber, wie die Studien gestaltet werden, den Universitäten überlassen. Die Berichte im Rahmen des Bologna Prozesses dürften dies belegen.

Zweitens wäre zu fragen, wie die Teilnahme an den im UniStG vorgesehenen freien Wahlfächern organisiert werden kann. Das bedeutet konkret, wie können jene Studienrichtungen, die viele Studierende aus anderen Studienrichtungen betreuen, planerisch und finanziell in die Lage versetzt werden, dies adäquat zu tun.

Und drittens, wären die Anrechnungsvorschriften des UniStG zu überprüfen. Sie sind akademisch fraglich und administrativ überproportional belastend. Disziplinen definieren sich nicht nur durch ihren Inhalt, sondern auch durch ihren Problemzugang und ihre Methoden. Mehrfachanrechnungen von Prüfungen und nun auch von Diplomarbeiten und

Dissertationen dürften international nicht in dem Maße, wie es das UniStG vorsieht, üblich sein und schaden der Reputation der österreichischen Abschlüsse. Dem Institut für Politikwissenschaft geht es keinesfalls darum, die Anerkennung erworbener Kenntnisse auszuschließen. Es wendet sich vielmehr dagegen, disziplinäre Unterschiede in den Anerkennungsregelungen außer Acht zu lassen und durch diese Vorschriften lediglich Schrullen und individuelle Eitelkeiten zu befördern. Auch wird darauf hingewiesen, dass die lockeren Anrechnungsregelungen zu einem Anrechnungstourismus nach Österreich führen könnten.

Das Institut hält fest, dass es weder eine Beschränkung des Hochschulzuganges unterstützt noch StudienanfängerInnen von der Wahl des Studiums der Politikwissenschaft abschrecken will. Die große Zahl von Studierenden der Politikwissenschaft ist darauf zurückzuführen, dass auch in Österreich die Bildungsbeteiligung gestiegen ist und sich dem OECD - Durchschnitt anpasst. Des weiteren geht die hohe Studierendenzahl im Fach Politikwissenschaft darauf zurück, dass Studienrichtungen mit einer engen Koppelung an einem bestimmten Beruf – wie Medizin oder Lehramtsstudien – wegen schlechter Berufseintrittsmöglichkeiten und langer Wartezeiten tendenziell weniger gewählt werden. Andere Studienrichtungen, wie Jus oder neuerdings auch Wirtschaftswissenschaften, gelten ebenfalls schon als überfüllt. In den technischen Studienrichtungen weist Europa gegenüber den USA mehr Studierende auf, es ist daher fraglich, ob dieser Bereich quantitativ noch zunehmen wird. (3)

Politikwissenschaft weist Aspekte eines „Studium generale“ auf. AbsolventInnen-befragungen, die das Institut in regelmäßigen Abständen durchführt, zeigen, dass die AbsolventInnen des Instituts vielseitig sind, einen hohen Grad an Flexibilität aufweisen und daher am Arbeitsmarkt keine schlechte Position haben.

Dieser Vorteil darf nicht verspielt werden, d.h. es darf kein Aushungern des Institutes betrieben werden, das zu einer Minderung der Ausbildungsqualität und der Angebotspalette führt.

Das Institut für Politikwissenschaft nimmt den Vorwurf der Studierenden, keine entsprechende Verbesserung der Ressourcenausstattung nach Einführung der Studiengebühr vorzufinden, ernst. Es entspricht nicht dem „Mission Statement“ des Institutes, die Zahl der Studierenden durch „knock out - Prüfungen“ zu Studienbeginn zu senken, vielmehr sieht es seine Aufgabe darin, auch die vielen Studierenden bestmöglichst zu qualifizieren. Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, appelliert das Institut an die für die rechtliche Regelung und die finanzielle Steuerung Zuständigen sowie an die daran Beteiligten, die angeführten Probleme einer Lösung zuzuführen.

Die MitarbeiterInnen des
 Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien

Wien, am 2. April 2003

Fußnoten:

(1) In Klammer: Zahl der HauptfachstudentInnen, Quelle: BMBWK, Hochschulstatistik

(2) Quelle: BMBWK, Hochschulbericht 2002

(3) siehe dazu: Communication from the European Commission. Investing efficiently in education and training: an imperative for Europe, 10.01.2003

**hier kommt die Antwort des
Ministeriums hin**

**hier kommt die Antwort der
Universität hin**

MACHT herrSCHAFT GEWALT

oder doch eher GEWALT-herrSCHAFT?

Motivation und (vorübergehendes?) Ende meines Studiums der Politikwissenschaft

Von Eva Agyemang-Kainrath

Ich kann mitreden. Zu genau weiß ich, was Gewalt bedeutet. Von sehr klein auf. Näher darf ich nicht darauf eingehen. Die Rechtsprechung schützt weibliche und kindliche Opfer von Gewaltverbrechen nur marginal, bis heute. Trotz aller Verbesserungen. Das soziale Klima, die neue/alte Sexualmoral schützen sie noch geringer. Henne oder Ei? Ursache oder Folge? So gerne würde ich mitverhandeln über die Widersprüchlichkeiten von Wirklichkeit und Überlieferung. Offen, mit Namen Position beziehen und sie aus meinen Lebenserfahrungen ableiten dürfen. Unmöglich jedoch darüber zu berichten. Psychisch und sozial. Gleichsam das Dilemma aller von - familiärer und/oder sexueller - Gewalt Betroffener, mehrheitlich Frauen und Kinder. Dass das Intime, wenn es zur Sache, zur Handelsware wird, zugleich öffentlich - politisch - wird und intim bleibt. So wird das Schweigen, wie das öffentliche Sprechen über erlebte Gewalt - egal welche - in einer Gesellschaft, in der Gewalt ein legitimes Mittel im politischen Bereich darstellt, also generell positiv besetzt ist, letztendlich immer zu einem Akt, der gegen die eigene Person gerichtet bleibt. Das Schweigen allerdings suggeriert die Wahrung jener "heilen" Intimität, die bereits durch die Gewalthandlung(en) selbst zerstört wurde.

WARUM NUR? ... oder?

Wir alle haben (kindliche) Gewalterfahrungen. Manche mögen sie euphemistisch Kindheitsverletzungen nennen. Frauen und Männer. Das Ausmaß ist unterschiedlich, die Art und die Reaktion darauf auch. Ignoranz oder Verdrängung machen die Permanenz der Gewalt erst möglich. - Um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen. Der (stets) ungerechtfertigte Klaps auf den Po ist niemals gleichbedeutend mit Vergewaltigung oder Folter. Aber: Ruth Klüger beschreibt in ihrer Autobiographie über ein "weiter leben" nach dem KZ, die Notwendigkeit von Vergleichen wie folgt: "Der ungelöste Knoten, den so ein verletztes Tabu wie Massenmord, Kindermord hinterläßt, verwandelt sich zum unerlösten Gespenst [...] Ängstliches Abgrenzen gegen mögliche Vergleiche, Bestehen auf der Einmaligkeit des Verbrechens. ... Dasselbe geschieht sowieso nicht zweimal, insofern ist alles Geschehen, wie jeder Mensch und sogar jeder Hund, einmalig. Abgekapselte Monaden wären wir, gäbe es nicht DEN VERGLEICH UND DIE UNTERSCHIEDUNG (Hervorheb. EAK.), Brücken von Einmaligkeit zu Einmaligkeit." (1) Ursula Kubes-Hofmann meint dazu: "Wenn ich meiner selbst bewußt bin, meine Geschichte kenne, sie in den historischen Kontext stellen kann und ein Empfinden für menschliches Recht und Unrecht erworben habe, brauche ich niemanden zu unterdrücken."(2). - Oft fühle ich mich als "abgekapselte Monade". Und aus der Sprachlosigkeit formt sich das WARUM? Würde dieses Wort der Anklage und Verzweiflung sich wieder wandeln in eines der Neugierde, das gepaart mit dem WIE nach

einer Zukunft sucht, könnte jede/r sprechen, anklagen, herausschreien und GEHÖRT WERDEN? Ja, und das scheint mir eine schöne Behauptung, so ist doch die durch Menschen erzwungene Sprachlosigkeit das größte aller Gewaltverbrechen. Und so halte ich es mit Voltaire, der meinte: "Ich mag verdammen, was Du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst." Und das trotz meines Wissens um die Manipulationskraft der Worte, die Gewalttaten vorangehen, und der daraus resultierenden Gefahr im Zeitalter des multimedialen Populismus.

In meiner mangelnden Anpassungswilligkeit an politisch und sozial Gegebenes, das ich als Unrecht erachte, einem Wissensdurst, der einer Wahrheitsliebe und -suche verpflichtet ist, der mir Zeit meines Lebens schwer gemacht wurde – und rekurre ich auf die "Errungenschaft" der Studiengebühren: noch wird –, in einer (erworbenen) Abscheu gegenüber bewusst eingesetzte Gewaltmaßnahmen um zu (be)herrschen, sowie meinem steten Bewusstsein für Zusammenhänge zwischen persönlichem Erleben und historischen wie gesellschaftlichen Vorgängen, lag die Motivation für mein Politikwissenschaftsstudium. Das Ende leitete jener Minister/innen/ratsbeschluss ein, der den kostenfreien Studienzugang abschaffte. Je begrenzter die zeitlichen und persönlichen Ressourcen zu studieren, umso teurer die Bildung. Zuviel Energie ist ans Überleben gebunden. Ein "Schicksal", das ich mit vielen Frauen teile, die eine Arbeit zum Teil weit unter ihrem Niveau gerade noch schaffen, ein zusätzlicher Kampf um Anerkennung im akademischen Bereich, die erschwerten Zugangsmöglichkeiten über finanzielle Hürden jedoch ihre Widerstandskraft übersteigen. Und da zählt kein Herzenswunsch, dessen Verwirklichung einem Leben Halt geben kann und kein wirklich respektable Notendurchschnitt. Es geht um Geschwindigkeit. Geschwindigkeit ist Leistung, nicht Inhalt. Im Dienste der Allgemeinheit, werde ich am Weg zur "Weltklasseuni" am Altar des Nulldefizits geopfert (auch wenn dieser Marketinggag mittlerweile entsorgt wurde). Wie viele potentielle Akademikerinnen sind so stillschweigend gegangen - worden? Ein Ausstieg aus der Gewaltspirale gelingt in patriarchalen Gesellschaften ohnedies keiner/m. Jetzt hat sie mich wieder erwischt, auf struktureller Ebene diesmal. Denn eine nicht ermöglichte adäquate Ausbildung hält mich in einer Position, die es schwer macht, der Armutsgrenze zu entkommen. Armutgefährdung allerdings ist eine Konstante im Leben (bewusster) Normabweicher/innen und scheinbar zähe Gefährtin.

"Ich wasche meine Hände in Unschuld."

Kinderliebende Regierungsmitglieder spenden Trost. Martin Barstenstein, 5-facher Vater, Wirtschafts- und Arbeitsminister sowie Privatindustrieller meint, dass Arbeitslosigkeit "vielfach auch ein individuelles Problem" (3) ist. Ein Grundsatzpapier der ÖVP

bringt es auf den Punkt: "Armut ist heute weniger auf strukturelle Ursachen ... zurückzuführen, sondern sie ist eine Folge individueller Lebensumstände und Brüche im Lebensverlauf von Menschen" (4). Es ist eben doch erstens "individuell" und zweitens "Schicksal" von Kindern und Frauen mit Gewalterfahrungen, dem eben von Regierungsseite und mittels Gesetzen und verwaltungstechnisch nicht beizukommen ist. Jede/r, die/der sich nur genug anstrengt hat die Möglichkeit zu Reichtum, egal welcher sozialen Schicht sie/er entstammt und was die "individuellen Lebensumstände" mit sich brachten (5). Und jene, die Kritik üben an der Gesellschaft werden bestenfalls ignoriert. Auch das kann töten. "Den Staat geht's nichts an." Das wurde so noch nicht behauptet. Unser allseits als Kinderschützer (6) bekannter Bundeskanzler erklärt bei seiner Bundesparteitage am 26. April 2003 Folgendes: "Ich habe vor acht Jahren eine starke Stimme für die Kinder gefordert, die unsere Volkspartei sein soll. Und das haben wir in der Bildung verwirklicht, Bildung und neue Technologien sind der Schwerpunkt geworden. ... Und jetzt die Unireform, die viele Diskussionen ausgelöst hat und heute glatt und reibungslos über die Bühne geht, wie wenn es eigentlich selbstverständlich nie etwas anderes hätte geben können." (7) Die Frage, ob die Unireform "glatt und reibungslos über die Bühne" oder doch eher über die Köpfe der betroffenen und protestierenden Studierenden (und Lehrenden) hinweggeht, lässt sich wohl aus dem bekannten Ergebnis der ÖH-Wahlen 2003 (8) ablesen. In seiner Rede führt Wolfgang Schüssel weiter aus: "Und wir haben in der Bewahrung der Kinderrechte, in den Strafbestimmungen auch international, Internetmissbrauch, all diese grauenhaften Dinge, die Kindern heute angetan werden, nur um die Lüste von einigen Erwachsenen befriedigen zu wollen." (9) [sic!] Genau so ist es. Was genau "wir haben in der Bewahrung der Kinderrechte, in den Strafbestimmungen..., Internetmissbrauch" steht nirgends. Vielleicht sind eben vergangene Interventionen der blau-schwarzen Regierenden doch nicht so genau verifizierbar? Und in Zukunft? In einem Interview in der "Zeit" vom 6.6.2002 stellt er klar: "Die Sozialdemokratie will das Schicksal mit Hilfe administrativer Maßnahmen abschaffen. Das geht eben nicht. Der Mensch ist anders und der Anspruch der Sozialdemokratie, ein neues Modell zu schaffen, eine neue Vision zu entwickeln, ... ist kläglich gescheitert." (10)

"Schicksal", "individuelle Lebensumstände" und "Brüche im Lebensverlauf", das sind die Termini, mit denen die ÖVP-Regierungsriege sich der sozialen Verantwortung zu entledigen sucht. Was ich dazu sagen will, ist dies: Gäbe es nicht jene Fraueneinrichtungen, aufklärenden Kampagnen und realen Verbesserungen zur Anerkennung von und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen, die im Zuge der Neuen Frauenbewegung in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts von der autonomen Frauenbewegung mit Unterstützung der damaligen Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal (SPÖ) installiert wurden, sowie zusätzliche Einrichtungen insbesondere im "roten Wien", die danach entstanden, und die Unterstützung von Feministinnen, die sich der autonomen Frauenbewegung zugehörig bzw. verbunden fühlen und sich unter schwierigsten Bedingungen für Frauen - d.h. auch für sich selbst - einsetzen, ich hätte es nicht an die Universität geschafft. Auch nicht für wenige Semester. Wer weiß, ob ich noch leben würde. Ohne Pathos, nüchterne Realität. Jenen Frauen möchte ich hier besonders danken für diese Chance, die positiven

Erfahrungen, die ich dadurch machen durfte, sowie die Erkenntnisse und das Wissen, welche ich mir aneignen konnte. Mein Dank gilt auch den Politix-Redakteur/inn/en und insbesondere Birgit Sauer, auch dafür diesen Text als nunmehr Ex-Studierende noch veröffentlichen zu dürfen.

Ausblick

Nun, ich habe mich in meinem Leben bereits oft neu orientiert. Den Status der Autodidaktin bin ich gewohnt. Und wer weiß, wenn (akademische) Bildung weiterhin wieder - wie in Zeiten ohne Sozialsysteme - ausschließlich zu einem Gut der oberen Zehntausend wird, vielleicht lässt sich dann mit Wissen, das im Selbststudium erworben wird, wieder zu Ansehen kommen? Dann nämlich, wenn Qualität rar geworden ist an der zur Bildungsfabrik degradierten Alma Mater, die sich am raschen "Output" von "Humankapital", das in der Wirtschaft verwertbar ist, orientieren muss. Möglicherweise werden dann fühlende, lebendige eigenständige Lebewesen, eben Menschen gebraucht - auch Frauen mit "Brüche(n) im Lebensverlauf".

Eva Agyemang-Kainrath

Dropout am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnoten:

- (1) KLÜGER, Ruth: "Weiter leben Eine Jugend", München 2001 (10. Aufl.), S. 70
- (2) KUBES-HOFMANN, Ursula: "Sternzeit. Frauengenerationen und historisches Bewußtsein", Wien 1997, S. 22
- (3) zit. nach: RIEGLER, Susanne: "Im Namen des Allmächtigen", in: [sic!] Forum für Feministische Gangarten Nr. 44 / April 2003, S. 4
- (4) ebd.
- (5) Über die Zusammenhänge dieser Willensfreiheit bzw. Souveränität christlicher Provenienz und Freiheit bzw. Macht in der Politik vgl. auch ARENDT, Hannah: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München Zürich 1994, S. 211 - 215
- (6) Anlässlich einer im Oktober 2002 veranstalteten Konferenz von "Human Life International", jenen vor Abtreibungskliniken betenden und (abtreibungswillige) Frauen "terrorisierende militante Abtreibungsgegner", "übermittelte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel den 'Lebensschützern' seine 'besten Grüße'", vgl. und zit. nach HORACZEK, Nina: "Mörderin, Kindertöter!" in: Falter H.14/03, S. 16
- (7) SCHÜSSEL, Wolfgang: Rede am 32. o. Bundesparteitag am 26. April 2003 in Linz, S. 6, <http://www.oevp.at>
- (8) ÖH-Wahlen 2003 - Bundesvertretung: Die GRAS 29,0 %, verdrängt erstmals seit Gründung der ÖH die AG 28,8 % auf den zweiten Platz, vgl. LUGMAYR, Christine: "Grüne Freude, schwarzer Frust" in: Die Presse v. 24. Mai 2003 S. 6
- (9) ebd. S. 7 und zit. nach STREERUWITZ, Marlene: "Die Stimme des Herrn" in: Die Presse v. 24. Mai 2003 S. I
- (10) zit. nach NEMETH Elisabeth: "Schicksalsfragen?", in: PROGRESS H.1/03, S. 13

Bei Fernweh: ERASMUS

Von Katharina Zahradnik

Was ist das ERASMUS-Programm?

Will man seinen Horizont mittels eines Studienaufenthaltes im Ausland erweitern, so ist das ERASMUS-Programm mit Abstand der bequemste Weg. ERASMUS (European Action Scheme for the Mobility of University Students) ist ein Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft, das den Austausch von Studierenden in Europa fördert. Dabei treffen die Universitäten bzw. die jeweiligen Institute bilaterale Vereinbarungen über Studienplätze, die einfach nur noch wahrgenommen werden müssen. Neben dem Vorteil, dass man sich den Studienplatz an einer ausländischen Universität nicht bürokratisch erkämpfen muss, gibt es ein ERASMUS-Stipendium. Der größte Teil des Stipendiums besteht darin, dass man weder an der Gastuniversität noch an der eigenen Uni für die Zeit des Auslandsaufenthalts Studiengebühren bezahlen muss. Zusätzlich gibt es ein monatliches Stipendium, das teils aus nationalen, teils aus EU-Mitteln finanziert wird. Die Höhe des Stipendiums variiert je nach Gastland und beträgt zwischen □ 174,- und □ 286,- monatlich.

Wie bekommt man ein ERASMUS-Stipendium?

Die Vergabe eines Stipendiums erfolgt über das Institut. Genauer gesagt gibt es an jedem Institut einen oder eine ERASMUS-KoordinatorIn, der oder die StudentInnen für Studienplätze im Ausland nominiert. Am Institut für Politikwissenschaft ist der zuständige Koordinator a.o. Univ.-Prof. Schütz-Müller. Ein allgemeines Anspruchskriterium ist, dass man sich beim Antritt zum Studienaufenthalt mindestens im dritten Semester des Studiums befindet. Viele Universitäten verlangen aber über diese Vorgabe hinaus, dass man sich bei Antritt im zweiten Studienabschnitt befindet. Konkrete Information darüber, welche Studienplätze zur Verfügung stehen und welche Anforderungen dafür jeweils zu erfüllen sind, erfährt man am besten im persönlichen Gespräch mit Prof. Schütz-Müller. Eine gute Möglichkeit, sich auf einen Auslandsaufenthalt vorzubereiten, ist außerdem die Teilnahme am jährlich von Prof. Schütz-Müller im Wintersemester veranstalteten Proseminar „Politische Systeme Westeuropas“. Das Proseminar ist vor allem dazu gedacht, den Austausch zwischen ausländischen

Studierenden, die gerade in Wien studieren, mit Wiener StudentInnen, die ein Semester im Ausland planen, zu fördern.

Wohin kann man fahren?

Dank des großen Engagements von Prof. Schütz-Müller, der seit diesem Jahr auch mit der Leitung eines ERASMUS-Netzwerkes von über dreißig europäischen Universitäten beauftragt ist, kann das Institut für Politikwissenschaft im Vergleich zu anderen Instituten viele Studienplätze an verschiedenen Universitäten anbieten. Die Liste der Unis ist lang und geht vom Süden Spaniens zum Norden Skandinaviens quer durch Europa. Sie wird am Institut ausgehängt und wird auch auf der Homepage des Instituts publiziert.

Weitere Informationen auf folgenden Websites:

Büro für Internationale Beziehungen der Universität Wien
<http://www.univie.ac.at/international>

Österreichischer Austauschdienst (ÖAD)
<http://www.oead.ac.at/>

Institut für Politikwissenschaft
<http://www.univie.ac.at/Politikwissenschaft>

Katharina Zahradnik
Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Hautnah dabei

EIN TRIP ZU DEN POLITISCHEN MACHTZENTREN DER WELT.

Von Christine Frenkenberger
und Markus Wolschlagner

Times Square, früher Abend. Wiener Powi-StudentInnen bahnen sich den Weg aus der stickigen Subway zum Zentrum Mannhattans. Die Eindrücke sind erschlagend: riesige Wolkenkratzer, Taxigehupe und eine hektisch strömende Menschenmasse prägen unseren ersten Eindruck von der siebeneinhalb Millionen EinwohnerInnen-Metropole.

Knapp fünfzig Studierende unseres Instituts begaben sich Ostern 2003 auf eine 17-tägige USA-Exkursion unter der Leitung von Professor Ingfrid Schütz-Müller. Die bis ins Detail organisierte Reise startete in New York und ging dann über Washington D.C. nach Williamsburg weiter. Die guten Kontakte unseres Professors nach 19 Jahren Exkursionserfahrung und die hilfreiche Unterstützung seines Bruders Ingolf Schütz-Müller, des nun pensionierten Chefs der Umweltschutzabteilung von UNOPS (United Nations Office for Project Services), kamen uns dabei sehr zugute. Er war mit seiner Videokamera immer live dabei. Nicht nur der uns zur Verfügung stehende Temporary Pass der UNO mit relativ freier Bewegungsmöglichkeit im New Yorker UN-Headquarter, der nicht zu verachtende Zugang zur relativ günstigen UNO-Kantine, zum gratis Internet-Surfen, sondern auch zu einem hochkarätigen inhaltlichen Programm machten die Reise zu einem Erlebnis. Die Kantine entlastete etwas unser Budget, das mit New Yorker Preisen zu kämpfen hatte: Hamburger und Cola beim Times Square um etwa \$ 20, Spaghetti beim Italiener um \$ 16,90 – ohne Steuern und Service versteht sich. Kostenpunkt für ein Bier: zwischen sechs und acht Dollar. Zum Glück müssen wir nicht die für eine 40 Quadratmeter-Wohnung in Manhattan durchaus üblichen 3.600 Dollar im Monat hinblättern.

Briefing zur Weltordnung

Gründonnerstag-Vormittag, in einem Konferenzraum im UN-Headquarter briefte uns Richard Amdur, ein Redenschreiber von Kofi Annan, über die Rolle des Generalsekretärs. Dieser vertritt nicht nur die 191 Nationen, sondern auch die sechs Milliarden ErdenbürgerInnen als sol-

che. Für die Vereinten Nationen war die Situation im Zusammenhang mit dem völkerrechtlich nicht gedeckten Angriffskrieg der USA gegen den Irak besonders prekär. Beim Treffen mit dem österreichischen UNO-Botschafter Gerhard Pfanzelter wurden wir über das Gespräch zwischen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner und Kofi Annan informiert, das am Vortag stattgefunden hatte. Inhalt des Gesprächs war die neue Rolle der UNO in der zukünftigen Weltordnung. Annan wollte beispielsweise den von Bush und Blair verwendeten Begriff „vitale Rolle“ der UN vermeiden und sich stärker an den Bedürfnissen der iraki-

sehen Bevölkerung orientieren.

Wenige Tage später stand uns Gerald Walzer von UNOPS im Chrysler Building Rede und Antwort. Das Projektbüro der Vereinten Nationen verfügt über ein Jahresbudget von 500 Millionen Dollar und konzentriert sich in seiner Tätigkeit vor allem auf Armutsreduktion, die HIV/Aids-Problematik und auf die Konfliktprävention.

In weiteren Diskussionen wurden wir über die Unternehmenskooperation im Zuge der Global Compact Initiative der UNO, die Situation der Menschenrechte und über die UNDP (United Nations Development Programme) informiert. Eine zentrale Rolle spielten bei allen Vorträgen die MDGs (Millennium Development Goals), jene Ziele, die von der UNO vorgegeben und bis 2015 umgesetzt werden sollen. Darunter fallen sieben konkrete Ziele wie die Ausradierung der extremen Armut, die Grundausbildung für jeden Menschen, das Gender-Mainstreaming, die Reduktion der Kinder- und Müttersterblichkeit bei der Geburt, die Bekämpfung von HIV/Aids und Malaria sowie nachhaltiger Umweltschutz. Der HDR (Human Development Report) beschäftigt sich heuer mit diesen Millenniums-Zielen. Hans Janitschek, Präsident der UNO-Gesellschaft für AutorInnen und KünstlerInnen, früherer Beamter der UNFPA (United Nations Fund for Population Activities), früherer Generalsekretär der Sozialistischen Internationale in London sowie derzeit Kronen-Zeitungs-Korrespondent in New York, freute sich uns zu treffen. Die sehr kontro-



vierte Diskussion über Jörg Haider, George W. Bush und Kofi Annan bereicherte das inhaltliche Programm auf eine ganz spezielle Art.

Studieren de luxe

Ein Absolvent unseres Instituts, Patrick Tiefenbacher, derzeit Lektor an der Columbia University in New York an der 118th Street, begleitete uns einen Tag und beantwortete während Ausflügen und am Abend im Restaurant unsere interessierten Fragen. Wenn mensch die Kleinigkeit von 25.000 Dollar Studiengebühren pro Jahr aufbringt, warten auf dreihundert Plätze immer noch 6.000 Studierende. Was macht nun Seminare auf Eliteuniversitäten so wertvoll? Eine Lehrveranstaltung in Kleingruppen über Diplomatie mit Madeleine Albright oder eine Diskussion mit Francis Fukuyama gehören zum Uni-Alltag. Eine Literaturliste mit exakt 20 Büchern und einer Kiste voll von Fachtexten ist hier nicht als Vorschlag gemeint, sondern verpflichtende Semesterlektüre. Patrick vertraute uns an, dass er in den ersten zwei Wochen bereits drei Bücher hinten war. Offensichtlich hat der jetzige UNO-Beamte aber aufgeholt.

Nach ausgiebigen Museumsbesuchen, Shopperlebnissen und Lokaltouren erholten wir uns an den Wochenenden mit einem Picknick bei strahlendem Sonnenschein im Central Park.

Bretton Woods-Zwillinge inside

Das Highlight in Washington D.C. war eindeutig der Besuch der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Bei diesen Organisationen war für uns eines unüberhörbar: der makroökonomische wirtschaftswissenschaftliche Zugang. Die seit 1944 bestehenden Bretton Woods-Institutionen stellten in ihren Präsentationen den Staat tendenziell negativ dar: Die ewige Kritik an Korruption und Bürokratie, natürlich nur von staatlichen Akteuren und nicht von privaten Unternehmen wie etwa Enron, war eine zentrale diskursive Strategie. Ray C. Rist von der Weltbank drückte das so aus: „Corruption is a cancer that eats away democracy.“ Diese Thesen können bei bunten IWF-Broschüren à la „How Corruption in Public Investment Hurts Growth“ nachgelesen werden. Uns wurde versichert, dass an den jeweils von uns angesprochenen Problembereichen ein Projektteam bereits an der Lösung arbeitet. Zum Beispiel Brasilien: Dort vergab der IWF im Sommer 2002 mit 30 Milliarden Dollar den größten Kredit seiner Geschichte. Freuen dürfen sich bei diesem so genannten bail-out vor allem private Banken wie CitiBank. Diese verrechnen wegen des hohen Risikos Kreditzinsen von 30 Prozent und mehr, freuen sich über den aus öffentlichen Geldern bereitgestellten IWF-Kredit an Brasilien („die Lage hat sich stabilisiert“) und vergeben munter an das nun um 30 Milliarden Dollar höher verschuldete Land weitere Kredite. Schuld an den wirtschaftlichen Krisen war laut IWF wieder einmal die Politik, alle vier Jahre finden ja

Wahlen statt, und der linke Präsidentschaftskandidat Lula habe die Börsen verschreckt.

Bei der Sightseeing-Tour durch das 550.000 Einwohner zählende Washington wechselten sich Kriegerdenkmäler und Verwaltungsgebäude ab. Das Kapitol mit Senat und Repräsentantenhaus sowie das Weiße Haus gehörten natürlich zu unseren Fixpunkten als Powi-StudentInnen.

Die letzten drei Tage verbrachten wir im kleinen Städtchen Williamsburg, der früheren Hauptstadt des Bundesstaates Virginia. Neben Vergnügungspark und Factory-Outlets wartete dort noch ein Highlight auf uns: Unsere Gruppe nahm in einem dunkel getäfelten Holzsaal Platz. Nach und nach wurde uns die Bedeutung dieses historischen Ortes klar: Am 4. Juli 1776 wurde dort die Unabhängigkeitserklärung der USA von Großbritannien unterzeichnet.

Christine Frenkenberger und **Markus Wolschlager**
Studentin und Student am ipw

Nachwuchs für den Weltfrieden

Von Stephan Johannes Wabl

Jährlich nehmen tausende Studierende in aller Welt an UNO-Simulationskonferenzen teil, um Fragen der Weltpolitik zu erörtern, fremde Länder zu repräsentieren und andere Kulturen zu entdecken. Dabei wird auch in Wien Halt gemacht.

Zum sechsten Mal fand im vergangenen Sommer im Wiener Hauptquartier der Vereinten Nationen eine Simulationskonferenz statt, die sich aufgrund ihres institutionellen Rahmens und ihrer Internationalität zu den interessantesten StudentInnengipfeln Europas zählen darf: Vienna International Model United Nations (VIMUN). Die Konferenz, veranstaltet vom Akademischen Forum für Außenpolitik Österreich (AFA), brachte August letzten Jahres 200 Studentinnen und Studenten aus knapp 30 Ländern an den 3. UNO-Hauptsitz, um in insgesamt fünf Komitees die diplomatischen Arbeitsprozesse der Vereinten Nationen zu simulieren und näher kennen zu lernen. Weltweit folgen dieser Motivation ungefähr 200.000 SchülerInnen und Studierende, die im Rahmen der Model United Nations (MUN) jährlich an den über 400 Simulationskonferenzen für einen UNO-Mitgliedstaat (jedoch nie ihren eigenen Heimatstaat) oder eine Nicht-Regierungsorganisation teilnehmen. Die größte unter ihnen, die National Model United Nations (NMUN), versammelt jeden Frühling im luxuriösen Hilton Hotel in New York mehr als 2500 Studierende, welche den Geheimnissen der Entscheidungsfindung der Vereinten Nationen auf die Spur gehen. Die Konferenz in Wien zählt neben jenen in Genf und Den Haag zu den größten Europas und ist weltweit die einzige, welche in einem UNO-Hauptquartier ihre Zelte aufschlägt.

Enger Rahmen

“Man lernt schnell, dass Diplomatie eine eigene Sprache und ihre eigenen Gesetze hat“, beschreibt Valentin Dyckerhoff, Philosophiestudent in Edinburgh, die Atmosphäre bei den Sitzungen. “Man erkennt den engen Rahmen, in dem sich multilaterale Verhandlungen abspielen, aber auch, dass sich dieser Rahmen durch Geschick und überzeugende Positionen erweitern lässt und sich Ergebnisse konkret steuern lassen,“ meint der 21-Jährige, für den die fünftägige Konferenz in Wien seine erste praktische Erfahrung in Sachen Diplomatie darstellte, und bei der er gleich den Best Speaker Award seines Komitees, International Drug Control Programme, mit nach Hause nehmen durfte. Das Arbeiten in diesem “engen Rahmen“ wird nicht nur durch strenge Dresscodes, diplomatische Anredeformeln

und oft schwerfällige Abstimmungsprozedere bestimmt, sondern hat auch Auswirkungen darauf, wie die jungen Studierenden die Rolle der Vereinten Nationen in der internationalen Politik wahrnehmen. Für Ping Kuei Chen, Diplomatiestudent in Taipeh, ist gerade dieser Lerneffekt das Spannendste: “Wenn man mit der Arbeitsweise des Sicherheitsrats vertraut ist, wenn man weiß, wie der Prozess vor sich geht, in dem Resolutionen verabschiedet oder auch blockiert, wie Standpunkte eingenommen werden und welche Interessen dahinter stecken, dann erhält man eine recht gute Vorstellung davon, was man vom Sicherheitsrat in den jeweils gegebenen Umständen erwarten kann.“ Der junge Taiwanese, elegant im Dreiteiler, seine Papiere lässig unter den Arm geklemmt, präzisiert auch gleich: “Arbeitet man zum Beispiel an einer Resolution bezüglich des Kaschmirkonflikts, dann erkennt man im Verhandlungsverlauf recht rasch die Hintergründe der verschiedenen Beziehungen und Politiken und welche Elemente in der internationalen Politik von Bedeutung sind. Einmal in diesen Gedanken gefangen, kann man auch Informationen besser ordnen, und manchmal wird sogar das Zeitungslernen zu einer echten Offenbarung!“

Business as usual

Die Pausen zwischen der Beschäftigung mit den großen Fragen der Weltpolitik werden von den Delegierten genutzt, um ein wenig in das Alltagsleben eines UNO-Gebäudes einzutauchen. Man wartet gemächlich in der Cafeteria auf seinen Café, durchstöbert den Bookstore, schaut Nachrichten oder schlendert durch die Gänge, wobei man den UNO-MitarbeiterInnen bei der praktischen “Arbeit für den Weltfrieden“ über die Schultern schaut. Business as usual.

“Es ist wichtig, beide Seiten zu sehen. Die Debatten, das Verhandeln, die großen Themen und das alltägliche Arbeiten am Umsetzen von Zielen und Vorstellungen“, kommentiert dies trocken Alina Cibea, die Spanien im Menschenrechtskomitee vertritt. Die Meinungen über den Stellenwert der Vereinten Nationen gehen bei den Delegierten, die alle zwischen 18 und 35 Jahre alt sind, auseinander. Manche sehen in ihr die Hoffnung auf eine besse-

re, friedlichere Welt, andere bezeichnen sie als aufgeblähte, bürokratische Entwicklungshilfeorganisation. Die Gründe, sich mit der UNO zu beschäftigen, sind unterschiedlich - doch einig sind sich alle: Es ist wert, sie kennen zu lernen.

So sieht das auch Anna Daniela Kaldewey, Leiterin der fünfköpfigen Delegation der Universität Chemnitz, die in Wien schon an ihrer sechsten Simulationskonferenz teilnimmt: "Ganz unabhängig vom politischen Faktor, ist das Repräsentieren eines anderen Landes schon eine wichtige Erfahrung. Wenn man sich monatelang darauf vorbereitet, Georgien im Human Rights Committee zu vertreten, sich mit der Situation im Land beschäftigt, mit Verantwortlichen spricht, dann lernt man schon eine Menge über dieses Land, seine Kultur und Geschichte. Auch wenn man noch nie in dem Land gewesen ist, so wird es doch viel mehr als nur ein Name in einem Atlas."

Innovative Lösungsansätze

Für Bettina Kölbl, Generalsekretärin der VIMUN, soll die Konferenz, die knapp ein Jahr Vorbereitungszeit in Anspruch nahm, mehrere Elemente verbinden: "Grundsätzlich geht es darum, die Arbeit der UNO, die Verhandlungen und die diplomatischen Prozesse so realitätsgetreu wie möglich darzustellen. Um dies zu erreichen, muss man sich natürlich mit Neuem und weniger Gewohnten beschäftigen, sich mit anderen Sichtweisen und geschichtlichen Entwicklungen auseinandersetzen. Beides zusammen soll den Delegierten helfen, innovative Lösungsansätze in einem internationalen Umfeld zu entwickeln."

Um den jungen Studierenden auch abseits vom Konferenzstress ein angenehmes Umfeld bieten zu können, bereitete das rund zwanzigköpfige Organisationsteam ein begleitendes Rahmenprogramm vor, welches neben kulturellen Touren durch Wien und Museumsbesuche auch Empfänge im Rathaus sowie in der Diplomatischen Akademie beinhaltete. Wurde bei diesen vorzugsweise eher getanzt und gemütlich geplaudert, so waren darunter doch auch immer wieder ein paar hoch motivierte mögliche Nachwuchsdiplomaten anzutreffen, die noch um Mitternacht über einem Bier Vorschläge für ein Working Paper oder einen Geschäftsordnungspunkt diskutierten. Denn eines wurde von den Delegierten im Verlauf der Konferenz recht schnell gelernt: "Relevante Entscheidungen oder Änderungen fallen meist erst, wenn sich die wichtigen Länder abseits der Konferenztische treffen", so Russlands Vertreter im VIMUN-Sicherheitsrat, Ping Kuei Chen.

UNO zum Anfassen

Auch gewichtige Diplomaten und UNO-Vertreter wissen diesen "pädagogischen Effekt" der Model United Nations zu schätzen und tragen durch ihre persönliche Präsenz zur Realitätsnähe bei. So sind unter anderen UNO-Generalsekretär Kofi Annan oder der Generalsekretär der Arabischen

Liga, Amre Moussa, gelegentlich bei Konferenzen in New York, Den Haag oder Kairo anzutreffen, wo sie aus dem Nähkästchen der multilateralen Diplomatie plaudern oder ihre Sicht der aktuellen politischen Fragen skizzieren. In Wien lauschten die TeilnehmerInnen bei der Closing Ceremony den Anekdoten und Ausführungen des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim, welcher am Ende noch gemütlich die Schlange abarbeitete, die die Delegierten gebildet hatten, um sich ihre Handbücher signieren zu lassen. UNO zum Anfassen sozusagen.

Dort wartend, sein Buch in der Hand, die Krawatte noch schnell richtend, fasst Valentin Dyckerhoff seine Eindrücke noch einmal zusammen: "Ich bin in Europa aufgewachsen, vertrete hier ein südamerikanisches Land und unterhalte mich abends mit Studierenden aus Ägypten oder Taiwan über ihre Vorstellungen von internationaler Politik. Das hat schon einen gewissen Einfluss auf mein Weltbild, und man entdeckt Dinge, die man nicht so einfach mal nebenbei in einem Buch nachlesen kann."

Vienna International Model United Nations (VIMUN)
Wien 10. - 14. August 2003, www.afa.at

National Model United Nations (NMUN)
New York 6. - 10. April 2004, www.nmun.org

Stephan Johannes Wabl
Studium am ipw und an Sciences-Po Paris
Chair des Sicherheitsrats bei VIMUN 2002

Politikwissenschaft in Europa: STATUS Quo Vadis?

Von Stephan Johannes Wabl

We have already lost our colleagues from the field of Administration and we are also about to lose our brothers and sisters from International Relations. So, I ask myself: What is left and where do we go from here?”. Hans-Dieter Klingemann, Politologe am Wissenschaftszentrum zu Berlin und Präsident des European Political Science Network (epsNet), versprüht eine angenehm wirkende Mischung aus Zweifel und Berufsleidenschaft, als er sich fragend an seine Kolleginnen und Kollegen wendet. Diese, etwa 150 PolitikwissenschaftlerInnen aus ganz Europa, waren vergangenen Juni für zwei Tage im Rahmen der jährlichen epsNet-Plenartagung am Institut d’Etudes Politiques de Paris zusammen gekommen, um den Zustand und die Zukunft der Politikwissenschaft im vereinten Europa zu diskutieren. Das Netzwerk, vor einigen Jahren mit dem Ziel gegründet, die Profession in all ihren Aspekten, unter besonderer Berücksichtigung der Lehre, auf europäischer Ebene zu unterstützen und zu vernetzen, hat in relativ kurzer Zeit eine beachtliche Anzahl von Institutionen und Personen um sich versammelt, die dem Ruf nach Erfahrungsaustausch, Kooperation und Koordination gefolgt sind. Politikwissenschaftsinstitute, Einzelpersonen und PhD-StudentInnen aus knapp 30 Ländern (aus Österreich ist die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft vertreten) sind Mitglied des Netzwerks, welches neben seiner jährlichen Tagung die Diskussion durch regelmäßige Publikationen am Laufen hält.

Entwicklungen und Herausforderungen

Klingemann macht in seinen einführenden Begrüßungsworten noch einmal klar, um welche Fragen es im Konkreten geht: Wie sieht the state of the art von Politikwissenschaft in den einzelnen europäischen Ländern aus? Welche Partikularitäten haben sich aufgrund von unterschiedlichen historischen und institutionellen Hintergründen, besonders in Bezug auf die osteuropäischen Staaten, entwickelt? Was tut sich in den einzelnen Teilgebieten? Welche Erwartungen haben StudentInnen, die sich an einem immer mobiler werdenden europäischen Bildungs- und Arbeitsmarkt orientieren? Und welche Konsequenzen hat dies für die Gestaltung und Ausrichtung der Lehre? Um diesen Fragen auch ausreichend auf den Grund gehen zu können, wurden am ersten Tag der Konferenz in zahlreichen Workshops zuerst die strukturellen Entwicklungen und Herausforderungen behandelt, bevor man sich am zweiten Tag den inhaltlichen Bereichen der Wissenschaft widmete.

Bachelor-Master-PhD

Einer der Hauptdiskussionspunkte im strukturellen Teil stellte das „Leben nach Bologna“ (1) dar, auf dessen Auswirkungen sich die verschiedenen KonferenzteilnehmerInnen nicht einigen konnten. So ist zwar klar, dass dieser Schritt die Mobilisierung von Studierenden erhöhen wird, die Konkurrenz zwischen den europäischen Politikwissenschaftsinstituten wird damit jedoch ebenfalls ansteigen, was zu existenzgefährdenden Auswirkungen gemäß Angebot und Nachfrage im Wissenschaftsbetrieb führen könnte. Simon Hix von der London School of Economics and Political Science hält dem allerdings entgegen, dass die Forschungsschwerpunkte und inhaltlichen Kapazitäten an den verschiedenen Instituten so unterschiedlich und vielfältig seien, dass basierend auf einer standardisierten Grundausbildung sich jedes Institut seine Nische suchen und entsprechende Studierende anziehen könne. Dieses Drei-Stufenmodell eröffne ebenfalls die Möglichkeit einer differenzierteren Betrachtung und Einschätzung der Studierenden.

Federiga Bindi von der Universität Rom bringt dies auf die einfache Formel: “You know whom you are talking to!“ – „Man bekommt eine bessere Vorstellung davon, ob es sich um StudentInnen handelt, die einen Abschluss brauchen, um besser Chancen auf dem Jobmarkt zu haben, um Leute, die ein konkretes Gebiet bearbeiten wollen, um darin später tätig zu sein, oder sogar um Interessierte, die mit einem Doktorat fortfahren wollen. Daran kann man dann auch seine Lehrmethode ausrichten. Realität ist nun einmal, dass nicht jeder die gleiche Liebe und das gleiche Lernmotiv mit in das Fach bringt.“

Für diejenigen, die die Politikwissenschaft besonders fest ins Herz geschlossen haben, stellt sich hier die Frage, wie es um die unterschiedlichen Doktoratsprogramme und den europäischen bzw. internationalen Austausch von NachwuchsforscherInnen aussieht. Monique Leijenaar (Nijmegen) und Emiliano Grossman (Paris) zeigten hierzu in ihrem Paper „Doing a PhD in Political Science in Europe“ die Vielzahl von Divergenzen in den existierenden Programmen der einzelnen Länder auf (Vorbedingungen, Zeitspanne, Betreuung, begleitende Lehrmöglichkeit, Finanzierung etc.). Ronald Holzhaecker, Assistenzprofessor an der Universität Twente, skizzierte allerdings als zukunftsorientierten Abschluss des PhD-Workshops anhand

der Präsentation des von ihm ins Leben gerufenen European Research Colloquium, welches bereits junge NachwuchsakademikerInnen aus fünf Ländern verbindet, Möglichkeiten und Wege zur Verbesserung der aktuellen Situation.

In der Debatte um die Rolle von PolitikwissenschaftlerInnen in der public arena fiel besonders der Beitrag des amerikanischen Politologen und ehemaligen Clinton-Beraters, William Galston, auf. Dieser wehrte sich gegen die klare Trennung von praktischer Politik und ihrer theoretischen Beleuchtung und wies darauf hin, dass selbst die Gründungsväter der Vereinigten Staaten die aktive Rolle und spezifische Wichtigkeit von Akademikern im Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozess der Öffentlichkeit betont haben. Die hier schon anklingende Frage nach der genauen Bestimmtheit und Funktion der Disziplin Politikwissenschaft wurde dann in der den ersten Tag abschließenden Podiumsdiskussion noch einmal aufgeworfen. Die zu Beginn geschilderte Befürchtung Hans-Dieter Klingemanns, Politikwissenschaft spalte sich in immer mehr unabhängige Teildisziplinen auf, wurde noch einmal bestätigt durch die Uneinigkeit der TeilnehmerInnen, sich darauf zu verständigen, welche standardisierten Inhalte und Ansätze ein Kern-Curriculum der Politikwissenschaft aufweisen sollte.

Cutting Edge

Eine konkrete Beschäftigung und Diskussion der grundsätzlichen Teilgebiete der Politikwissenschaft stand anschließend auf der Agenda des zweiten Konferenztages.

Behandelt wurden:

- Politische Theorie und Philosophie
- Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft
- Parteienanalyse
- Politische Soziologie
- Policy Analysis (Gender, Sozialfragen, Gesundheit, Arbeitsmarkt etc.)
- Methodologie

Besonders interessant war unter anderem der Beitrag von Michael Saward (Open University), „At the edge of political theory: political community and deliberative democracy“, in dem der Brite konstatierte, dass Menschen im virtuellen Zeitalter immer mehr in „communities of choice“ anstatt in „communities of faith“ leben. Saward brachte in der anschließenden Diskussion die wichtige Frage auf, ob zu Beginn des 21. Jahrhunderts normative politische Philosophie einen erneuten Tod gestorben sei. In den Bereichen Parteienforschung und politischer Soziologie kam man auch immer wieder auf das Problem zu sprechen, welchem PolitikwissenschaftlerInnen aus ehemaligen kommunistischen Ländern noch immer gegenüberstehen, wenn es um die Legitimation, Akzeptanz und Perzeption ihrer Arbeit und Forschungsergebnisse geht. A. J. R. Groom von der University of Kent räumte in seinem Paper mit dem Mythos auf, dass die Internationalen Beziehungen immer nur eine rein amerikanische Sozialwissenschaft gewesen seien. Anknüpfend an die aktuelle Diskussion bezüglich eines angeblich unterschiedlichen Verständ-

nisses von internationaler Politik und Macht von Seiten Europas und den USA (Robert Kagan et al.), machten die Diskutanten des Workshops (Peter Volten-Groningen, Bertrand Badie-Paris) so etwas wie eine europäische Denktradition der internationalen Beziehungen aus, welche von Grotius über Kant bis Habermas kontinuierlich bis in die heutige Zeit fortbesteht. Stéphane Labranche vom Institut d'Etudes Politiques de Grenoble skizzierte im Methodenseminar einige interessante Vorschläge bezüglich der pädagogischen Möglichkeiten von Planspielen und anderen praktisch orientierten Ansätzen. So könne man zum Beispiel anhand der Simulation von Verhandlungen (UNO, Rat der Europäischen Union etc.) Theorien der Internationalen Beziehungen direkt erfahren und überprüfen und so Konzepte wie „nationales Interesse“ oder „strategische Partnerschaft“ besser verstehen.

Lieber Politologe als Ingenieur

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion, die unter dem Motto „Political Science in Europe: A Conversation Between Generations“ stand, kamen mit Hans Daalder (Leiden), Patrick Le Gales (Paris) und der gebürtigen Österreicherin Sabine Saurugger (Grenoble) drei, in verschiedener Hinsicht unterschiedliche RepräsentantInnen der Disziplin zu Wort. Neben einer hörenswerten Darstellung der historischen Entwicklung und späteren Etablierung der Politikwissenschaft im Wissenschaftsbetrieb wurden die altbekannten Strukturdebatten in zusammengefasster Form wieder zum Thema: Organisation und Inhalt des Studiums, Klarheit der Forschungsfelder, Europäisierung, Mobilität, Forschungs- und Jobmöglichkeiten sowie die Frage nach Praxis, Theorie und dem Wissenschaftsbegriff. Blaz Gorjup von der International Association for Political Science Students (IAPSS) gab den KonferenzteilnehmerInnen allerdings noch ein paar letzte Worte mit auf den Weg: „Eigentlich wollte ich Ihnen ja erzählen, was wir alles gemacht haben im letzten Jahr. Aber ich halte mich lieber kurz: Vertrauen Sie auf die Studenten, die ihr Fach mit Leidenschaft betreiben, erzählen Sie ihnen von unserer Organisation, und erzählen Sie ihren Kinder, dass, wenn sie Geld verdienen wollen, sie Ingenieur werden sollen, wenn sie aber etwas interessantes machen wollen, dann sollen sie Politikwissenschaft studieren.“

European Political Science Network (epsNet)

www.epsnet.net

(Konferenzplan, Papers etc.)

International Association for Political Science Students (IAPSS)

www.iapss.org

Stephan Wabl

Student am ipw

dabei, an die Internationalen Beziehungen verloren zu gehen

Fußnote:

(1) Die Erklärung von Bologna strebt die verstärkte europaweite Einführung des anglo-sächsischen Universitätssystems an (Bachelor-Master-PhD)

G A T S

– ist alles (ver)handelbar?

Von Elsa Hackl

Nur wenige internationale Abkommen haben derart heftige Reaktionen ausgelöst wie das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS), und nur selten ist die Handelspolitik so sehr in Verdacht gestanden, nicht nur alle anderen Politikbereiche zu dominieren, sondern auch fundamentale demokratische Prinzipien auszuhöheln. Dieser Beitrag bezweckt, die Entstehung und die Funktionsweise von GATS darzustellen und der Frage nachzugehen, warum das Abkommen die Emotionen so hoch gehen lässt.

GATS ist ein Resultat der Uruguay-Runde, die einen neuen Rahmen für den Welthandel schuf. Während das „Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen - GATT“ von 1947 auf Güter und im wesentlichen auf Zollabbau beschränkt war, geht das Folgeabkommen, das „Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation – WTO-Abkommen“ weit darüber hinaus. Es besteht - neben dem WTO-Abkommen selbst, das grundlegende Bestimmungen betreffend die neue internationale Organisation WTO enthält - aus drei Hauptabkommen sowie aus einem Übereinkommen über die Streitschlichtung und einem über die Überprüfung der Handelspolitik der Mitglieder. Die drei Hauptabkommen sind das (grundlegend revidierte) „Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen“ (GATT 1994), das neue „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) und das ebenfalls neue „Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums!“ (TRIPS). Dem WTO-Abkommen sind bis heute 145 Mitglieder beigetreten. Der letzte Beitritt, am 5.2.03, erfolgte durch Armenien.

Die Aufnahme des Dienstleistungsbereiches in ein Abkommen zur Erleichterung und Beförderung des internationalen Handels wurde damit begründet, dass dieser Sektor in allen Staaten eine ungeheure Expansion erlebt (1) und dass aufgrund technologischer Entwicklungen Bereiche, die früher für einen grenzüberschreitenden Handel ungeeignet waren, handelsfähig wurden (z.B. e-learning).

Die Strukturen und Bestimmungen von GATT 1947 betrafen Waren und konnten daher nicht ohne weiteres auf den Dienstleistungssektor übertragen werden. Die Liberalisierung des Güterhandels wird über den Abbau von Zöllen und von expliziten Handelsbeschränkungen betrieben, eine Liberalisierung des

internationalen Handels im Dienstleistungsbereich ist viel komplexer. Dies erstens deshalb, weil eine örtliche Trennung von Produzent und Konsument schwierig und bisweilen sogar unmöglich ist; zweitens, weil auf nationaler Ebene Dienstleistungen und ihr Konsum durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen geregelt sind, die unterschiedliche Zwecke (Gesundheitsinteressen, sozialpolitische oder berufsständische Interessen, KonsumentInnenschutz) verfolgen.

Die Struktur des „Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen“ trägt diesen Besonderheiten Rechnung: (2)

Der erste Teil definiert vier Arten der Dienstleistungserbringung, die unter GATS fallen:

Modus 1/Grenzüberschreitende Erbringung: Dienstleistungen aus einem WTO-Mitgliedstaat werden in einem anderen erbracht, z.B. Fernstudium, e-learning,

Modus 2/Inanspruchnahme einer Dienstleistung im Ausland: z.B. StudentInnen, die nicht in ihrem Heimatland, sondern in einem anderen Staat studieren,

Modus 3/Geschäftliche Präsenz: z.B. ein Bildungsunternehmen eines WTO-Staates eröffnet eine Niederlassung in einem anderen WTO-Staat,

Modus 4/Aufenthalt natürlicher Personen: z.B. LehrerInnen aus einem WTO-Staat unterrichten in einem anderen.

Darüber hinaus enthält Teil I eine wichtige Definition: Es wird zunächst zwischen Dienstleistungen, die unter GATS fallen, und solchen, „die in staatlicher Zuständigkeit erbracht werden“ und nicht unter GATS fallen, unterschieden. Dann wird der Begriff „im Rahmen staatlicher Zuständigkeit erbrachte Dienstleistung“ definiert als eine solche, „die weder zu gewerblichen Zwecken noch in Wettbewerb eines oder mehrerer Erbringer von Dienstleistungen erbracht wird“. Diese Definition bedeutet, dass Dienstleistungen, die vom Staat, aber auch von privaten Anbietern erbracht werden - wie z.B. Bildung oder bestimmte Bildungssektoren – prinzipiell unter GATS fallen.

Teil II des Abkommens enthält allgemeine Verpflichtungen

tungen, die für alle WTO-Mitglieder bindend sind, wie z.B. Meistbegünstigungsklausel oder Transparenz staatlicher einschlägiger Regelungen. Teil III behandelt spezifische Bindungen, die beim Eingehen nationaler Verpflichtungen zu spezifizieren sind, wie Marktzugang und Inländerbehandlung. Die Teile IV und V enthalten prozessuale und institutionelle Bestimmungen, Teil VI enthält Schlussbestimmungen wie die Zurücknahme von Handelsvorteilen.

Die von den Mitgliedern eingegangenen Verpflichtungen sind in den sogenannten „Schedules of Specific Commitments“ (nationale Verpflichtungslisten) enthalten. Diese enthalten sogenannte „horizontale Verpflichtungen“, das sind solche, die für alle Dienstleistungsbereiche gelten, und anschließend sektorspezifische Verpflichtungen. Dafür teilt GATS die Dienstleistungen in zwölf Sektoren.

In Kombination mit den vier Erbringungsarten erlaubt diese Klassifikation, dass die Mitgliedstaaten sehr spezifische Verpflichtungen eingehen. Wenn ein Staat einen Dienstleistungsbereich oder einen Subbereich in seine nationale Verpflichtungsliste aufnimmt, legt er das Ausmaß der jeweiligen Liberalisierung fest, indem er das Ausmaß an Marktzugang und an Inländerbehandlung, das er garantiert, spezifiziert.

Das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ von 1994, in Österreich in Kraft seit 1.1.1995, ist ein Rahmenabkommen. Es sieht vor, dass weitere Verhandlungsrunden folgen und diese einem fortschreitenden Abbau nationaler Handelsbeschränkungen dienen.

Derzeit ist eine neue Verhandlungsrunde im Gange. Bis Ende Juni 2002 hatten die Staaten Gelegenheit, ihre Forderung nach Öffnung von Märkten vorzulegen. Bis Ende März 2003 mussten jene Staaten, welche die Adressaten der Forderungen waren, ihre Angebote präsentieren, und derzeit finden die Verhandlungen über Forderungen und Angebote statt. Diese sind laut Verhandlungsfahrplan im Januar 2005 abzuschließen.

Im Prinzip können die Mitgliedstaaten Liberalisierungsforderungen auch in Bereichen erheben, die sie selbst gar nicht liberalisiert haben, oder sie können ganz unterschiedliche Bereiche miteinander koppeln und zu sogenannten Paktlösungen kommen. Kritiker sehen darin die Gefahr, dass Staaten, um Liberalisierungsforderungen in für sie wichtigen Bereichen durchzusetzen, Zugeständnisse in Bereichen machen, die weniger durch Lobbys (3) unterstützt werden und denen sie daher weniger Bedeutung einräumen. Der Bildungsbereich z.B. könnte zu den letztgenannten Bereichen zählen und so für Zugeständnisse in ande-

ren Bereichen quasi „geopfert“ werden. Dazu kommt, dass einige Staaten rascher liberalisieren und daher sogenannte plurilaterale Abkommen eingehen können.

Vor allem aber wird angeprangert, dass Liberalisierung im Dienstleistungsbereich - anders als im Güterbereich, wie oben bereits angeführt - nicht durch den Abbau von Zöllen erfolgt. Vielmehr hemmen im Dienstleistungsbereich nationale Gesetze und Verordnungen, die bestimmte gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, den internationalen Handel. GATS ist deshalb mehr als andere handelspolitische Abkommen ein Deregulierungsinstrument, und zwar eines mit weitreichenden Auswirkungen auf andere Politikbereiche.

Zudem, so die Kritik, fördert GATS den Abbau von staatlichen Dienstleistungen und damit Privatisierung und Kommerzialisierung. Wie oben angeführt, definiert GATS die „im Rahmen staatlicher Zuständigkeit erbrachten“ und von GATS ausgenommenen Dienstleistungen sehr eng. Alles, was im Prinzip zu gewerblichen Zwecken, d.h. gewinnorientiert und im Wettbewerb erbracht werden kann, fällt nicht unter die Zuständigkeit des Staates. Von welchen Dienstleistungen könnte man nun aber behaupten, dass sie grundsätzlich nicht so erbracht werden können?

Die Begriffe „öffentliches Gut/öffentliche Dienstleistung“ werden dagegen nicht verwendet. Welche Leistungen allen Mitgliedern eines Staates zugänglich sind, richtet sich danach, welches Verständnis von Gemeinwesen vorherrscht. Es besteht kein Konsens unter den WTO-Signatarstaaten, ob überhaupt und welche Güter öffentliche oder allgemeine sein sollen. Auch sind traditionelle Formen der Organisation öffentlicher Güter vielfach mangelhaft geworden. Beides hat zur Folge, dass zunehmend nach dem Prinzip „das Kind mit dem Bade ausschütten“ vorgegangen wird. Statt nach kreativen Lösungen für eine bessere Organisation öffentlicher Güter zu suchen, wird der Markt als einzig mögliche Organisationsform wahrgenommen. Kritiker befürchten nun, dass GATS durch einen forcierten Abbau nationaler Regelungen diese Entwicklung beschleunigt und zu einer Profitorientierung in allen Bereichen führt.

Formal wird GATS Intransparenz vorgeworfen: Mitte der neunziger Jahre wurden Verpflichtungen ohne entsprechende öffentliche Debatte eingegangen. In den meisten Mitgliedstaaten wusste man gar nicht, wie weit sich diese in welchen Bereichen verpflichtet hatten, Liberalisierungen vorzunehmen. Erst in der gegenwärtigen Verhandlungsrunde wurden mehr Akteure eingebunden und die Information verstärkt – nicht zuletzt wegen der Aktivitäten der Globali-

sierungskritiker. Aber die beklagte Intransparenz ist gewissermaßen systemimmanent: GATS gibt den Rahmen für ein Verhandlungssystem vor und ein solches beeinträchtigt bzw. schließt prinzipiell Transparenz aus. Denn: Wie kann man eine Karte ausspielen, die bereits bekannt ist?

Der GATS-Verhandlungsmechanismus erweitert den Spielraum der Exekutive gegenüber der Legislative. Dazu kommt bei EU-Staaten, dass Handel eine Gemeinschaftskompetenz ist und die Positionen zunächst im 133-Ausschuss (4) abgestimmt werden. Eine zusätzliche Entscheidungsebene ist damit eingezogen.

Gegen die angeführten Kritiken an GATS wird meist vorgebracht, die Staaten würden durch das Abkommen zu keinen Liberalisierungen gezwungen. Sie könnten ihre Verpflichtungen aufgrund des - wie oben angeführt - sehr flexibel gestalteten Systems für die Eingehung von Verpflichtungen sehr genau bestimmen. Auch könnten sie nach ihrem Belieben bzw. ihrer Tradition entsprechend Bereiche als staatliche ausnehmen. Dieses Argument aber wird von den Kritikern nicht akzeptiert. Der Grund dafür ist, dass das Verhältnis von Staaten und internationalen oder supranationalen Institutionen sehr komplex ist. Es ist bekannt, dass internationale Aktivitäten von Regierungen und anderen Akteuren auch betrieben oder internationale Verbindlichkeiten eingegangen werden können, um Reformen, die national auf Widerstand stoßen oder keine genügende Unterstützung finden, leichter durchzusetzen. Diese wechselseitige Unterstützung interner und internationaler Politiken wird heutzutage mit dem Argument „Wirtschaftsstandort“ wohl am besten verdeutlicht.

Elsa Hackl

Wissenschaftliche Beamtin am ipw

Fußnoten:

(1) Der Dienstleistungssektor macht rund 2/3 des Weltbruttosozialprodukts aus.

(2) Text des Abkommens:

http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/ oder
Rechtsinformationssystem des Bundes: <http://www.ris.bka.at>
(BGBl.Nr.1/1995)

(3) Eine wichtige Lobby-Organisation im GATS-Bereich ist das European Service Forum (ESF), eine Vereinigung von Dienstleistungsunternehmen auf EU-Ebene. ESF nimmt wesentlichen Einfluss auf die Formulierung von EU-Positionen. In ESF sind verschiedene Dienstleistungsunternehmen, einschließlich der freien Professionen, vertreten, nicht aber der Bildungsbereich: http://www.esf.be/e_pages/members.htm .

(4) Ein Ausschuss gemäß Art. 133, EG-Vertrag, der die gemeinsame Handelspolitik formuliert.

Über Weltverschwörer und Österreich- Vernaderer

Von Doris Arzmann

Nur dürftig kodierter Antisemitismus. Laut Gerichtsgutachten das Kennzeichen Jörg Haider'scher Rhetorik im Wiener Wahlkampf 2001. Die in „Dreck am Stecken - Politik der Ausgrenzung“ zusammengetragenen multi- und interdisziplinären, wissenschaftlichen Gerichtsgutachten kontextualisieren implizit antisemitische Äußerungen, rhetorische Mittel, anknüpfende öffentliche Debatten, wie Reaktionen von Regierungspolitikerinnen. Aber der eigentliche Skandal heißt nicht nur Jörg Haider.

ZiB 2, am 1. März 2001, Auszug aus der Aschermittwochrede Jörg Haiders:

„Der Herr Ariel ((0.5 sec)) Muzicant. ((1 sec)) I versteh überhaupt net, wie ((1 sec; Haider macht eine Mundbewegung als würde er etwas sagen, es ist aber nichts hörbar)) wonn ana Ariel haßt, so viel Dreck am Steckn haben kann ((starker Applaus und Lachen setzt ein)) des versteh i überhaupt net, oba ((Haider blickt nach unten auf das Manuskript)) i man ((2 sec lang tosender Applaus und Lachen)) des is a ondere Soche. ((7 sec lang anhaltender Applaus, währenddessen Haider mit der rechten Hand zum Bierkrug greift, der vor ihm auf dem Podium steht, und einen Schluck Bier trinkt; während des Trinkens blickt er leicht nach rechts oben; Haiders Miene ist ernst))“ (1)

Das Spiel mit den Namen Ariel Muzikants, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, kommt nicht von ungefähr. Ruth Wodaks und Martin Reisingls Skript der gezeigten Ausschnitte dokumentiert den Übergriff und seine sprachlichen Mittel. Neben linguistischen Gutachten sind es politologische, soziologische, historische und diskursanalytische Analysen, die neben wichtigen Beiträgen über den politischen Antisemitismus in der Zweiten Republik, z.B. demjenigen, der von der ÖVP zur Zeit der Wahlkampagne für Waldheim und während seiner Zeit als Bundespräsident benützt wurde, den Kern des Buches bilden.

Keine Weltverschwörung.

Die antisemitische Unterfütterung des Wiener Wahlkampfes 2001 legte wieder einmal die ideologi-

sche Verortung der FPÖ Kader offen. Heribert Schiedel und Wolfgang Neugebauer widmen sich in ihrem einleitenden Beitrag der Tabuisierung des Antisemitismus nach Auschwitz. Da dessen Form nur Rückschlüsse auf den/die Antisemiten selbst zulässt, werden seine Ursprünge im Fall Jörg Haiders untersucht: Er vereint die Traditionen des völkischen Nationalismus, vermittelt über familiäre Sozialisation und weltanschauliche Prägung im deutschnationalen Milieu. Daran gekoppelt sind die Abwehr von Schuld und Erinnerung, beide Kennzeichen des sekundären Antisemitismus und die Inszenierung als autoritärer Rebell, der von imaginierten Mächten und Lobbies verfolgt wird.

Der Skandal heißt nicht Haider!

Die HerausgeberInnen Ruth Wodak und Anton Pelinka bestätigen der Aschermittwochrede eine neue Form der politischen Rhetorik der Zweiten Republik, ein nur dürftig kodierter Antisemitismus als offenes Instrument der Auseinandersetzung. Doch nicht die sattsam bekannte freiheitliche Politik der Verhetzung sei der eigentliche Skandal. „Haider wäre bedeutungslos, hätten ihn nicht 27 Prozent der WählerInnen gewählt. Das ist der Skandal“ so Wodak und Pelinka. Aber die Skandalchronik lässt sich sogar noch fortsetzen. Unmittelbar nach der Aschermittwochsrede äußerte Bundeskanzler Schüssel unter Bezugnahme auf die Entschädigungsregelungen Kritik an Muzikant. Angesprochen auf die Aschermittwochsrede fiel er jedoch in „gelassenes“ und sehr bequemes Schweigen, das er erst im Zuge internationaler Aufmerksamkeit brach. Doch politische Konsequenzen musste Jörg Haider wegen seiner Aussagen nicht ziehen.

„Dreck am Stecken - Politik der Ausgrenzung“ zeigt auch, wie die schwarz- blaue Koalition mit Schlagwörtern wie „nationaler Schulterschluss“, „Patriotismus“ und einem angeblichen „rot-weiß-roten Konsens“ gegen „Österreich Vernaderer“ vorgeht und so jede Kritik an antisemitischen Verhetzungen delegitimiert. Das Problem ist also nicht nur Jörg Haider, ja nicht einmal nur die FPÖ. Das Buch demonstriert wissenschaftlich fundiert, wie sehr nach bald sechs Jahrzehnten seit Zusammenbruch des Dritten Reiches Antisemitismen in der österreichischen Gesellschaft verwurzelt sind, Universitätsräte und PolitfunktionärInnen inkludiert. Gerade deswegen empfehle ich die Lektüre.

Doris Arzmann

Redaktionsmitglied und Studentin am ipw

Fußnote:

(1) Zitat aus dem besprochenen Buch

Anton **Pelinka**, Ruth **Wodak** (HrsgInnen): Dreck am Stecken - Politik der Ausgrenzung
 Czernin Verlag 2002,
 mit Beiträgen von u.a.: Wolfgang Neugebauer, Heribert Schiedel, Sieglinde Katharina Rosenberger, Frank Stern, Nina Egger und Alexander Pollak
 ISBN 3-7076-0152-8, 22 Euro

Der soziale Staat: Herbeigeredete Krisen und verschwiegene Probleme

Von Markus Wolschlager

Seit den neunziger Jahren ist der Sozialstaat zunehmend „ins Gerede“ gekommen: „Sparpakete“ hier, „Sicherungsreformen“ dort. Dazwischen, im Jahr 2002, gab es ein von Sieglinde Rosenberger und Emmerich Tálos mitinitiiertes Volksbegehren namens „Sozialstaat Österreich“, welches mit 717.102 Unterschriften Platz sieben der „Volksbegehren-Hitliste“ einnimmt. Heuer ist dazu der Sammelband „Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven“ im Wiener Mandelbaum-Verlag erschienen, der neben der Aufarbeitung des Volksbegehrens einen breiten Überblick zu europäischen und österreichischen Entwicklungen sowie Reformperspektiven bietet.

Der kleinformatiige 263-seitige Reader beschreibt aus verschiedenen Perspektiven heraus sich verändernde ökonomische, soziale und politische Umfelder wie neue Arbeitswelten, heterogene Arbeitsformen, steigende Erwerbslosigkeit sowie Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten, wie Rosenberger und Tálos in der Einleitung betonen. „Der Standard“ lobte in der Buchbesprechung den Band bezüglich der internationalen Vergleiche (1), die vor allem in Katharina Müllers Text über die unterschiedlichen osteuropäischen Pensionsversicherungssysteme nachzulesen sind. Texte über die Politik der Europäischen Union, über den britischen Sozialstaat in der „Nach-Thatcher-Ära“ sowie über Globalisierungstendenzen versprühen zwar eine gewisse internationale Ausrichtung, hinterlassen aber ein Manko: Ein Überblick über die unterschiedlichen Systeme der einzelnen EU-Mitgliedsländer bleibt leider aus.

Auf den Punkt gebracht zeigen Sieglinde Rosenberger und Gabriele Schmid in ihrem Text „Treffsicher“ Diskursmuster in der ersten Regierungsphase von ÖVP und FPÖ aus den Jahren 2000 bis 2002 auf; ebenso fundiert liest sich Marcel Finks Text, in dem neue so genannte „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ überblickshaft dargestellt werden und die Entwicklung weg vom Normalarbeitsverhältnis skizziert wird.

Bezüglich der Reformvorschläge fasst schließlich Emmerich Tálos Zielvorstellungen und Konturen

einer „bedarfsorientierten Grundsicherung“ zusammen, welche heuer in seinem ebenfalls im Mandelbaum erschienen gleichnamigen Buch (2) näher ausgeführt werden.

Der leicht verständliche Sammelband „Sozialstaat“ gibt eine aktuelle Zwischenbilanz der Regierungsarbeit in Österreich und bietet für die aktuellen Debatten rund um den „Umbau oder die propagierte Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates“ hilfreiche und interessante Aspekte für Diskussionen und eigene Betrachtungen der Thematik.

Sieglinde **Rosenberger**, Emmerich **Tálos** (Hrsg.): Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Mandelbaum Verlag, Wien, 2003. □ 14,-



Markus Wolschlager
Redaktionsmitglied und Student am ipw

Fußnoten:

(1) Vgl. Seidl, Conrad: Was in der Sozialstaat auf dem Spiel steht. In: Der Standard vom 5. Juni 2003, S. 39.

(2) Emmerich Tálos (Hrsg.): Bedarfsorientierte Grundsicherung. Mandelbaum Verlag, Wien, 2003.

Cartoon???